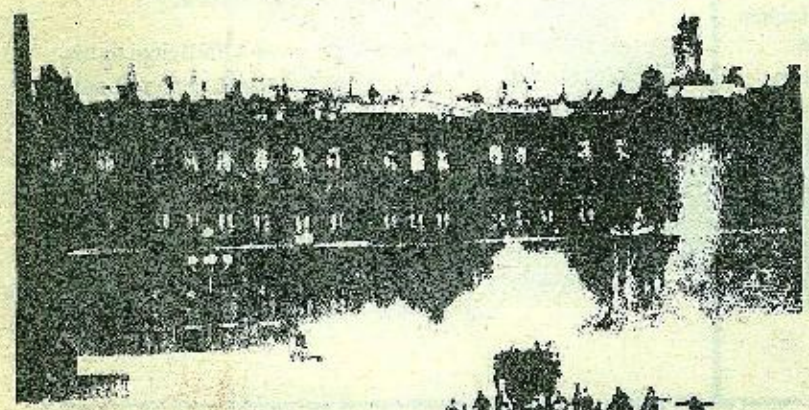
NEUES ROTES FORUM

1.50 DM

8.2.70

1/71

= 8. Feb. 1971



INHALT:

Karin Althoff
Zur Situation in Spanien

Joscha Schmierer
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der Russischen Revolution

Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg

Kampf den Opportunismus (Dokumente zur weiteren Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg)
Zur Analyse der Studentenbewegung
Wahlplattform der Gruppe NRF

William Burchett
Nach dem Sieg von Muhammed Ali -
Erinnerungen an einige Kämpfe zwischen Schwarzen und Weissen

Hans Martin Mamm
Die National Convention der SDS in Chicago (Dezember 1970)

impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfasst jeweil mindestens 52 Seiten und hat eine Auflage von 5 000.

Erscheint im Verlag:
Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgerstr. 16

Redaktion:
Joscha Schmierer (verantwortlich) Jürgen Sendler, Gerd Steffens
unter Mitarbeit von:
Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Dietrich Hildebrandt

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38
Tel: 06221/40812

Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum
c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard, 69 Heidelberg Schiffgasse 3, Tel: 06221/46153

Druck:
Caro-Druck, Heidelberg

Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.
Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt

ERKLÄRUNG DES TRIKONT-VERLAGS:

Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken. Als Organ des SDS Heidelberg wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenministeriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forums" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze Westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont-Verlag, München

EDITORIAL:

Der Artikel "Zur Situation in Spanien" ist ein mit einer größeren Einleitung versehener Beitrag zu einem teach-in in Heidelberg, das die Demonstration vom 12.12. vorbereitete. In den weiteren Heften wird die Analyse des Klassenkampfes in Spanien fortgesetzt. Die Gruppe NRF hat inzwischen einen Arbeitskreis zu dieser Frage eingerichtet.

Statt der Fortsetzung des Artikels von Jochen Noth über den arabischen Nationalismus und die palästinensischen Widerstandsorganisationen drucken wir in diesem Heft ein wichtiges Dokument der FPDLP (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas), in dem diese marxistisch-leninistische Organisation die Lage in Jordanien nach den Bürgerkrieg analysiert. Diese Analyse ist bisher nur auf Arabisch erschienen. In unserer Schwesterzeitschrift "Al Djabha" werden neben dieser Analyse weitere Artikel zum Klassenkampf im Nahen Osten erscheinen.

Der Artikel "Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution" ist die Fortsetzung des Artikels "Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels" in: NRF 2/70, S. 24 - 44; er kann jedoch unabhängig von diesem gelesen werden. Er wird im nächsten Heft mit einer Analyse der chinesischen Revolution fortgesetzt.

Der Bericht über den Kongress der US-amerikanischen "Students for a Democratic Society" (SDS) ist uns von Genosse Mumm aus Chicago geschickt worden.

Im letzten Teil des Heftes drucken wir 2 Stellungnahmen der Gruppe NRF ab, die sich auf die Auseinandersetzung innerhalb der Linken in Heidelberg beziehen. Relevante Dokumente der anderen Gruppierung können wir nicht abdrucken, denn sie liegen nicht vor.

INHALT:

Karin Althoff
Zur Situation in Spanien S. 3

Joscha Schmierer
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution S. 9

Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg S. 37

Dokumente zur weiteren Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg
Zur Analyse der Studentenbewegung (Gruppe NRF) S. 52
Wahlplattform der Gruppe NRF S. 55

Nach dem Sieg von Muhamed Ali William Burchett S. 58

Die National Convention der SDS in Chicago Hans Martin Mumm S. 60

Zur Situation in Spanien

1. Einige Daten zur politischen und ökonomischen Entwicklung

Die Erzwingung der Umwandlung der Todesurteile im Militärprozeß von Burgos gegen 16 Mitglieder der baskischen Widerstandsorganisation ETA in je 30 Jahre Kerkerhaft stellt insofern einen Erfolg der Oppositionsbewegung in Spanien dar, als es der Protestbewegung mit den Comisiones Obreras (Arbeiterräte, CC.OO) an der Spitze gelungen ist, durch auf nationaler Ebene koordinierte Massenaktionen den Burgosprozeß zu einem Tribunal gegen das faschistische Regime in Spanien werden zu lassen und im Ausland eine breite Protestbewegung gegen den spanischen Faschismus hervorzurufen. Ohne eine starke Arbeiter- und Oppositionsbewegung in Spanien hätte auch dieser Prozeß wie schon so viele andere unbehelligt und zügig abgewickelt werden können.

Der Burgos-Prozeß und die damit verbundenen Protestaktionen zeigen, daß das Regime inzwischen Schwierigkeiten hat, die Opposition durch brutale Unterdrückung unter Kontrolle zu halten. Das langwierige Sich-Hinziehen des Prozesses und die Interventionen verschiedener Gruppen der Herrschaftsseite, wie Falange und Militär einerseits, die ein scharfes Durchgreifen und die Vollstreckung der Todesurteile forderten und immerhin soweit befriedigt wurden, daß zunächst in Guipúzcoa der volle und dann in ganz Spanien der sog. "kleine" Ausnahmezustand (Aufhebung des Art. 18) verhängt wurden, und Kirche und Kapitalfraktion und Teile der Monarchisten andererseits zeigen, daß innerhalb des Regimes Widersprüche aufgebrochen sind.

Die Reaktion, die 1936 unter Führung Francos und der marokkanischen Truppen putschte und den Bürgerkrieg einleitete, stützte sich 1939 im wesentlichen auf folgende Gruppen und Klassen: (1)
Finanz(Madrid)- und Großgrundbesitzoligarchie, die Vertreter des Großkapitals im Baskenland und Katalonien, Monarchisten, Armee, Kirche und Falange. Die soziale Basis der Falange lag in der Kleinbourgeoisie und bei den Landarbeitern vor allem Kastiliens und Navarras. Diese verschiedenen Gruppierungen und Klassen schweißte Franco in einen zumindest nach außen homogen erscheinenden Block zusammen, dem sog. "Movimiento".

Das Franco-Regime zeigt zwei ganz klar voneinander getrennte Perioden; ihrer politischen Erscheinungsform nach wären sie zu charakterisieren als die Periode der faschistisch autoritären Diktatur von Falange und Militär einerseits und der Diktatur des Monopolkapitals, in der allerdings die faschistisch-autoritären Momente keineswegs verschwunden sind, sondern bestenfalls nach Maßgabe der Kapitalinteressen vorübergehend zurückgedrängt werden, andererseits. Diese Modifikation in der politischen Erscheinungsform des faschistischen Regimes in Spanien ist Ausdruck des ökonomischen Entwicklungsprozesses seit dem Ende des Bürgerkriegs.

Unter den Bedingungen der totalen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und des Aufbaus eines effizienten Repressionsapparats begann nach 1939 eine Phase der sog. "nationalen Rekonstruktion" (1939 - 1959), d.h. eine Phase der ungeheuren Kapitalakkumulation auf der Basis scharf kontrollierter, niedriger Löhne im Rahmen einer geschlossenen Wirtschaft.

Im Interesse der Großgrundbesitzoligarchie (2) wird die zur Steigerung der Agrarproduktion notwendige Landreform nicht durchgeführt. Die staatlich festgesetzten Agrarpreise, so z.B. von Weizen (Kastilien) und Baumwolle (Andalusien), sichern der Großgrundbesitzoligarchie hohe Gewinne. Diese werden in Bodenspekulation oder Industrie angelegt. Die Notlage im Agrarsektor hat zur Folge einen ständig ansteigenden Exodus der Landbevölkerung (3) in die Städte, der zunächst von der Industrie in geringerem Maße als vom tertiären Sektor aufgesogen wird. Die Aufblähung des tertiären Sektors ist weit weniger Folge des den Industrialisierungsprozeß begleitenden Ausbaus der Infrastruktur und des Dienstleistungsgewerbes als des Aufbaus einer breitangelegten Kontrollbürokratie (Steuerkontrolle, Lohnkontrolle durch die Vertikalen Gewerkschaften, etc.). Erst mit dem fortschreitenden Akkumulationsprozeß können die Landarbeiter voll die Funktion der industriellen Reservearmee übernehmen und damit die Kontrolle der Löhne ohne weitgehende institutionelle Eingriffe sichern.

Die Falange verliert ihre Basis in der Landbevölkerung, da auch unter dem Franco-Regime sich an ihrer Notlage nichts ändert. Ihr ersteht aber eine neue soziale Basis in der Kontrollbürokratie, die eine neue, sozial-homogene, dem Regime loyal ergebene Gruppe darstellt. Diese erfüllt nicht nur die politische Funktion der Kontrolle, sondern auch die wirtschaftliche der Schaffung von Konsumenten, eine insofern äußerst wichtige Funktion, als die Arbeiter und Landarbeiter mit ihren Hungerlöhnen nur sehr begrenzt als Käufer der Produkte der sich entwickelnden Konsumgüterindustrie in

(1) Im folgenden stütze ich mich im wesentlichen auf folgende Literatur:
Horizonte Español 1966: Ruedo Ibérico, 2 Bände
Ricard Soler: La nueva España, Cuadernos Ruedo Ibérico, no 26/27
Ignacio Fernández de Castro: De las Cortes hasta el Plan de Desarrollo, Ruedo Iberico 1968
Le Monde, Monde Diplomatique

(2) 53% des bebaubaren Bodens sind in Händen von 3,8% der Landbesitzer

(3) 1940 waren noch 52% der aktiven Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt, 1968 31,2%, 1970 29%

Betracht kommen.
Der Akkumulations- und Konzentrationsprozeß des Kapitals vollzog sich auf der Basis der Realisierung von ungeheuren Profiten und Extraprofiten durch - wie erwähnt- uneingeschränkte Ausbeutung der billig gehaltenen Arbeitskraft, durch Produktionssteigerung auf grund verlängerten und vermehrten Einsatzes des variablen Kapitals (4) und durch Preiserhöhung der Industrieprodukte (5). Ende der 50iger Jahre stieß der Akkumulationsprozeß und Konzentrationsprozeß an seine Grenzen, insofern als im geschlossenen System die Verwertungsbedingungen immer schwieriger wurden. Die Weiterentwicklung der Industrialisierung erforderte eine Öffnung des Marktes nach außen, d.h. Aufgabe der Autarkie. Mit der institutionellen Durchsetzung der Interessen des spanischen Kapitals in der Übernahme der Wirtschafts- und Finanzministerien 1959 durch das Opus Dei, dem Repräsentanten der Industriebourgeoisie, setzt ein wirtschaftlicher Liberalisierungs- und Expansionsprozeß ein mit dem Ziel der Integration in den imperialistischen Weltmarkt, insbesondere den europäischen in Gestalt der EWG.
Um die Bedingungen für eine Integration zu schaffen, war notwendig eine Produktivitätssteigerung und Qualitätssteigerung, d.h. gezielte Technisierung, Rationalisierung, Diversifizierung etc. Den institutionellen Rahmen dafür lieferten der Stabilisierungsplan von 1959 und die jeweils für 4 Jahre angesetzten Entwicklungspläne (6). Eine Voraussetzung für die Durchführung dieser Pläne war die Öffnung der spanischen Wirtschaft für ausländisches Kapital unter sehr günstigen Bedingungen (7).
Die aus den Notwendigkeiten der Kapitalinteressen bedingte ökonomische Liberalisierung war begleitet von einer relativen politischen Liberalisierung, die drei Ziele verfolgte. Das eine Ziel ist, sein politisches Image dem Ausland gegenüber zumindest so aufzupolieren, daß die westeuropäischen Regierungen in ihren Ländern nicht in Legitimierungsschwierigkeiten in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Spanien kommen, also keine Bedenken gegen die EWG-Fähigkeit Spaniens in den westeuropäischen Regierungen bestehen. Ein zweites Ziel ist, durch Liberalisierung der Lohnkontrolle und verschwommene Ansätze zur Bildung von unabhängigen Interessenorganisationen der Arbeiter (8), d.h. durch begrenzte Tariffreiheit, die Voraussetzung zur ökonomischen Besserstellung der Arbeiter zu schaffen, um auf diese Weise diese in eine durchkapitalisierte Warengesellschaft integrieren zu können. Das dritte Ziel ist, dissidente progressive Kapitalfraktionen, die sich als bürgerliche Opposition gegen das Regime zu organisieren beginnen, zu reintegrieren (9).

Die seit etwa 1956 wiedererwachenden und seitdem sich ständig verstärkenden Klassenkämpfe, die Entstehung von außerhalb der staatlichen, von der Falange kontrollierten Gewerkschaften stehenden Arbeiterorganisationen, nutzen diesen vom Kapitalinteresse diktierten engen Spielraum der Liberalisierung für ihre Klasseninteressen. Eine Bedingung für die Entwicklung der Klassenkämpfe in Spanien war die grundlegend veränderte Struktur der spanischen Arbeiterklasse. Der Akkumulationsprozeß hatte innerhalb von 20 Jahren etwa eine Verdoppelung (2Mill.) der Masse von Industriearbeitern herbeigeführt. Von diesen arbeiten mehr als 2/3 in den drei größten Industriezentren Spaniens: Barcelona, Madrid und Bilbao. Mehr als 1/3 arbeiten in Betrieben mit über 500 Arbeitern. Dieses ungeheure Anwachsen der spanischen Arbeiterklasse bedingte neue Formen der Bewußtwerdung der eigenen Klassenlage und der Notwendigkeit des organisierten Kampfs. Die bei den Lohnkämpfen spontan gebildeten Arbeiter- und Fabrikräte, die sich nach Beendigung des Kampfes sofort wieder auflösten, wurden zur ständigen Organisationsform der Arbeiter (CC.OO.) (10). Organisatorisches Prinzip ist die Zusammenfassung der Ar-

(4) Die Erhöhung der Produktion betrug 1939-1959 200%, die der Agrarproduktion 30%.
(5) Von 1939-1959 stiegen die Preise von Industrieprodukten um 676%, die Löhne stiegen im gleichen Zeitraum um 261%, bis 1955 allerdings nur um 100%.
(6) Der I Plan de Desarrollo läuft von 1964 -67, der II Plan de Desarrollo schließt direkt an, beide wurden in enger Zusammenarbeit mit der OECD ausgearbeitet.
(7) Nur Kapitalbeteiligungen über 50% sind genehmigungspflichtig. Die realisierten Profite können unbeschränkt wieder ausgeführt werden.
(8) 1958 wird das Gesetz über Tarifverträge verabschiedet, Die Löhne werden nun nicht mehr direkt und zentral vom Regime diktiert, sondern mit den Unternehmern über die Vertikalen Gewerkschaften ausgehandelt. D.h. statt direkter Kontrolle, verschleierte Kontrolle. Gerade dieses Tarifgesetz ist Hebel für harte Lohnkämpfe und die Entwicklung der Klassenkämpfe. Sobald wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten, wie z. B. 1967 ff wird die staatliche Lohnkontrolle wieder durchgesetzt.
(9) 1962 trafen sich im Rahmen des Kongresses der Europäischen Bewegung in München, bürgerliche Oppositionelle Spaniens, um eine Plattform für die Herrschaftsübernahme im Falle des Franco-Sturzes oder seines Todes festzulegen. Inzwischen ist der Reintegrationsprozeß nicht ohne Erfolg gewesen. Ein nicht zu geringer Teil der bürgerlichen Opposition immerhin meint, den Demokratisierungsprozeß im Postfranquismus nach Maßgabe seiner Interessen allmählich zu seinem Ende führen zu können. Auf diese Weise wäre es jedenfalls unter dem Schutz des jederzeit aktualisierbaren Repressionsapparates möglich, den Demokratisierungsprozeß genau zu dosieren und die Gefahr einer sozialistischen Revolution zu bannen.
(10) Die auf Betriebsversammlungen gewählten Vertreter der Arbeiter e. s Betriebs organisieren den Kampf für die Interessen der Arbeiter. Diese gewählten Vertreter sind den Arbeitern gegenüber verantwortlich und jederzeit abwählbar. Auf der Grundlage der Organisierung auf Betriebsebene werden CC.OO. auf Produktionszweig-, Provinz- und nationaler Ebene gebildet zum Zwecke der Koordinierung und organisatorischen Zu-

beiter in eine einheitliche, repräsentative Massenorganisation, die den gewerkschaftlichen Kampf unter Ausschaltung der Gefahr der Spaltung der Arbeiterklasse führt und die Grundlagen schaffen soll für die Errichtung der proletarischen Demokratie.
Es gelingt den CC.OO., die Arbeiterklasse über Lohnkämpfe zum politischen Kampf zu führen und tragfähige Ansätze zur Politisierung und Organisierung der Arbeiterklasse zu schaffen. Dieser Prozeß ist noch nicht beendet und ist auch in den verschiedenen Regionen und Produktionszweigen unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Erfolge in den Lohnkämpfen, die Ausweitung der Lohnkämpfe, die de-facto-Durchsetzung des Streikrechts, die Massenbewegung für Amnestie und gegen den Burgosprozeß sind Etappen auf dem Wege der Rekonstruktion eine revolutionären Arbeiterbewegung. Der Kampf der Arbeiter wird augenblicklich gleichzeitig für die Verbesserung der Bedingungen für diese Rekonstruktion und zur Verteidigung der erreichten Positionen geführt. Dabei konvergieren die Interessen der bürgerlichen Opposition und die der proletarischen Organisationen punktuell. Die PCE (KPS), die eine wichtige Rolle in den CC.OO. einnimmt, hat daraus den Pacto para la Libertad (Pakt für die Freiheit) abgeleitet, dessen Funktion darin besteht, das Ende der Franco-Diktatur zu beschleunigen und nach dessen Ende Bedingungen sicherzustellen, unter denen die Organisationen der Arbeiterklasse volle Bewegungsfreiheit haben.

In diesem Artikel wurde versucht, einige der wesentlichen ökonomischen und politischen Daten zum Verständnis der Situation in Spanien darzulegen. Wichtig wäre darüberhinaus, die Fraktionen innerhalb des Herrschaftsapparates und deren Politik sowie die der bürgerlichen Oppositionsgruppen konkreter zu beschreiben und eine Analyse der von den Organisationen der Arbeiterklasse vorgenommenen Einschätzung der Lage in Spanien und ihrer daraus folgenden Politik vorzunehmen. Das soll in einem weiteren Artikel in einer der nächsten Nummern des NRF versucht werden.

2. Zur Entstehung der ETA (1)

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise fand in Spanien zuerst in den Gebieten statt, in denen ausländisches Kapital besonders günstige Anlagebedingungen vorfand; das war in den Kohle- und Eisenerzgebieten an der Peripherie.
Im Baskenland beutete vor allem englisches Kapital, repräsentiert durch die Gesellschaft Orconera Iron Ore Ltd seit 1874 in Zusammenarbeit mit den baskischen Bergwerksbesitzern die hochwertigen Eisenerzlager in Vizcaya und Santander aus. In geringerem Maß waren auch belgisches Kapital und deutsches Kapital (Krupp, Röchling, Haniel etc.) beteiligt. 90% der geförderten Erze wurden in die Stahlzentren der entwickelten kapitalistischen Länder verschifft. Nur etwa 10% blieben zur Verarbeitung im Land. Die Eisenerzexporte und damit dem Handel sich rapid entwickelnde Ausbau der Schiffbauindustrie war die Grundlage für die Entwicklung einer kapitalstarken baskischen Nationalbourgeoisie; seit Ende des 19. Jhdts. wurde eine eigene Stahlproduktion aufgebaut, die gegen die ausländische Konkurrenz durch Schutzzölle abgesichert wurde.
Parallel dazu entwickelte sich ein starkes baskisches Finanzkapital. Noch heute gehören die drei baskischen Privatbanken Banco de Bilbao, Banco de Vizcaya und Banco de Urquijo zu den sechs größten Banken Spaniens, die den spanischen Kapitalmarkt beherrschen. (2)
Die Industrialisierung und Kapitalisierung des Baskenlandes hatte, da exportorientiert, kaum Rückwirkungen auf die ökonomische Situation im übrigen Spanien, das, abgesehen von Katalonien, im Interesse der Großgrundbesitzer - etwa 60% des bebaubaren Bodens in Spanien waren damals in der Hand von 30-40 Familien - seiner vorkapitalistischen Agrarstruktur verhaftet blieb.
Das baskische Finanz- und Industriekapital suchte von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit der Zentralregierung. Sein großes wirtschaftliches Gewicht im Rahmen Gesamtspaniens ermöglichte es ihm, die Zentralregierung zur Durchsetzung seiner Interessen zu instrumentalisieren, nämlich zum einen zur Absicherung gegen das Auslandkapital durch Schutzzölle, um den spanischen Markt zugunsten der expansiven Industrie des Baskenlandes von ausländischer Konkurrenz freizuhalten und zum anderen dazu, ihre Vorherrschaft gegenüber der entstehenden baskischen Mittel- und Kleinbourgeoisie zu erhalten und vor allem die Disziplinierung der Arbeiterklasse durch den zentralen Repressionsapparat zu gewährleisten. Aus den gleichen Gründen unterstützt auch heute das baskische Großkapital das faschistische Regime Francos.
Ein wesentliches Mittel der Repression gegen die bas-

sammenfassung. Die Kampfform ist die Führung des Kampf außerhalb der Vert. Gewerkschaften unter Instrumentalisierung jedoch der institutionellen Möglichkeiten dieser Gewerkschaften.

(1) Verwendete Literatur: vgl auch vorangegangenen Artikel, sowie
Nuestra Huelga, 1966, Broschüre der Arbeiter von Echevarri über ihren Streik
Tamames, Estructura Económica de España, 3. Ausg. 1967
Cuadernos Ruedo Ibérico, no 25

2) Das Baskenland nimmt etwa 3% des spanischen Gesamtterritoriums ein: Baskenland: 17 628 km^2, Spanien: 503 478 km^2. Die Bevölkerung des Baskenlandes stellt etwa 6% (2Mill.) der Gesamtbevölkerung Spaniens dar. Im Baskenland liegen 70% der Eisen- und Stahlproduktion, 56% der Handelsflotte. Außerdem gibt es dort eine bedeutende Papier-, Zement-, Waffen- und metallverarbeitende Industrie. Das Pro-Kopf-Einkommen des Baskenlandes ist 2 1/2 mal so hoch wie das Andalusiens:
(1967: Baskenland: 50738 Pst (ca. 845 Doll.)
Andalusien: 21439 Pst. (ca. 357 Doll.)
Spanien: 36245 Pst. (ca. 607 Doll.)

kische Bevölkerung - natürlich mit Ausnahme der spanisch assimilierten Großbourgeoisie - ist die Unterdrückung der nationalen Besonderheiten wie der baskischen Sprache und Kultur. Das Baskenland hatte bis 1839 eine von der Zentralregierung durch Sonderrechte (Foros) abgesicherte Unabhängigkeit besessen. Die kulturelle Unterdrückung als auch die ökonomische Hegemonie von Großkapital und Zentralregierung waren der Grund, daß die entstehende baskische Klein- und Mittelbourgeoisie, in ihrer Entfaltung und Entwicklung behindert, für die Rückgewinnung der Autonomie seit Ende des 19 Jhdts kämpfte. Die Erreichung der Autonomie sollte zweierlei gewährleisten: 1. die freie Entfaltung des baskischen Kultur und Sprache und 2. die Basis zur Einführung bürgerlich demokratischer Freiheiten, die der Klein- und Mittelbourgeoisie ermöglichen sollten, ihre Interessen gegen die Vormundschaft des baskischen und zentralen Monopolkapitals durchzusetzen. Von daher hatten die nationalen Forderungen der baskischen Klein- und Mittelbourgeoisie, vertreten durch das Partido Nacional Vasco, 1890 gegründet, progressiven Charakter, da sie auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie realisiert werden sollten.

Während der 2. Republik 1931 - 36 hatte das Baskenland, ebenso wie Katalonien, weitgehende Autonomie erhalten. Diese zu bewahren, war der Anstoß für die bürgerlich konservative Regierung des Baskenlandes, auf Seiten der Volksfront gegen den Militärputsch Francos zu kämpfen.

Für die schnelle kapitalistische Entwicklung des Baskenlandes, die sich nach dem ersten Weltkrieg beschleunigt vollzog, war Bedingung die Proletarisierung der baskischen Landbevölkerung und Handwerker. Das Industrieproletariat rekrutierte sich vorwiegend aus den Agrargebieten Navarras. Navarra ist die Hochburg des Karlismus, der u.a. für die Wiedereinführung der absolutistischen Monarchie, für regionale Sonderrechte sowie für eine ökonomische Ordnung im mittelalterlichen Sinn eintritt. Von daher ist zu verstehen, daß dieser Teil der baskischen Industriearbeiter, die Autonomieforderungen der Mittel- und Kleinbourgeoisie unterstützt hat. Es entstanden baskische Arbeitergemeinschaften und Arbeitervereine sog. gelbe Gewerkschaften, nämlich solche die von den baskischen Kapitalisten finanziell unterstützt und gefördert wurden. Für diesen Teil des baskischen Industrieproletariats übte lange Zeit der Kampf für baskische Unabhängigkeit eine verschleiernde Wirkung aus, insofern dadurch die Klassengegensätze verdeckt werden konnten.

Die expandierende baskische Industrie zog vor allem seit den 20iger Jahren Arbeiter aus den verarmten Agrargebieten Andalusiens, Extremaduras, Galiciens etc. an. Diese Arbeiter erfüllen etwa dieselbe Funktion wie die ausländischen Arbeiter ind westeuropäischen Metropolen, nämlich die der industriellen Reservearmee. Sie werden gezielt gemischt eingesetzt, um die Entstehung eines einheitlichen Klassenbewußtseins des im Baskenland arbeitenden Proletariats zu verhindern. In der Metallfabrik Echevarí sind z.B. 70% der Arbeiter Immigranten aus 5 verschiedenen Regionen und nur 30% Basken.

Erschwert wird die Entstehung einer einheitlichen Arbeiterbewegung durch die Tatsache, daß die einheimischen Arbeiter, weil meist Facharbeiter, tendenziell die Rolle einer Arbeiteraristokratie übernahmen. Die baskischen Bauern, sofern sie nicht gleichzeitig Industriearbeiter sind, sind insgesamt von der reaktionären, karlistischen Ideologie beeinflußt. Für sie bedeutet Autonomie gleichzeitig Herstellung vorkapitalistischer Verhältnisse.

Diese Momente - die Verhaftung eines Teils der einheimischen Arbeiter in der karlistischen Ideologie und die Zersplitterung der Arbeiterklasse insgesamt - haben bis Ende der 50iger Jahre bewirkt, daß die Arbeiter im Baskenland und ihre Organisationen völlig in die unter die Vorherrschaft der Kleinbourgeoisie unter Führung der NBP (National Baskischen Partei) stehende Unabhängigkeitsbewegung integriert blieben.

Dies änderte sich mit der Entstehung und Entwicklung der ETA, die eine Folge der Veränderung innerhalb der NBP war.

Die NBP hatte im Laufe der Jahre insofern ihre Haltung der Autonomiebewegung gegenüber modifiziert, als mit der fortschreitenden Expansion der baskischen Industrie die baskische Industrie erkannte, daß die auf das weniger entwickelte Restspanien gerichteten imperialistischen Ziele durch eine Zentralregierung besser durchgesetzt werden könnten. Ihre Absicht war von daher nicht mehr die bedingungslose Durchsetzung der Autonomie, sondern die einer relativen Unabhängigkeit. Ihrer Meinung nach wäre es durch eine Entschärfung des totalitären Systems in Spanien möglich, die Autonomiebestrebungen durch Konzessionen wie Gewährung der Ausübung der baskischen Sprache, aufzufangen, wodurch dann die kleinbürgerliche Autonomiebewegung in die Bourgeoisie integriert werden könnte. Dieser Wandel innerhalb der NBP hatte eine völlige politische Untätigkeit zur Folge und rief den Widerstand der baskischen Kleinbourgeoisie, Intellektuellen und Arbeiter hervor. 1956 spaltete sich die ETA aus der Jugendorganisation der NBP ab. Ihre Mitglieder, die sich aus der Kleinbourgeoisie und Intellektuellen rekrutierten, hielten den militanten Kampf für notwendig zur Durchsetzung von Autonomie und nationalen Freiheiten. Diese Richtung wird auch weitgehend von den der Gewerkschaft der NBP, Solidarios Vascos, angehörenden Arbeitern unterstützt. Gleichzeitig entwickelt sich eine andere Richtung innerhalb der ETA, die davon ausgeht, daß die Lösung des baskischen Problems erst dann möglich ist, wenn die Autonomiebestrebungen mit der Revolutionierung der alten Strukturen, d.h. mit dem Klassenkampf der Arbeiter verbunden ist. Das Programm der ETA von 1962 stellt in dieser Hinsicht einen Kompromiß zwischen diesen beiden Richtungen dar. Dort definiert sich die ETA als revolutionäre baskische Bewegung zur nationalen Befreiung, mit dem Ziel der Unabhängigkeit und Wiedervereinigung des baskischen Territoriums - einschließlich des frz. Teils - der Transformierung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen.

Die ETA ist in Zellen, den sog. mesas (Tischen) organisiert. Die Zellen arbeiten unabhängig voneinander,

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Diese Reihe ist im Belletristischen auf der Höhe der Zeit und im Kritischen äußerst fortschrittlich: dies aber nicht als eine der vielen peripheren Erscheinungen modischer Orientierung, sondern im Grundsätzlichen wissenschaftlich und solid.
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Im ersten Halbjahr 1971 erscheinen folgende Titel:

Band 15 Februar 1971
H.C. Artmann
das suchen nach dem gestrigen tag
oder schnee auf einem heißen brotwecken. Eintragungen eines bizarren Liebhabers.
DM 4,80

Band 16 Februar 1971
Eric J. Hobsbawm
Sozialrebellen
Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 17 April 1971
Eugène Ionesco
Der Schlamm/
Das große Massakerspiel
Zwei Stücke. Aus dem Französischen von Peter Gaus und Lore Kornell. Mit einer Dokumentation.
DM 7,80

Band 18 Februar 1971
H.C.F. Mansilla
Faschismus und eindimensionale Gesellschaft
DM 9,80

Band 19 Februar 1971
Helga Gallas
Marxistische Literaturtheorie
Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1.
DM 9,80

Band 20 April 1971
Alexander Solschenizyn
Hirsch und Hure
Theaterstücke.
Aus dem Russischen von Gisela Drohla.
DM 4,80

Band 21 April 1971
Georg Lukács
Die Seele und die Formen
Essays. DM 9,80

Band 22 April 1971
Hannes Heer
Das Ende des Reformismus
Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. DM 7,80

Band 23 April 1971
Adrian Hsia
Die chinesische Kulturrevolution
Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft.
DM 9,80

Band 24 Juni 1971
Kurt Marti
Abratzky oder Die kleine Brockhütte
Nachträge zur weiteren Förderung unseres Wissens.
Lexikon in einem Band
DM 4,80

Band 29 April 1971
Hans G. Helms/
Jörn Janssen
Kapitalistischer Städtebau
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 7,80

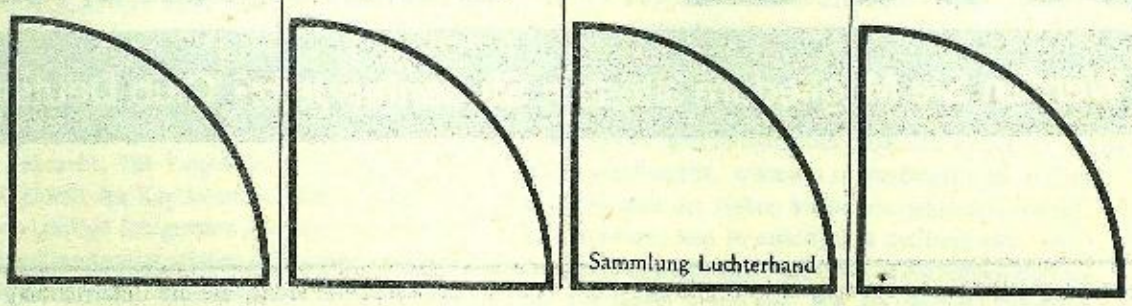
Band 25 Juni 1971
Jürgen Habermas
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 26 Juni 1971
Miguel Angel Asturias
Weekend in Guatemala
Acht Novellen.
Deutsch von Lene Klein.
DM 9,80

Band 27 Juni 1971
Michael Scharang
Zur Emanzipation der Kunst
Essays. DM 4,80

Band 30 Juni 1971
Jean-Paul Sartre
Intellektuelle in der Revolution
Deutsch von H. v. Nussbaum. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten sie in Ihrer Buchhandlung.



sie sind dem Biltzar Ilipia, einer Art Politbüro verantwortlich.(3)
Die Widersprüche zwischen den beschriebenen Richtungen verschärfen sich im Laufe der Jahre. Der nationalistische Flügel sieht die Lösung des nationalen Problems im Guerrillakampf. Seine Strategie ist, durch militante Aktionen, wie Banküberfälle, Überfälle auf Institutionen des Regimes etc. die Aufmerksamkeit der baskischen Bevölkerung und Öffentlichkeit auf die faschistische Repression zu lenken und dadurch ein revolutionäres Bewußtsein in der Bevölkerung zu entwickeln.

Der marxistisch-leninistische Flügel der ETA setzt die revolutionären Ziele vor die nationalistischen und erstrebt ein Bündnis mit allen Kräften der Linken in Spanien, vor allem den Comisiones Obreras. Gegenüber Guerrillaaktionen stellt er den Massenkampf in den Vordergrund und wendet gegen Guerrillaaktionen ein, daß dadurch in der gegenwärtigen Situation Spaniens die revolutionäre Entwicklung zurückgeworfen werden könnte.
Auf der 52. Generalversammlung der ETA im August 1970 hat sich der nationalistische Flügel der ETA abgespalten.

Karin Althoff

Rechtshilfefonds
9980 Heidelberger Volksbank 9980

Do 11.2. Alexander von Schlippenbach Trio
Evan Parker
Paul Lovens

Do 18.2. RÜDIGER CARL INC.

Do 25.2. Peter Nell Group

CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

(3) Nach der inhaltlichen Arbeit ausgerichtet gibt es folgende Organisationsform:
1. Die Politische Front, die verantwortlich ist für politische Propaganda und Agitation, Massenorganisation etc.,
2. die ökonomische Front, der die Finanzierung untersteht
3. die kulturelle Front, die die Unterrichtung in baskischer Sprache, den Aufbau von Schulen etc. übernimmt und
4. die militärische Front, die im bewaffneten Kampf ausbildet.

Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution

Vorbemerkung

Für den revolutionären Marxismus bestand in der Epoche vor der Russischen Revolution die theoretische Hauptaufgabe in der Analyse des Imperialismus als bestimmter Epoche des Kapitalismus. Lenin erweist sich gerade darin als Führer des Proletariats, daß er diese Aufgabe in Angriff nahm und theoretisch löste. Nach der Russischen Revolution, die Lenins Analyse des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, d.h. als der Epoche seines Niedergangs und seiner revolutionären Umwälzung im Weltmaßstab bestätigte, kann eine umfassende Theorie der Totalität des Klassenkampfes nur durch eine Vermittlung von Imperialismustheorie und Theorie der Übergangsgesellschaft gewährleistet werden. Diese Aufgabe haben die Bolschewiki unmittelbar nach der Oktoberrevolution in Angriff genommen. (1) Die Problematik der Vermittlung von Imperialismustheorie und Theorie der Übergangsgesellschaft liegt gerade auch der politischen Auseinandersetzung der KPCh und der KPDSU zugrunde (2).

Imperialismustheorie und Theorie der Übergangsgesellschaft unterscheiden sich sowohl im Abstraktionsgrad als auch der Fragestellung nach von der Analyse des Kapitals im allgemeinen, die Marx in den beiden ersten Bänden des Kapitals unternommen hat. Sie beziehen sich auf eine bestimmte Epoche des Kapitalverhältnisses, die sie mit Hilfe der Methode und der Begriffe, die Marx in der Analyse des Kapitals im allgemeinen entwickelt hat, theoretisch bestimmen: auf die Epoche seines Niederganges und seiner partiellen Überwindung. Es kann sich deshalb bei der Lösung dieser theoretischen Aufgabe keineswegs um eine "Modernisierung" und "Neufassung" des Kapitals oder um die Entwicklung "neuer Kategorien" handeln, sondern nur um die richtige Anwendung der marxschen Methode und Kategorien auf eine spezifische historische Problematik. In diesem Sinne sind Lenin und Mao Tse-tung die bedeutendsten Führer des Proletariats im 20. Jahrhundert, weil sie neue Probleme des proletarischen Klassenkampfes theoretisch und praktisch in Angriff nahmen, statt die von Marx im wesentlichen gelöste Aufgabe der Analyse des Kapitals im allgemeinen "verbessern" zu wollen. In diesem Sinne sind Lenin und Mao Tse-tung Führer des Weltproletariats, gerade auch dann, wenn sie ihre Auffassungen an praktischen Problemen der russischen und chinesischen Revolution entwickelten, die beide die Herrschaft des Imperialismus an ihrem jeweils schwächsten Kettenglied durchbrochen haben.

Im Laufe ihrer theoretischen und praktischen revolutionären Arbeit haben sie Erkenntnisse gewonnen und formuliert, die nicht einfach für China bzw. für Russland von Bedeutung sind, sondern für den Klassenkampf des Proletariats insgesamt in der Epoche der Auseinandersetzung von Imperialismus und Sozialismus im Weltmaßstab.

Jede Reduktion der Bedeutung Lenins und Mao Tse-tungs auf die Rolle von nationalen Revolutionären negiert deshalb gerade die internationale Vermittlung einzelner nationaler Revolutionen, die Lenin und Mao Tse-tung epochal und exemplarisch reflektierten, was sie allererst zur Führung in der russischen bzw. chinesischen Revolution befähigte. Insofern zeigt sich in dieser der Reduktion Bedeutung Lenins und Mao Tse-tungs vor allem auch ein borniertes Bewusstsein in der Bestimmung der historischen Epoche, in der heute jede nationale revolutionäre Arbeit begriffen werden muß. Gegenüber der Tendenz freilich, Lenin und Mao Tse-tung in dogmatische Rechtfertigungsinstanzen zu verwandeln (einer Tendenz, der inhaltlich ihre Lehren völlig widersprechen) ist es wichtig, die Entfaltung ihrer Auffassungen im Kontext des theoretischen und politischen Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung zu untersuchen.

Die genannten Fehler (3) müssen kritisiert und bekämpft werden, zumal sie sich wechselseitig hervorrufen. Dabei muß heute in der Bundesrepublik der Hauptangriff gerichtet sein, gegen jene Richtung, die durch einen rituellen Dogmatismusvorwurf gegen jeden Versuch der Rekonstruktion der "Orthodoxie" (4) vorgeht und hinter deren Beschwörung der "Wissenschaftlichkeit" sich nichts verbirgt, als ein schaler Objektivismus und die Behauptung einer Klassenneutralität der Wissenschaft. Waren schon die Angriffe eines Brüggemann und eines Fritz Kramer auf den Marxismus-Leninismus in ihrer Tendenz eindeutig, so wird die Basis ihrer Angriffe erst recht in dem Maße kenntlich, wie sie von Leuten übernommen und weiterentwickelt werden, die weniger sophisticated sind in "wissenschaftlicher" Jonglierkunst als ihre Vorbilder. Das zeigte sich zum Beispiel in der Wirkung, die der Kramersche Artikel (5) auf einen Vertreter der Münchener Projektgruppe Technologie hatte, der in einer VDS-Broschüre über die Politik an der Hochschule verschiedener linker Gruppen folgendes zur Einleitung schreibt und die Behauptung der Irrelevanz des Marxismus-

(1) z.B. Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, 1921, dt. Neuausgabe Hamburg 1970
Preobrajensky, De la NEP au socialisme, Paris 1966
ders. La Nouvelle Economique, 1966
vgl. das ganze Werk von Lenin nach 1917

(2) vgl. Jean Baby, La grande controverse sino-soviétique (1956-1966), Paris 1966

(3) die schlichte Relativierung und die ebenso schlichte Dogmatisierung ihrer Lehren

(4) zum Begriff der marxistischen "Orthodoxie", der ein Kampfbegriff ist und genau das Gegenteil von Dogmatik ausdrückt, vgl. Lenin, Was sind die "Volksfreunde", 1894, W 1, S. 133-134, 136-137, 187, 189, 267
Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, W 1, S. 407, 414, 424 ff.

(5) Rotes Forum 3/70

Leninismus für die Metropolen auf seine endgültig unsinnige Spitze treibt: "Im Gegensatz zu Beispielen erfolgreicher Revolutionen in Ländern mit asiatischer Produktionsweise kann es in hochindustrialisierten Ländern nicht darum gehen, den Staat zu übernehmen (!)., um danach die Produktionsverhältnisse zu verändern und die Industrialisierung voranzutreiben." (6) Diese Aussage ist von jeglichem Problembewusstsein und jeder Sachkenntnis ungetrübt, was von dem Kramerschen Artikel selbst nicht in dieser Weise gesagt werden kann. Freilich geht auch Kramer davon aus, daß im vorrevolutionären Russland die asiatische Produktionsweise geherrscht hätte; aber dass es in der russischen und chinesischen Revolution darum gegangen wäre, " den Staat zu übernehmen " und daß ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staates, Produktionsverhältnisse geändert werden könnten, hat Kramer in seinem Aufsatz noch nicht behauptet.

In einem Referat, das namens der Heidelberger AStA-Fraktion auf einem "Kongress der nicht-leninistischen Gruppen in der BRD" in Mainz vorgetragen wurde, wird aus einer anderen Behauptung Kramers in Form einer rhetorischen Frage die dumm-dreiste Konsequenz gezogen: "Ist nicht die bolschewistische Kaderorganisation sowie das von Lenin geforderte 'Primat des Politischen' entscheidend ein Produkt der spezifisch russischen Situation, d.h. des russischen Absolutismus, der sowohl eine streng konspirative Arbeit erforderte (siehe dazu 'Was tun?', wo Lenin die Notwendigkeit einer straff organisierten Kaderorganisation entscheidend mit der notwendigen Konspirativität der politischen Arbeit begründet), als auch den Sturz des Zaren (!) zum primären Ziel machte und ergibt sich nicht für den Spätkapitalismus mit seinem hohen Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der entscheidenden ökonomischen Rolle des Staates dagegen ein 'Primat des Ökonomischen'?" (7) Wird hier noch versucht, einen auf die russischen Verhältnisse reduzierten Lenin gegen die "Neoleninisten" auszuspielen, ohne eine gewisse Berechtigung der Leninschen Auffassungen grundsätzlich in Frage zu stellen, so zeigt sich auch gleich, was es mit dieser Reduktion Lenins und mit dem Angriff auf die "Neoleninisten" auf sich hat: reine Unkenntnis. Die rhetorische Frage kann dann dahin beantwortet werden, daß Lenin den Begriff des Primats des Politischen gerade nicht aus dem Charakter des Zarenregimes abgeleitet hat (8), daß er ihn gerade auch nach der russischen Revolution aufrechterhalten hat, daß die Konspirativität nicht das Wesen der Leninschen Kaderorganisation ausmacht, daß die entscheidende ökonomische Rolle des Staates im "Spätkapitalismus" zuletzt geeignet ist, das "Primat des Politischen" in Frage zu stellen, und dass das "Primat des Politischen" ohnehin niemals bedeutete, daß analytisch von Überbauformationen ausgegangen werden sollte, sondern daß alle ökonomischen Fragen ihre klassenmäßige Zuspitzung in der politischen Konfrontation erhalten, z.B. in der Konfrontation der Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats.

Da Unkenntnis, und sei sie noch so rein, kaum eine Erklärung abgibt für theoretische und politische Positionen, ihrerseits vielmehr erklärt werden muß, so gilt es festzuhalten, daß die "sozialistische" Kritik an Lenin nichts anderes ist, als die Fortsetzung des bürgerlichen Antikommunismus. Durch übermäßige Kenntnis zeichnet sich auch dieser nicht aus. "Sozialistischer" Antikommunismus freilich kann sich nicht festmachen an dem Begriff der "Diktatur des Proletariats" selber, sondern muß sich festmachen an der Organisation der proletarischen Partei. Die Tendenz zur "Diktatur über das Proletariat" wird als den Organisationsprinzipien der Partei immanent erklärt. Damit wird dem Proletariat unter dem Deckmantel seiner Verteidigung das einzige Instrument wenigstens theoretisch aus der Hand geschlagen, mittels dessen es seine Diktatur allererst konstituieren könnte. Mit feiner Spürnase hat der "sozialistische" Antikommunismus in Lenin den Theoretiker des Klassenkampfes ausgemacht, der in der Nachfolge von Marx und Engels die Organisationsprinzipien der proletarischen Partei am klarsten herausgearbeitet hat. Also verläuft der Angriff auf die Partei des Proletariats, der eigentlich der Diktatur des Proletariats gilt, über einen Angriff auf Lenin, dessen Bestimmung des Verhältnisses von bloß zu ökonomischem Bewusstsein fähigen Proletariat und der Intelligenz, die das politische Bewusstsein monopolisiert hat, von den "Neoleninisten" "stillschweigend als gültig unterschoben". worden sein soll (9).

---

(6) Gottfried Mergner/Wulf Radtke, Kritischer Bericht über die Behandlung der Hochschule d.d.versch. soz. Gruppierungen der BRD und WB, 1970, S.12f.

(7) Birgit Lindberg, Zur theoretischen Grundlage der Spaltung der Heidelberger Linken, veröffentl. in info (AStA der Uni Heidelberg) Nr. 116, 20.1.71

(8) vgl. Was tun, W 5, S.402 f.(Anm.), 429 (Anm.)
"Politik ist konzentrierte Ökonomik", XI. Parteitag 1922, W 33, S.302
"Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen."
Noch einmal über die Gewerkschaften, 1921, W 22, S. 78
Auf das Primat der Politik verzichten, heißt generell und nicht etwa nur 1902 in Rußland, das Proletariat den Eigengesetzlichkeiten des Kapitals unterwerfen: also die Absage an den revolutionären Klassenkampf.

(9) wenn die sog. Kritiker schon über Lenin schreiben, sollten sie ihn auch ein bißchen lesen. Lenin hat bekanntlich die "Spontaneität als Keimform" der Bewußtheit bezeichnet (AW I, S.166).
vgl. zur ganzen Problematik bei Lenin: J. Schmierer, Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung, Rotes Forum 2/70, S.12 ff.,
hier S. 21 f.; sowie "Lenin-Rosa Luxemburg. Analyse ihrer Differenzen", Schriftenreihe des KSB Göttingen, November 1970
Die Differenzen zwischen Lenin und R.Luxemburg sind bestimmt nicht aus den Differenzen zwischen westeurop. und russ. Proletariat zu erklären, hat R.L. doch gerade die Kämpfe des russ. Proletariats

Wenn dann die angebliche Auffassung Lenins von dem "nur zu ökonomischem Bewusstsein fähigen Proletariat" aus den spezifischen russischen Verhältnissen abgeleitet wird, so ist diesen "Sozialisten", die sich gegen Lenin und seine dialektische Behandlung des Verhältnisses von Spontaneität und politischem Klassenbewusstsein und der damit zusammenhängenden, aber keineswegs identischen, Beziehung von marxistischer Intelligenz und Arbeiterklasse oft auf Rosa Luxemburg beziehen, mit Rosa Luxemburg zu antworten. Rosa Luxemburg hatte schließlich ihre Auffassung des Verhältnisses von Spontaneität der Massen und Partei gerade auch an der Erfahrung der russischen Revolution von 1905 entwickelt und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das politische Klassenbewusstsein des russischen Proletariats dem seiner damaligen westeuropäischen Klassenbrüder keineswegs nachstand (10), und die Revolution von 1905 als die "Klassenerhebung eines in hohen Maßen aufgeklärten modernen Proletariats" (11) bezeichnet. Und obwohl Rosa Luxemburg nicht in Verdacht steht, die Rolle der Partei zu überschätzen, nennt sie als Ursache dieses hohen Klassenbewusstseins des russischen Proletariats gerade die sozialdemokratische Partei: "Die ganze Summe von Klassenbewusstsein, politischer Reife und Idealismus, die in der Massenerhebung des Petersburger Proletariats zum Ausdruck gekommen, zur Tat geworden ist, kommt ausschliesslich auf das Konto der jahrzehntelangen unermüdlichen Maulwurfsarbeit der sozialistischen, genauer gesprochen, der sozialdemokratischen Agitation."

(12) Freilich war Rosa Luxemburg auch nicht der Auffassung, daß das damalige Rußland ein Land mit "asiatischer Produktionsweise" sei. Die Meinung der undogmatischen Vertreterin alter Vorurteile, die sich vergeblich auf Rosa Luxemburg beruft, ist also in zweierlei Weise falsch: weder hat Lenin jemals einen solchen Unsinn vertreten wie den, daß Proletariat sei "nur zu ökonomischem Bewußtsein" fähig, noch ließe sich ein solcher Unsinn aus dem spezifischen Charakter des russischen Proletariats ableiten. (12a)

Natürlich ist es eine Binsenwahrheit und wird als solche auch von niemandem bestritten, daß die Konzentration des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion seit der russischen Revolution von 1905 und 1917 gewaltige Fortschritte gemacht hat, und dass die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus sich außerordentlich beschleunigt hat. Das ändert aber nichts daran, daß die Reife des politischen Klassenbewusstsein des russischen Proletariats in der russischen Revolution von 1917 von keinem westeuropäischen Proletariat übertroffen worden ist, und dass deshalb die russische Revolution auch für das westeuropäische Proletariat nach wie vor von exemplarischer Bedeutung ist, und dass die Lehren der Bolschewiki als der führenden Partei des Proletariats in Russland umso mehr Bedeutung haben, als zweifellos das Fehlen einer bolschewistischen Partei in Deutschland einer der Gründe gewesen ist, die die proletarische Revolution von 1918 zum Scheitern verurteilten. (13)

---

als Exempel für ihre Organisationsauffassung verstanden; zu der Kontroverse vgl. auch Mandel, Lenin und das Problem des proletarischen Bewußtseins, in: Lenin. Revolution und Politik. Ffm 1970 S. 149ff., hier S. 182ff.; vgl. Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied-Berlin 19683, S.448 ff. Generell steckt in den gutgläubig fortgeschleppten Vorurteilen über die Leninschen Auffassungen zur Organisationsfrage neben der Unkenntnis, die alte antileninistische Emotionalität der antiautoritären Bewegung. Das gründliche und von bürgerlichen Vorurteilen freie Studium Lenins setzt offensichtlich einen langen Lernprozess voraus. Schließlich haben die meisten jüngeren Sozialisten in der BRD nicht mit dem Studium Lenins, sondern mit einer durch die eigenen unreflektierten Erfahrungen verzerrte Rezeption Korschs, Rosenbergs, Pannekoeks und Rosa Luxemburgs Umso leichter ist der Vorwurf, die "Neoleninisten" hätten irgendwelche Auffassungen Lenins, die zudem von den "Antidogmatikern" frei erfunden werden, stillschweigend übernommen.

(10) s. Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei, Gewerkschaften, Polit. Schriften I, 1966, S.186-187 vgl. Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke 1/2, S.487/88, wo R.L. über unwissende Sozialdemokraten spottet, die keine Ahnung von der Entwicklung d. russ. Proletariats hätten; ein Spott, der viele der heutigen Sozialisten trifft, die die Leninsche Theorie als Ausdruck eines zurückgebliebenen Proletariats verstehen wollen und diese historische Unkenntnis als historische Rezeption an den Mann bringen wollen.

(11) R.L., GW 1/2, S. 515

(12) a.a.O. S. 481

12a) zum hohen Grad der Konzentration des Kapitals und damit des Proletariats vgl.z.B. Trotzki, Die russ. Revolution 1905, 2. Aufl. Berlin 1923, S.21 ff.

(13) vgl. dazu den Kramerschen Beitrag auf der Heidelberger Generaldebatte, indem es heißt: "Der Mythos von der Perspektive der Kommunistischen Partei, bei deren Aufbau oder Wiederaufbau Lenin zufolge die sozialistischen Intellektuellen, die die revolutionäre Theorie wie in der französischen Revolution und von außen in das Proletariat tragen sollen, ihre historische Mission finden, wird noch verstärkt durch das Bedürfnis, das Fehlen fast aller Bedingungen für eine revolutionäre Bewegung durch das Postulat einer Kommunistischen Partei zu rationalisieren, die dann autoritär-voluntaristisch zur eigentlich wirklich notwendigen Voraussetzung der Revolution hypostasiert werden kann, bis hin zu der Erklärung des Scheiterns der November-Revolution aus dem Fehlen einer Kader-Partei." (NRF 3/70, S.50) Kurz zu der bloß auf Effekthascherei ausgerich-

Hinter dem ständigen Hinweis auf die Zurückgebliebenheit Rußlands, die mit der angeblichen Zurückgebliebenheit des russischen Industrieproletariats in eins gesetzt wird, verbirgt sich nichts anderes als die dünkelhafte Ablehnung, aus der Revolution zu lernen, die in der bisherigen Geschichte den eindeutigsten proletarischen Charakter trug und die Lehren der Partei, die diese Revolution führte, gründlich zu studieren, statt sie in völlig ahistorischer Weise zu relativieren. Denn natürlich ist es ahistorisch, wenn die Organisationsprinzipien der Partei des russischen Proletariats, deshalb für überholt gehalten werden, weil die ungeheure Konzentration des russischen Industrieproletariats zu der übrigen Struktur des zaristischen Rußland in Widerspruch stand. (14)

Ich habe mich in dieser Einleitung vor allem auf die "historische" Reflexion bezogen, die den Organisationsprinzipien der Bolschewiki seitens "undogmatischer" Linker zuteil wird, weil sich bisher die Rezeption dieser Linken im wesentlichen auf "Was tun" beschränkt, aus dessen Unverständnis sie dann ihre "historische" Relativierung ableiten, die in Wirklichkeit ein frappantes Unverständnis des Verhältnisses von Theorie und Geschichte zeigt. Im folgenden wird die Bedeutung der Bauernfrage für die russische Revolution nach dem Aufbau des Sozialismus in Rußland untersucht. Der Artikel versteht sich ebenso wie der Artikel "Bauern, Befreiungsbewegungen und proletarische Revolution" (14a) als Vorarbeit im Rahmen der Aufgabe, die Vermittlung von Imperialismustheorie und Theorie der Übergangsgesellschaft in Angriff zu nehmen, der zentralen theoretischen Aufgabe im Kampf gegen den Imperialismus und den Revisionismus.

tetenBemerkung, daß "Lenin" zufolge die sozialistischen Intellektuellen die revolutionäre Theorie wie in der französischen Revolution und von aussen in das Proletariat tragen sollen": daß sozialistische Intellektuelle in der französischen Revolution revolutionäre Theorie in das Proletariat getragen haben sollen, ein Proletariat das übrigens mit dem russ. Proletariat nicht auf eine Stufe gestellt werden darf, ist eine reichlich komische These. Sie ergibt sich daraus, daß Kramer, im Gegensatz z.B. zu Rosa Luxemburg, die Frage nach dem Verhältnis von Intelligenz und Proletariat nicht inhaltlich stellt, weder was den Inhalt der revolutionären Lehren angeht, noch was den Klassencharakter der Massen angeht, in die diese Lehren getragen werden. Demgegenüber erklärte R.L., die russ. Revolution von 1905 sei eine "so rein proletarische wie noch keine vorher" (GW 1/2 S. 479) und erklärte dies inhaltlich folgendermassen: "Das Werk der Aufklärung, Schulung und Organisierung der Masse des Proletariats, das in allen anderen Ländern in vorrevolutionären Epochen von bürgerlichen Klassen, Parteien und Ideologen besorgt wurde, dies Werk blieb (...) in Rußland die ausschließliche Aufgabe der Intelligenz, aber nicht der ideologisch-bürgerlichen, sondern der revolutionären, sozialistischen Intelligenz, der deklassierten Intelligenz, die als ideologische Vertretung der Arbeiterklasse selbst fungierte." (GW 1/2 S. 481). Ich habe die Stelle jedoch nicht wegen dieser Passage zitiert, sondern wegen des zweiten Teils des Zitats. Kramer bezieht sich dabei auf eine Stelle seines früheren Referats auf der Generaldebatte des SDS im Frühjahr 1968, auf der er den SDS in eine Kader-Partei verwandeln wollte (was seinen schon damals bloß organisations-formalistischen Ansatz belegt, den er damals wie heute Lenin unterstellen will) und das Scheitern der November-Revolution allein aus dem Fehlen einer Kader-Partei erklären wollte. Wenn Lenin dagegen eine zusätzliche Schwierigkeit der proletarischen Revolution in Deutschland in dem Fehlen einer Kader-Partei sah, ist das völlig richtig. Dieses Fehlen müßte seinerseits erklärt werden, es kann gewiß nicht aus dem höheren Grad des politischen Klassenbewußtseins des damaligen deutschen Proletariats erklärt werden, sondern vor allem aus dem Verzicht der deutschen Linken, den Kampf gegen den Opportunismus auch organisatorisch auszutragen.

(14) auf diese Besonderheit der russ. Revolution bezieht sich der folgende Artikel und nicht auf die allgemeinen Züge, die das russ. Proletariat mit dem westeuropäischen gemein hatte.

14a) Neues Rotes Forum 2/70, S. 24 ff.
Der Artikel trug eine methodische Kritik an Kramers Positionen auf zwei Ebenen vor: erstens zeigte er, daß Marxens Perspektiven für die russische Revolution historisch-konkrete Aussagen sind, die Kramer als theoretisch-abstrakte Aussagen interpretiert, und deshalb gar nicht versteht. Eine historische Interpretation der Marxschen Aussagen wurde dann versucht, um zu zeigen, daß es nicht angeht, sie gegen Lenin auszuspielen, wie das Kramer tat. Inzwischen streitet er ab, soetwas überhaupt im Sinne geführt zu haben. Es sei ihm lediglich um objektive Prozesse zu tun gewesen und Lenin habe ihn dann nur am Rande interessiert. Er empfiehlt uns, um dies nachzuprüfen, beide Aufsätze noch einmal durchzulesen. Eine gute Empfehlung. (Protokoll der Generalversammlung der Linken in Heidelber). Aber untersucht Kramer tatsächlich objektive Prozesse? In Wirklichkeit lehnt er jede Überprüfung der These, daß die russische Landwirtschaft seit der Reform eine kapitalistische Entwicklung durchgemacht habe, ab und tut als müßte sie gar nicht widerlegt werden. Dieses Verfahren ergibt sich aus dem Interesse, den Dogmatismusvorwurf gegen die Bolschewiki auf Teufel komm raus aufrechtzuerhalten und unter diesem Interessendruck geht die Analyse des objektiven Prozesses, so wie seiner Beurteilung durch die Bolschewiki, völlig unter. Sich abstrakt die Frage zu stellen, ob ein Übergang von einer vorkapitalistischen Gesellschaftsformation zum Sozialismus möglich sei, ist dagegen Unsinn, weil diese Frage sinnvoll überhaupt erst auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab gestellt werden kann, d.h. also, historisch-konkret.

Kapitalismus in Russland

Nach der Niederlage im Krimkrieg sah sich das autokratische Regime gezwungen, eine rasche Industrialisierung von oben her einzuleiten, um seine Machtstellung im europäischen Staatensystem erhalten zu können. (15) Entsprechend wurde die Industrie auf den staatlichen, d. h. vor allem militärischen Bedarf ausgerichtet. Auf Grundlage dieser großen staatlichen Nachfrage und der entwickelten westeuropäischen Maschinerie konnte sich so die kapitalistische Industrie schnell auf großer Stufenleiter entfalten. Voraussetzung dafür war freilich die sogenannte Agrarreform, die einerseits einen zusätzlichen privaten Markt für Industrieprodukte schuf und andererseits erst aus den russischen Fronbauern ein Industrieproletariat hervorgehen ließ. Rosa Luxemburg beschreibt die vielfachen Folgen der Abschaffung der Hörigkeit von 1861 und der daraus resultierenden Umwälzung der Landwirtschaft: "Von nun an der unentgeltlichen Arbeitskräfte der Fronbauern beraubt, waren auch die Grundbesitzer auf die Anstellung von Lohnarbeitern und auf den Ankauf von Produkten der Industrie, die sie früher vielfach auf den eigenen Fronhöfen hatten verfertigen lassen, angewiesen. Auf der anderen Seite bekam dadurch die große Bauernmasse Geld in die Hand und wurde ebenfalls Käufer für Fabrikerzeugnisse. Im Zusammenhang damit steht eine Reform im Steuerwesen und der Anfang jener Erpressungspolitik der Regierung der russischen Bauernschaft gegenüber, die auch den Kleinbauern mit seinem Arbeitsprodukt gewaltsam auf den Arbeitsmarkt treibt und, indem sie die ländliche Naturalwirtschaft immer mehr zersetzt, in dem selben Maße für die Geldwirtschaft und den Massenabsatz von Fabrikaten den Boden bereitet. Die andere Folge der Reform war die Proletarisierung breiter Bauernschichten, also die 'Freisetzung' einer Masse von Arbeitshänden, welche sich der Industrie zur Verfügung stellten." (16)

So schuf die Agrarreform drei Bedingungen, ohne die die politisch und militärisch notwendig gewordene Industrialisierung Rußlands nicht möglich geworden wäre: sie ermöglichte die Bildung eines inneren Marktes, die Bildung eines Proletariats und die Finanzierung der erhöhten Staatsausgaben. (17) Wenn so also auch die Kapitalisierung Rußlands von oben, d.h. vom zaristischen Staat, eingeleitet wurde, so sorgte dieser Staat doch gleichzeitig dafür, daß die Kapitalisierung kräftig nach unten durchschlagen konnte, daß der "kapitalistische Überbau" (Marx) sich auf einer breiten Basis der Geld- und Warenwirtschaft entfalten konnte.

Der Staat konnte die Kapitalisierung Rußlands bloß unterstützen und vorwärtstreiben, aber er konnte sie nicht selbst in die Hand nehmen: so mußte er zum Ziehvater einer einheimischen Bourgeoisie werden. Eine von einem autokratischen Regime herangezogene Bourgeoisie freilich mußte ihre eigentümlichen Züge aufweisen, die sie von der westeuropäischen unterschieden. Sie entwickelte sofort parasitäre Züge, so daß sie auch für den Zarismus, von dem sie abhing, keine Gefahr werden konnte: "Die russische Bourgeoisie ist entstanden aus Schnapspächtern und staatsplündernden Armeelieferanten, ist, was sie ist, durch den Staat - Schutzzölle, Subventionen, Staatsberaubung, Erlaubnis und den Staatsschutz zur drückendsten Arbeiterausbeutung. Da muß es hart kommen, bis diese, die unsrige, an Niedertracht noch weit übertreffende am Zarentum rüttelt." (18) Diese Staatsabhängigkeit der Bourgeoisie ging tatsächlich so weit, daß sie dessen politischen Bedürfnissen nach Ausdehnung seines Machtbereichs, die der ökonomischen Unterstützung bedurfte, durch Ausdehnung des russischen Außenhandels nicht nachkam, weil sie innerhalb der Grenzen Rußlands riesige Extraprofite realisieren konnte, was ihr auf dem scharf umkämpften auswärtigen Markt kaum gelingen konnte. Rosa Luxemburg zitiert in ihrer Dissertation mehrere offizielle Dokumente der Bürokratie, die diese Passivität der russischen Bourgeoisie in bezug auf den Welthandel beklagen und begründet sie mit der "Profithypertrophie, die die Moskauer (im Unterschied zur beweglicheren Leningrader und polnischen Bourgeoisie, A.d.Verf.) so schwerfällig und apathisch in der Aufsuchung neuer Absatzmöglichkeiten macht, daß sie in dem auswärtigen Handel höchstens das Mittel sehen, entweder hohe Ausfuhrprämien einzustecken, oder durch schwindelhafte Warenlieferungen und plumpste Prellereien in Gewicht, Maß und Warengattung einmalige Schachergewinne zu erzielen." (19)

So trug in Rußland auf Grund der subventionistischen Politik des zaristischen Staates auch das Industriekapital noch Züge des Wucherkapitals, dessen Charakter das Wirtschaftsleben vor allem des russischen Dorfes bestimmte und Engels schon 1875 hatte feststellen lassen: "Es gibt kein Land, wo, bei aller Waldursprünglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistische Parasitismus so entwickelt ist, so das ganze Land, die ganze Volksmasse mit seinen Netzen überspannt und umspinnt, wie gerade Rußland." (20)

Trotz dieses kapitalistischen Parasitismus, der selbst

Im übrigen meint Kramer, in meiner Zusammenfassung seines Artikels sei es nur darauf angekommen, ihn in eine Schublade zu stecken. Es ist aber ein komischer Fall von Claustrophobie, wenn einer sich in seiner Voraussetzungslosigkeit und Selbständigkeit eingeengt fühlt, wenn man seine Positionen auf ihr Verhältnis zu früheren Positionen in der marxistischen Theorie überprüft.

(15) vgl. Marx an Danielson 10.4.79, MEW S. 373
vgl. Trotzki, Die russ. Revolution von 1905, 2. Aufl. Berlin 1923, S. 23

(16) Die industrielle Entwicklung Polens, GW 1/1, S. 128
Die Passage bezieht sich auf ganz Rußland und nicht nur auf das russ. Polen.

(17) Zur Wirkung der Steuern auf die Dorfgemeinden vgl. Kapital III, S. 735

(18) Engels an Bebel, 29.9.-1.10.91, MEW 38, S. 160

(19) a.a.O. S. 202

(20) Soziales aus Rußland, MEW 18, S. 559

noch die russische Industriebourgeoisie kennzeichnete, machte die Industrialisierung, die bis zu 40 und 50% Profite abwarf, riesige Fortschritte (21), zumal das ausländische Kapital an den riesigen Profiten möglichst ausgiebig partizipieren wollte und damit zur weiteren Verstärkung der treibhausmäßigen Entwicklung beitrug. (22)

Auseinandersetzung zwischen Volkstümlern und Sozialdemokraten um die Zukunft des Kapitalismus in Russland.

Wir haben angedeutet, daß die Förderung des Kapitalismus von oben durch die Initiative der zaristischen Bürokratie mit der Zersetzung der naturalwirtschaftlichen Wirtschaft auf dem Lande und der Durchsetzung der Geld- und Warenwirtschaft verbunden war, daß die Förderung des Kapitalismus von oben eine rasche Kapitalisierung sämtlicher ökonomischer Beziehungen der Gesellschaft entsprang. Die Kapitalisierung der bäuerlichen Nebenindustrie, des "Kustargewerbes", hatte schon Marx festgestellt. (23) Entsprechend an der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in der Industrie gewann auch das Wucherkapital eine neue Funktion und wurde zum "Bildungsmittel der neuen Produktionsweise, durch Ruin der Feudalherrn und der Kleinproduktion einerseits, durch Zentralisation der Arbeitsbedingungen zu Kapital andererseits."(24) Ausdruck dieser Entwicklung war auf dem Dorf die Herausbildung einer Kulakenschicht, die zunehmend von "der Exploitationsweise des Kapitals ohne seine Produktionsweise" (25) zur kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft überging.

Da all diese Tendenzen zur vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise durch den Staat unterstützt und beschleunigt wurden, (26) mochten sie lange Zeit als willkürliche, bloß politisch begründete Tendenzen erscheinen, die jederzeit reversibel sein könnten. Die Tatsache, daß der Staat in Rußland als Agent des Kapitalismus auftrat, der sich freilich auf viele Auflösungserscheinungen der traditionellen Ökonomie stützen konnte (27), bildete also die eine Grundlage der Anschauung der Volkstümler, und hatte zum Beispiel deren Vorläufer, die Terroristen der Narodnaja Wolnja glauben lassen, die Beseitigung des Zarenregimes würde auch die kapitalistische Entwicklung, unter der die Massen der Bauern litten, aufhalten und einen direkten, selbständigen Übergang Rußlands zum Sozialismus auf dem Boden der Dorfgemeinde erlauben. Der klassenmäßige Inhalt der Volkstümler jedoch bestand nicht in der Verteidigung einer einheitlichen bäuerlichen Naturalwirtschaft, der 1861 der Todesstreich versetzt worden war, und ihrer Weiterentwicklung zum Sozialismus, sondern in der Verteidigung der in kleine Warenproduzenten verwandelten unmittelbaren bäuerlichen Produzenten, die sich vor einer Proletarisierung fürchteten. Ihre Ideologie gipfelte entsprechend in der Hervorhebung der unheilvollen Aspekte der weiteren Kapitalisierung einerseits und der Behauptung der "Unmöglichkeit" des Kapitalismus in Rußland andererseits. Diese Ideologie, nachdem sie sich zunächst direkt an die bäuerlichen Massen zu wenden versucht hatte und dann in terroristische Individuelle Heroentaten mit dem Ziel der Beseitigung des Zarenregimes umgeschlagen war, verkam zunehmend zu "Appellen" an den Staat, die kapitalistische Entwicklung zu stoppen oder doch wenigstens zu lindern. Im selben Maße wie aus dem Versuch der Beseitigung des Zarenregimes eine Appellation an das Zarenregime wurde, entwickelte sich die ökonomisch rückwärts gewandte Utopie der Volkstümler auch zu einer teilweise politisch konterrevolutionären Strategie.(28)

Dies war jedoch nur die eine Seite der Volktümlerrichtung: insofern sie sich gleichzeitig gegen die Überreste der alten feudalen Agrarverfassung wandte und damit für eine "freie" Entwicklung im Dorfe und in der Landwirtschaft eintrat, was im herrschenden Milieu auf eine Beseitigung der Hemmnisse für eine kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft hinauslief, vertrat sie progressive, wenn auch keineswegs, wie sie sich selbst und

(21) so stieg die Roheisenproduktion von 1877-1900 von 23 auf 176 Mill. Pud, die Steinkohlenförderung von 110 auf 985 Mill. Pud

(22) Für Valentin Gitermann steht "ganz außer Zweifel, daß der beschleunigte Ausbau des russ. Hochkapitalismus hauptsächlich durch westeuropäisches Kapital angekurbelt und in Schwung gebracht worden ist." Geschichte Rußlands, Ffm 1965, S. 205

(23) Kapital II, S. 243 f.

(24) speziell zu Rußland, vgl. Lenin, Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, 1894/95, W 1, S. 504 (Anm.) Kapital III, S. 611

(25) ebd.

(26) was freilich für das Dorf zumindest bis 1905 fast nur politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung bedeutete.

(27) Lenin warnt vor einer Verabsolutierung der politischen Bedingtheit des russ. Kapitalismus, wenn er auf die vorangehende Entwicklung der Warenwirtschaft und des Wucherkapitals verweist.
vgl. Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, 1894/95, W 1, S. 516, auch S. 357, 350

(28) mit diesem Endprodukt der Volkstümlerrichtung vor allem hatte sich Lenin auseinanderzusetzen;
vgl. Lenin, Was sind die "Volksfreunde", 1894, W 1, pass. u.a. S. 235, 239, 288 f
vgl. Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik, 1897, W 2, S. 125 ff.
vgl. auch besonders, Lenin, Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, 1894/95, W 1, z.B. S. 402f., zur Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Volkstümlern vergleiche: Walicki, The Controversy over Capitalism, Oxford 1969

andere glauben machen wollte, antikapitalistische Parolen.(29) Von den Volkstümlern unterschieden sich die russischen Sozialdemokraten sowohl der Methode der Analyse als auch dem Klassencharakter ihrer Theorie nach.(30)

Behaupteten die Volkstümler die "Unmöglichkeit" des Kapitalismus in Rußland und beklagten umso heftiger seine tatsächlichen Fortschritte (31), so beschränkten sich die Sozialdemokraten auf die Untersuchung der tatsächlichen Fortschritte in der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland.(32) An die Stelle der marxistischen Terminologie, die auch Volkstümler wie Danielson und Michailowski verwandten, setzten sie die marxistische Methode." 'Ich wiederhole', schreibt Plechanow (33), 'unter den konsequentesten Marxisten sind Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der heutigen russischen Wirklichkeit möglich'; unsere Doktrin ist 'der erste Versuch, die vorliegende wissenschaftliche Theorie auf die Analyse überaus komplizierter und verworrener sozialer Beziehungen anzuwenden.' Man kann wohl kaum etwas deutlicher ausdrücken: die Marxisten entlehnen der Marxschen Theorie vorbehaltlos bloß die wertvollen Methoden, ohne die eine Aufhellung der gesellschaftlichen Verhältnisse unmöglich ist, und sehen folglich das Kriterium für ihre Beurteilung dieser Verhältnisse keineswegs in abstrakten Schemata und ähnlichem Unsinn, sondern darin, ob diese Beurteilung richtig ist und mit der Wirklichkeit übereinstimmt." (34)

Statt von den Interessen der bäuerlichen kleinen Warenproduzenten auszugehen, die die Volkstümler zudem mit denen der ganzen ländlichen Bevölkerung in eins setzten, gingen die Sozialdemokraten von den Interessen des Proletariats aus, zu deren Erkenntnis und Vertretung speziell das Industrieproletariat fähig war. Das bedeutete keineswegs, daß sie im Kampf gegen das Zarenregime die Rolle der Bauern vernachlässigten. Das bedeutete aber wohl, daß sie die Interessen der Bauern, ihre klassenmäßige Zusammensetzung und ihre Beziehung zum Proletariat anders einschätzten als die Volkstümler und das Bündnis von Arbeitern und Bauern im Kampf gegen die Selbstherrschaft als Klassenbündnis, d.h. als widersprüchliches Bündnis betrachteten, und deshalb auf die selbständige Organisation des Proletariats (auch auf dem Lande) drangen.

Bündnis Bauern-Arbeiter

Die Frage der Dorfgemeinschaft

Die methodische Differenz zwischen Volkstümlern und Sozialdemokraten, die sich in der völlig verschiedenen Fragestellung nach der Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit des Kapitalismus in Rußland einerseits und nach der tatsächlichen Entwicklung andererseits zeigte, (35) konkretisierte sich in der Frage des inneren Marktes (36)

(29) "Die untersuchten kleinbürgerlichen Theorien sind UNBEDINGT reaktionär, INSOWEIT sie als sozialistische auftreten." Was sind die "Volksfreunde", a.a.O. S. 290
Darüber dürfte aber ihre demokratische Seite nicht vergessen werden, a.a.O. S. 290 ff.

(30) Es ist die Grundthesen der russ. Marxisten, "daß man den Repräsentanten der Idee der Arbeit nicht im Bauern sehen darf, da dieser bei kapitalistischer Organisation der Wirtschaft Kleinbürger ist und sich infolgedessen auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt und sich mit einigen Seiten seines Lebens (und seiner Ideen) der Bourgeoisie anschließt." Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung W 1, S. 379

(31) Was sie freilich nicht daran hinderte, durch die Unterstützung der zwangsweisen Aufrechterhaltung der Dorfgemeinschaft zur kapitalistischen Ausbeutung in seiner übelsten Form beizutragen, zur staatlichen Steuerpressung zugunsten des Industriekapitals und zum Wucher. So stellte Plechanow 1894 fest: "Die utopischen Feinde des Kapitalismus erweisen sich in der Tat als Helfershelfer des Kapitalismus von gröbster, gemeinster und schädlichster Form." in: Zur Frage der monistischen Geschichtsauffassung, Berlin 1956, S. 287

(32) was natürlich keinerlei Neutralismus oder Objektivismus bedeutete, vgl. Lenins Polemik in dieser Frage mit Struve, in: Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, 1895, W 1, S. 414, 520

(33) in: "Unsere Meinungsverschiedenheiten", 1885

(34) Lenin, Was sind die "Volksfreunde", 1894, GW I, S. 189

(35) Kramer hat diesen wesentlichen methodischen Unterschied nicht begriffen, wenn er meint, Lenin hätte um die historische Mission der Arbeiterklasse zu beweisen, die "Entwicklungsmöglichkeiten" des Kapitalismus in Rußland "beweisen" müssen (s. RF3/70, S.11). Stattdessen hat Lenin die Entwicklung des Kapitalismus gezeigt, und die historische Rolle des Proletariats aus dieser Entwicklung abgeleitet.

(36) auf die Frage der inneren Märkte will ich im folgenden nicht weiter eingehen. Die Volkstümler hatten behauptet, der Kapitalismus sei in Rußland unmöglich, weil er hier keinen inneren Markt finde. Demgegenüber wies Lenin nach, daß die Entwicklung des Kapitalismus in einer vorkapitalistischen Gesellschaft und die Schaffung eines inneren Marktes nur zwei Aspekte derselben Sache sind: der Zersetzung und Auflösung der vorkapitalistischen Gesellschaft.
Gegenüber der Behauptung, daß der Kapitalismus grundsätzlich und ganz allgemein auf einen inneren Markt zur Realisierung des Mehrwerts angewiesen sei, zeigte er, daß die Frage des äußeren Marktes zur Lösung der Realisierungsproblematik grundsätzlich nichts beiträgt und daß auf der Abstraktionsstufe des Kapitals im allgemeinen, die die Volkstümler immer mit der Frage des russ. Kapitalismus durcheinanderwarfen, die Marxschen Reproduktionsschemata die abstrakte Möglichkeit der erweiterten Reproduktion gezeigt hätten. Lenin hat also gegenüber den Volkstümlern gerade auf die Differenz zwischen der Analyse des Kapitals im allgemeinen und der konkreten Analyse des russ. Kapitalismus bestanden. Kramer

und der Dorfgemeinschaft. Ich will im folgenden auf die Frage der Dorfgemeinde eingehen und dann zur Darstellung des sozialdemokratischen Agrarprogramms übergehen. Die Frage der Dorfgemeinde hat eine lange Tradition in der Geschichte der Ideologien in Rußland, sowohl der revolutionären als auch der reaktionären. Immer diente sie dazu, eine besondere russische Eigenart zu behaupten, sei es um die spezielle russische Regierungsform, die Selbstherrschaft, zu rechtfertigen, sei es um eine spezielle Form von Sozialismus zu rechtfertigen. Nach Marx und Engels lag die Eigenart der russischen Dorfgemeinde lediglich darin, daß sie sich bis ins 19. Jahrhundert erhalten hatte und sich durch einen nichtdemokratisch-patriarchalischen Charakter auszeichnete. (37)

Beides machte sie zu einem hervorragenden Instrument der Ausbeutung der Landwirtschaft durch die Bürokratie in der Frühphase des russischen Kapitalismus (38). Wenn

---

meint dagegen (vgl. auch vorherige Anm.), daß Lenin für die "Entwicklungsmöglichkeiten" des Kapitalismus in Rußland den Nachweis hätte erbringen müssen, "daß der Kapitalismus ohne Imperialismus auf einem geschlossenen Marktterrain möglich ist". Dazu ist erstens zu sagen, daß, wenn Kramer generell den Begriff des Imperialismus und der ursprünglichen Akkumulation in eins setzt, diese Behauptung falsch ist, er gerade diesen Vorwurf Lenin nicht machen kann, da Lenin gerade nachwies, daß der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation, also die Auflösung der vorkapitalistischen Herrschaftsformation, gleichzeitig einen Markt für die kapitalistisch erzeugten Waren schafft, also der "Imperialismus" im kramerschen Sinn Voraussetzung der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland ist. Demgegenüber hatten die Volkstümler behauptet, daß gerade die vorkapitalistische Struktur Rußlands die Entwicklung des Kapitalismus unmöglich mache. Zweitens ist zu sagen, daß Kramer die Abstraktionsstufen in der leninschen Argumentation selbst durcheinanderbringt, denn dieser hatte niemals behauptet, daß der Kapitalismus historisch auf einem geschlossenen Marktsystem "möglich sei", sondern daß auf der Abstraktionsstufe des Kapitals im allgemeinen äußere Märkte nicht auftreten und dennoch die erweiterte Reproduktion möglich ist. Nachdem Kramer auf dieser Ebene die leninsche Argumentation in "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" (GW 3) und in anderen Schriften nicht verstanden hat, ist es kein Wunder, daß ihm diese Argumentation dort "seltsam verworren und zwieschlächtig" vorkommt, wo Lenin zwischen verschiedenen Abstraktionsstufen differenziert im Rahmen einer theoretisch einheitlichen Auseinandersetzung mit den Volkstümlern. Andererseits fällt Kramer selbst in volkstümlerische Fragestellungen zurück und unterstellt sie gleichzeitig Lenin, wenn er auf folgende "fatale Konsequenz" von Lenins, wie wir gezeigt haben, in Wirklichkeit gerade nicht vorhandener "unmittelbarer Beziehung des Modells auf die Realität" verweisen zu können glaubt: "die These von der Möglichkeit der Kapitalakkumulation in einem abgeschlossenen System hatte zwar in Rußland einen revolutionären Sinn, aber dadurch, daß sie Lenin allgemein vertrat, erhielt sie in Bezug auf Westeuropa einen revisionistischen Sinn. In Westeuropa galt es nämlich genau nicht, die Lebensfähigkeit des Kapitalismus zu zeigen, sondern seine Zusammenbruchstendenzen usw." Wir haben gesehen, in welchem Sinn Lenin die Möglichkeit zur erweiterten Reproduktion "allgemein" vertrat, nämlich keineswegs als allgemeine historische Möglichkeit des Kapitalismus. In Bezug auf die historische Analyse lehnte Lenin abstrakte Alternativen nach "Möglichkeit" und "Unmöglichkeit" ab und studierte die reale Entwicklung. Die historischen "Zusammenbruchstendenzen" des Kapitalismus in Europa hat Lenin im übrigen eher zu optimistisch eingeschätzt; auf die Behauptung der "Unmöglichkeit" eines neuen Aufschwungs des Kapitalismus in Westeuropa hat er sich freilich auch 1918 nicht eingelassen. Die Kramerschen Behauptungen sind nur ein weiterer Hinweis dafür, wie leichtsinnig "Nicht-Leninisten" verfahren, wenn sie zeigen wollen, wie beschränkt Lenins Sicht auf Grund der zurückgebliebenen Verhältnisse Rußlands gewesen sein soll. Wenn Kramer dann noch dieser beschränkten Sicht Lenins Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie gegenüberstellt, wird es nachgerade komisch, konnte doch Rosa Luxemburg die reale Verschärfung der Widersprüche im Imperialismus nicht anders erklären als durch eine "Verbesserung" der Marxschen Reproduktionsschemata des Kapitals im allgemeinen, die mit der historischen Verschärfung der Widersprüche im Imperialismus gar nichts zu tun haben, genau so wenig wie diese Verschärfung der Widersprüche eine Korrektur der Reproduktionsschemata verlangt. Rosa Luxemburg hat tatsächlich, und das ist ihre grundsätzliche theoretische Schwäche, zur Verwechslung von Analyse des Kapitals im allgemeinen und Analyse des Imperialismus geneigt, was ihr verbot, wesentliche Widersprüche des Imperialismus wie sie sich z.B. in den anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen ausdrücken, richtig einzuschätzen.

(37) s. Marx an Engels, 7.Nov.1868, MEW 32, S.197, M.a.E., 14.März 1868, MEW 32, S. 42

(38) vgl. Engels an Kautsky, 16.2.1884, MEW 36, S.109

also auch das gemeinsame Eigentum am Boden unter bestimmten Bedingungen eine Zeit lang die Möglichkeit zu beinhalten schien, auf Grundlage der Dorfgemeinde unmittelbar zum Aufbau des Sozialismus auf dem Lande überzugehen (39), ohne daß Russland eine kapitalistische Entwicklung durchgemacht hätte, so wurde die russische Dorfgemeinde tatsächlich doch zunehmend zu einem wirklichen Instrument der besonders brutalen Auspressung der Bauern zugunsten des Aufbaus einer kapitalistischen Industrie. Wir haben eingangs Rosa Luxemburg zitiert,die die Bedeutung der Agrarreform für die Entwicklung waren- und geldwirtschaftlicher Beziehungen auf dem Lande und im Dorf aufwies. Diese waren- und geldwirtschaftlichen Beziehungen, die zur ökonomischen Auflösung der Dorfgemeinde führen mußten und führten, zu einer Differenzierung der Gemeindebauern in Kulaken und Dorfarmut, aus der das Industrieproletariat hervorging, wurden konterkariert durch eine Steuergesetzgebung, die einerseits die Zerstörung der Naturalwirtschaft und damit der Grundlage der Dorfgemeinde beschleunigte und andererseits das Dorf durch politischen Zwang künstlich zusammenhielt. Das Wesen dieser Steuergesetzgebung bestand in der Solidarhaftung der Gemeindeglieder für die Steuern, die für das ganze Dorf veranschlagt und oftmals mit direkter Gewalt eingezogen wurden. (40) Während also die Solidarität im Dorfe zerstört wurde und die kapitalistische Ausbeutung zwischen die Gemeindemitglieder trat, wurde die Solidarhaftung gegenüber einem bürokratischen Staat, der zum Agenten des Kapitals geworden war, zwangsweise aufrechterhalten. Die Solidarhaftung wurde ergänzt durch die Einschränkung der Freizügigkeit der Bauern im Paßgesetz. Unter diesen Umständen war also die Dorfgemeinde nichts anderes mehr als ein besonders brutales Mittel der Ausbeutung des Dorfes, das seinerseits ebenfalls durch Beziehungen der kapitalistischen Ausbeutung gekennzeichnet war. (41) Die Volkstümler waren nicht bereit, diese Entwicklung der Dorfgemeinde zur Kenntnis zu nehmen, sondern verteidigten sie weiterhin als "Grundfeste" und Garantie eines spezifischen Weges zum Sozialismus, während sie längst zur Grundfeste und zur Garantie eines spezifischen, besonders abscheulichen Weges zum Kapitalismus geworden war. Aus dieser historischen Entwicklung in der Funktion und im Charakter der Dorfgemeinde selber muß der scharfe Angriff der russischen Sozialdemokraten auf die sture Verteidigung der Dorfgemeinde durch die Volkstümler erklärt werden, und nicht aus einem Unverständnis oder einer Fehlinterpretation der Marxschen und der Engelsschen Auffassungen über die Dorfgemeinde als einem potentiellen Grundelement des Sozialismus. (42) So äußerte Plechanov 1894 gegen die Angriffe der Volkstümler, die sich auf Marx (42a) beriefen und behaupteten, die russischen Marxisten dagegen stellten sich auf die Seite des Kapitalismus gegen die Dorfgemeinde: " Wie soll man aber den prosaischen Kapitalismus

ROTE ROBE

Zeitschrift des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Nr. 1/71

AUS DEM INHALT:
Kapitalismus, seine Mechanismen und Ideologien
Klassenjustiz: ein Ladendiebstahl
Frankreichs Weg in den Polizeistaat
Der Klassencharakter des Parlamentarismus
Ausbeutung und Streik
Klassenjustiz im Baurecht
Tanz der Reformer
Zum Lehrlingsstreik
u. a.

ZU BEZIEHEN ÜBER DIE POLITISCHE BUCHHANDLUNG JÖRG BURKHARDT, 69 HEIDELBERG; SCHIFFGASSE 3 AN DER MENSA

PREIS 1,-DM

(39) vgl. dazu und zu der marxschen und engelsschen Behandlung dieser Frage den Artikel "Bauern, Befreiungsbewegungen und proletarische Revolution bei Marx und Engels" in Neues Rotes Forum 2/70, S. 24 ff.

(40) vgl. Rosa Luxemburg "Einführung in die Nationalökonomie", 1925, S. 180: "Das fiskalische Steuerinteresse beherrschte seit der Bauernbefreiung das gesamte Leben der Dorfgemeinde, um die Steuern drehten sich alle Einrichtungen im Dorfe." s. auch die folgenden Seiten.

(41) "Will man einen 'Typus' definieren, so muß man natürlich die grundlegenden ökonomischen Züge der bestehenden Verhältnisse nehmen und nicht die juristischen Formen. Untersuchen wir diese grundlegenden ökonomischen Züge der Wirtschaftsweise des russ. Dorfes, so stoßen wir auf die isolierte Wirtschaft der Bauernhöfe auf kleinen Landparzellen, auf die wachsende Warenwirtschaft, die schon jetzt die dominierende Rolle spielt. Das sind gerade die Züge, die den Inhalt des Begriffs "Parzellenwirtschaft" ausmachen. Wir erblicken ferner die gleiche Verschuldung der Bauern bei den Wucherern, die gleiche Expropriation, von der die Daten des Westens Zeugnis ablegen. Der ganze Unterschied liegt in der Besonderheit unserer juristischen Verhältnisse (rechtliche Ungleichheit der Bauern, Formen des Grundbesitzes), die, da der Kapitalismus bei uns schwächer entwickelt ist, die Spuren des 'alten Regimes' in größerem Maße bewahren. An der Tatsache aber, daß unsere bäuerlichen Verhältnisse ihrem Typus nach die gleichen sind wie im Westen, wird durch diese Besonderheiten nicht das Geringste geändert."
Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, W 1, S. 517

(42) so jedoch Kramer im Roten Forum 3/70, der sich keinerlei Mühe macht, die Argumentation Plechanows oder Lenins zu widerlegen, die sich auf empirische Daten stützt, sondern lediglich auf die Marxschen Briefe an Vera Sassulitsch rekurriert.

(42a) nämlich auf den Brief an das Otetschestwennyie Sapiski (Nov. 1877) und das Vorwort zum Kommunistischen Manifest von 1882

bekämpfen, der - wir wiederholen es - unabhängig von unseren und Ihren Bemühungen bereits existiert? Sie haben nur eine Antwort: 'Die Dorfgemeinde festigen', die Bindung der Bauern an den Boden stärken. Wir aber erwidern Ihnen, das ist eine Antwort, die nur den Utopisten genügt. Warum? Weil es eine abstrakte Antwort ist. Ihrer Ansicht nach ist die Dorfgemeinschaft immer und überall gut; unserer Ansicht nach aber gibt es keine abstrakte Wahrheit, die Wahrheit ist immer konkret, alles hängt von den zeitlichen und örtlichen Bedingungen ab. Es gab eine Zeit, da die Dorfgemeinschaft dem ganzen Volk nützlich sein konnte; es gibt wahrscheinlich auch jetzt Landstriche, wo sie für den Ackerbauer von Vorteil ist. Wir werden uns gegen eine solche Dorfgemeinschaft nicht auflehnen. In einer ganzen Reihe von Fällen hat sich die Dorfgemeinschaft in ein Mittel zur Ausbeutung der Bauern verwandelt. Gegen eine solche Dorfgemeinschaft lehnen wir uns auf, wie wir uns gegen alles auflehnen, was für das Volk schädlich ist."(43)

Die Dorfgemeinde hatte aufgehört, eine urkommunistische Institution zu sein, und war zu einer Institution des halbfeudalen Kapitalismus geworden, und als solche nicht prinzipiell zu unterscheiden von den übrigen feudalen Überbleibseln wie Abarbeit, feudaler Grundbesitz etc. und gehörte wie sie zu jenen Bedingungen, die die kapitalistische Ausbeutung noch mit feudaler Unterdrückung verbanden. Insofern waren die Widersprüche der Dorfgemeinde nur Ausdruck der Widersprüche, die den russischen autokratischen Weg zum Kapitalismus generell auszeichneten. Freilich hemmten diese feudalen Relikte eine politische Differenzierung des Dorfes, die seiner tatsächlichen ökonomischen Differenzierung entsprochen hätte, denn die feudale Unterdrückung traf alle Dorfgenossen fast gleichermaßen, so daß die Dorfgemeinde, obwohl ihrer ökonomischen Grundlage beraubt, durchaus als Kampfeinheit der Bauern gegen die Gutsherren und gegen die Selbstherrschaft, sofern deren Zusammenhang mit den Gutsherren nur begriffen wurde, erhalten blieb. Daraus zog Lenin in seinem "Entwurf eines Programms unserer Partei", das er 1899 niederschrieb, den Schluß:

"Meine Auffassung von dieser Frage ist die folgende. Die Bauernfrage in Russland unterscheidet sich wesentlich von der Bauernfrage im Westen, aber sie unterscheidet sich nur dadurch, daß es sich im Westen fast ausschließlich um den Bauern in einer kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft handelt, in Rußland dagegen hauptsächlich um den Bauern, der unter vorkapitalistischen Einrichtungen und Verhältnissen nicht weniger (wenn nicht mehr) zu leiden hat, der unter den Überresten der Leibeigenschaft zu leiden hat. Die Rolle der Bauernschaft als einer Klasse, die Kämpfer gegen den Absolutismus und gegen die Überreste der Leibeigenschaft stellt, ist im Westen bereits ausgespielt, in Rußland noch nicht. Im Westen ist das Industrieproletariat seit langem und scharf vom Dorfe getrennt, und diese Trennung ist bereits durch entsprechende Rechtsinstitutionen verankert. In Rußland ist das Industrieproletariat nach seinen Bestandselementen und Existenzbedingungen noch in hohem Grade mit dem Dorf verbunden" (P.B. Axelrod, zitierte Broschüre, S.11). Freilich geht der Prozeß der Auflösung der Bauernschaft in Kleinbourgeoisie und Lohnarbeiter bei uns mit großer Kraft, mit erstaunlicher Geschwindigkeit vor sich, aber dieser Prozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, und - was die Hauptsache ist - dieser Prozeß vollzieht sich bei uns noch im Rahmen der alten, fronherrschaftlichen Institutionen, die alle Bauern durch die schwere Kette der solidarischen Haftung und der fiskalischen Dorfgemeinschaft fesseln. Der russische Sozialdemokrat, selbst wenn er (wie der Schreiber dieser Zeilen) zu den entschiedenen Gegnern des Schutzes und der Unterstützung des Kleineigentums oder der kleinen Wirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft gehört, das heißt, selbst wenn er sich auch in der Agrarfrage (wie der Schreiber dieser Zeilen) auf die Seite derjenigen Marxisten stellt, die von allen möglichen Bourgeois und Opportunisten heute gern als 'Dogmatiker' und 'Rechtsgläubige' beschimpft werden, kann und muß somit, ohne im mindesten seinen Überzeugungen untreu zu werden, ja, im Gegenteil, gerade kraft dieser Überzeugungen, dafür eintreten, daß die Arbeiterpartei die Unterstützung der Bauernschaft auf ihr Banner schreibt (keineswegs als eine Klasse von Kleineigentümern oder kleinen Landwirten), soweit diese Bauernschaft zum revolutionären Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft im allgemeinen und gegen den Absolutismus im besonderen fähig ist. Erklären wir Sozialdemokraten doch alle, daß wir bereit sind, auch die Großbourgeoisie zu unterstützen, soweit sie zum revolutionären Kampf gegen die erwähnten Erscheinungen fähig ist - wie also können wir der viele Millionen zählenden Klasse der Kleinbourgeoisie, die durch allmähliche Übergänge mit dem Proletariat verschmilzt, eine solche Unterstützung versagen? Wenn die Unterstützung liberaler Forderungen der Großbourgeoisie nicht die Unterstützung der Großbourgeoisie bedeutet, so bedeutet doch auch die Unterstützung der demokratischen Forderungen der Kleinbourgeoisie keineswegs eine Unterstützung der Kleinbourgeoisie: im Gegenteil, gerade die Entwicklung, die Rußland politische Freiheit geben wird, wird mit besonderer Kraft dazu führen, daß die kleine Wirtschaft unter den Schlägen des Kapitals zugrunde geht. Mir scheint, daß es in diesem Punkt unter Sozialdemokraten keine Streitigkeiten geben wird. Die ganze Frage ist also die: 1. Wie gerade solche Forderungen ausgearbeitet werden können, die nicht zur Unterstützung der Kleinbesitzer in der kapitalistischen Gesellschaft abgleiten, und 2. ob unsere Bauernschaft wenigstens teilweise zum revolutionären Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft und gegen den Absolutismus fähig ist." (43a)

Diese Einschätzung der Bauern hat Lenin im wesentlichen beibehalten und konkretisiert. Allerdings hat er das demokratisch revolutionäre Potential der Bauern nach der Revolution von 1905 höher eingeschätzt als 1899, insofern

(43) Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung, Berlin 1956, S. 285 f
besonders für die Dorfarmut wurde die juristische Auflösung der Dorfgemeinschaft notwendig,
vgl. Lenin, Auf welches Erbe verzichten wir? 1897, W 2, S. 531-534

(43a) Lenin, GW 4, S. 236-237

sich hier gezeigt hatte, daß der gemeinsame antifeudale Impetus gegen die feudalen Überreste noch sehr stark war, was andererseits die Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Dorf hemmte, sodaß sozialistische Maßnahmen auf dem Lande nach einer siegreichen proletarischen Revolution in der Stadt mit umso weniger Unterstützung rechnen konnten, je mehr der demokratische Kampf gegen die Gutsherren und die Selbstherrschaft von der ganzen Bauernschaft unterstützt wurde.

So war von vornherein im Bündnis mit den Bauern folgender Widerspruch enthalten: Bei einer der ökonomischen Differenzierung entsprechenden politischen Spaltung der Bauernschaft konnte die demokratische Revolution unter Umständen erschwert werden durch eine starke Kulakenschicht, die es angesichts des Klassenkampfes auf dem Lande vorzog, ein Bündnis mit der Selbstherrschaft einzugehen (analog zur Großbourgeoisie). Andererseits hätte diese politische Differenzierung dem Proletariat zuverlässigere Bündnispartner auf dem Lande geboten als eine politisch einheitliche Bauernschaft, die mehr oder weniger unter der Führung der Kulaken stehen mußte. Auf die erste Möglichkeit spekulierte die Stolypinsche Agrarreform nach 1905, die der Selbstherrschaft in einer aus der Dorfgemeinde befreiten Kulakenschicht einen festen Rückhalt auf dem Lande schaffen wollte. Dieser Versuch der Spaltung der Bauernschaft in ihrem Kampf gegen die feudalen Überreste und die Selbstherrschaft ist mißlungen, weil er einerseits auf Widerstand bei den Bauern stieß, und andererseits nicht mehr genügend Zeit fand, um sich auszuwirken. So konnte sich die Oktoberrevolution des Proletariats 1917 zwar auf große Teile der Bauernschaft stützen, doch mußte diese einheitliche Unterstützung durch die Bauernschaft, die ihre historische Ursache ohnehin nur in dem Versagen der Bourgeoisie und ihrer sozialrevolutionären und menschewistischen Anhängsel hatte, nach der Februarrevolution eine konsequente Landreform durchzuführen, mit großen Schwierigkeiten im Aufbau des Sozialismus bezahlt werden, der eine scharfe und offene Austragung des Klassenkampfes auf dem Dorfe zur Voraussetzung gehabt hätte. Ohne den offenen Klassenkampf auf dem Lande mußte das Streben der Kulaken nach privatkapitalistischer Bewirtschaftung des Landes auch die übrigen Bauern doch wenigstens insofern bestimmen, als sie die private Produktion für den Markt als Ideal nicht aufgeben mochten. (44)

Der Untersuchung der ökonomischen Differenzierung der Bauernschaft galt der größte Teil des Frühwerkes Lenins. Schon in seinen ersten Schriften hatte Lenin auf den Fehler der Volkstümler hingewiesen, die ihre Untersuchungen auf die "Form des Grundbesitzes" richteten, und zwar "ein sehr mannigfaltiges und sehr reichhaltiges Tatsachenmaterial" fanden: "Dieses Material, das sich vorwiegend auf die Form des Grundbesitzes bezog, verhüllte den Forschern jedoch völlig die Wirtschaftsweise des Dorfes."(45) Diese Richtung der Untersuchung mußte notwendig zu der "irrigen Vorstellung" führen, "daß gerade die 'Bauernschaft' der Repräsentant der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung sei, während sie in Wirklichkeit keine besondere Klasse vorstellte (- eine Illusion, die höchstens etwa als nachwirkender Einfluß der Epoche erklärlich ist, in der die Leibeigenschaft zu Fall kam, als die Bauernschaft tatsächlich als Klasse auftrat, aber nur als Klasse der fronwirtschaftlichen Gesellschaft), da sich in ihrem Innern die Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats herausbilden." (46) Den Nachweis der Herausbildung dieser beiden bestimmenden Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft, auch in der 'Bauernschaft', hat Lenin in mehreren Schriften (47) belegt. Hier gelang es ihm, mit Hilfe einer kritischen Auswertung der Semstwo-Daten zu zeigen, daß die tatsächliche Differenzierung innerhalb der Bauernschaft wesentlich weiter fortgeschritten war, als die Statistiken auf den ersten Blick vermuten ließen. Obwohl dieses tiefe Eindringen der kapitalistischen Warenwirtschaft in die Dorfgemeinde von Kramer nur en passant bestritten wird (48), und er folglich nicht bestreiten kann,

(44) "Eine gewisse Dosis Kulakentum findet sich in jedem Bauern" Engelhardt, Briefe aus dem Dorf, 1885 zit. bei Lenin, Auf welches Erbe verzichten wir? a.a.O. S . 520

(45) Was sind die Volksfreunde, a.a.O. S.277

(46) a.a.O. S. 281

(47) Die wichtigste aus der Zeit vor 1905 ist eben "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", 1898, W 3, die den Nachweis erbringt, daß die russ. kapitalistische Großindustrie nur die Spitze eines kapitalistischen Eisbergs ist, dessen Basis bis in die Dorfgemeinschaft hineinreicht.
Ich will diesen überzeugenden Nachweis hier nicht reproduzieren; dies ist auch deshalb nicht nötig, weil die Kritiker Lenins, so auch Kramer, bisher nie versucht haben, ihn zu widerlegen.

(48) nämlich durch ein Lenin-Zitat aus der Zeit nach 1917, in der Lenin freilich keineswegs seine frühere Interpretation der russ. Bauern als kleiner Warenproduzenten aufgibt (vgl. Rotes Forum 3/70, S. 22). Wenn Kramer (S. 21) den unterschiedlichen Charakter des Bündnisses von Proletariat und Bauern in der chin. und russ. Revolution beschreibt, dann mag dies weniger an der verschiedenen Agitation gelegen haben, als umgekehrt an dem verschiedenen Charakter der Bauernschaft und des gesellschaftlichen Milieus, indem sie produzierten, was sowohl eine unterschiedliche Agitation als auch ein unterschiedliches Bündnis hervorbrachte. Weder war in China die Bauernschaft in dem Maße ökonomisch differenziert wie in Rußland, noch war die Naturalwirtschaft fast völlig in Waren- und Geldwirtschaft aufgelöst. Entsprechend war auch der Inhalt der Bauernbewegung ein anderer als in Rußland. Kramer will die Differenz zwischen der russ. und der chin. Revolution, die tatsächlich in einer Differenz der Sozialstruktur der Bauernschaft liegt, schlicht auf eine verschiedene Ideologie reduzieren, was ein idealistisches Verfahren ist.
Wenn aber Kramer aus dem Charakter der chinesischen und vietnamesischen Revolution den Schluß zieht, daß es "völlig klar" sei, daß Lenin den Charakter "der Bauern" völlig falsch eingeschätzt habe, so unterstellt er einerseits den chin. und

daß die bäuerliche Bewegung gegen die feudalen Überreste, soweit sie von der ganzen Bauernschaft geführt wurde, eben notwendig bürgerlich demokratischen Charakter hatte, weil ihre Träger kleine Warenproduzenten waren, die sich gegen die feudale Fesselung ihrer kleinbürgerlichen Produktionsweise und vielleicht auch noch gegen die staatliche Ausbeutung zugunsten des großen Industriekapitals richteten, kann sich Kramer nicht genug wundern, daß Lenin diesen zu kleinen Warenproduzenten gewordenen Bauern nicht die Führung in der demokratischen Revolution zugestehen wollte (und erst recht nicht eine selbständige Rolle in der sozialistischen Revolution) und stattdessen das Bünd-

vietnamesischen Genossen, die sich ja auf Lenin beziehen, daß sie entweder heucheln oder verblödet sind und übersieht andererseits, daß auch in diesen Ländern die Kollektivierung, obwohl sie dort nicht die Kollektivierung kleiner Warenproduzenten gewesen ist, nicht von einem Tag auf den anderen vor sich ging, obwohl sie in der Bauernschaft selbst wesentlich bessere Grundlagen fand. Die Bauern sind halt keine unwandelbare "Sache", wie Kramer zu glauben scheint, sondern Menschen, die unter bestimmten ökonomischen Verhältnissen wirtschaften und sich dementsprechend sowohl ihrer Wirtschaftsweise als auch ihrer Ideologie nach unterscheiden. In Rußland waren sie zu kleinen Warenproduzenten geworden ; zumindest in China war diese Entwicklung, wie Kramer selber betont, nicht soweit fortgeschritten; sicher jedoch ist es keine Heuchelei, wenn Mao Tse-tung die Führung durch die proletarische Partei für die chinesischen Bauern auf dem Weg zum Sozialismus für notwendig hielt und hält. Die entscheidende Kritik an Lenin lautet bei Kramer: "Es ist vollkommen klar, daß Lenin die Rolle der Bauern falsch eingeschätzt hat, die Marx noch 1881 gerade für Rußland mit großer theoretischer Klarheit analysiert hatte. Diese falsche Einschätzung der Bauern bei Lenin ist auch der Grund dafür, daß er erst im Laufe des Krieges die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Rußland erkannte, während er vorher nur eine bürgerliche Revolution für möglich hielt, was umgekehrt wiederum seine Unterschätzung der Bauern verstärkt haben mag. Daß 1918 die Parzellierung durch die Bolschewisten unterstützt wurde, mag daran liegen, daß die Obscina schon restlos zertrümmert war." Die Bolschewiki hätten aber daraus eine "glorreiche Strategie" gemacht. (RF 3/70, S.21) Diese Passage enthält soviel "undogmatischen", glorreichen Unsinn, daß es unmöglich ist, ihn erschöpfend zu behandeln.

1. hat Marx den Bauern niemals eine selbstständige revolutionäre sozialistische Potenz zugewiesen, es sei denn in dem Sinn, wie er vom kleinbürgerlichen Sozialismus sprach, als selbstständiges Produkt des Kleinbürgertums; so sprach er (und Lenin) auch von bäuerlichem Sozialismus, hielt ihn aber ebenso wenig für geeignet, selbstständig den Kapitalismus zu überwinden, wie Lenin.

2. ist es wirklich glorreich, Lenin vorzuwerfen, er hätte "erst" während des Weltkrieges die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Rußland erkannt, weshalb er wohl die Perspektive der "ununterbrochenen Revolution" 1905 bloß so hingesagt hatte, während er in Wirklichkeit "nur" eine bürgerliche Revolution für möglich hielt.

3. Wenn Lenin den bürgerlichen Charakter der Bauernforderungen, die 1905 schon immerhin bis zur Nationalisierung gingen, erkannte, so lag das nicht an seiner falschen Einschätzung der Bauern, sondern an seiner richtigen Einschätzung sozialistischer Parolen.

4. Lenin hat "die" Bauern überhaupt nicht unterschätzt, sondern zu recht festgestellt, daß "die" Bauern in Rußland bestenfalls bis zum Ende der bürgerlichen Revolution gingen, und daß der Aufbau des Sozialismus mit dem Klassenkampf auf dem Lande Hand in Hand ginge.

5. haben die Bolschewiki die Parzellierung des nationalisierten Bodens nicht unterstützt, sondern wohl oder übel zugestanden und dies immer als Zugeständnis betrachtet. Ohnehin war der nationalisierte Boden meist parzelliert, sodaß viel eher von einer Umverteilung als von einer Aufteilung geredet werden muß.

6. tut es Rosa Luxemburg wenig Ehre an, wenn man von ihrer Fehlinformation über die angeblich nicht vollzogene Nationalisierung und ihre Fehleinschätzung des Klasseninhalts der Nationalisierung unkritisch übernimmt und "die Richtigkeit" ihrer "Kritik" an der russ. Agrarrevolution bis auf "einen Punkt" für gegeben hält, nämlich ihre Verwechslung von Vergesellschaftung und Kollektivierung. Kramer bringt ständig die Nationalisierung des Bodens mit der Kollektivierung der Produktion, d.h., die bürgerliche Revolution und den Aufbau des Sozialismus durcheinander.

Die Bolschewiki waren sich im Gegensatz dazu klar, daß der Aufbau des Sozialismus auf dem Lande erst mit der kollektiven Bearbeitung des nationalisierten Bodens beginnt, führten die Nationalisierung durch und gestanden widerstrebend die weitere Parzellierung des Bodens zu, um möglichst bald zur Kollektivierung der Produktion übergehen zu können. (vgl. NRF 2/70, S. 43, Anm. 74).

Die ganze kramersche Fehleinschätzung beruht aber darauf, daß er davon ausgeht, es sei möglich gewesen, daß sich aus der russ. Dorfgemeinde ein starkes Proletariat hätte herausentwickeln können, ohne daß sich das Wesen der Dorfgemeinde grundsätzlich geändert hätte. Deshalb sieht er nicht wie Lenin die Notwendigkeit eines widersprüchlichen Bündnisses zwischen Proletariat und allen Bauern im Kampf gegen die Selbstherrschaft, sondern die Möglichkeit einer widerspruchsfreien Einheit von Arbeitern und Bauern in der sozialistischen Revolution auf der Grundlage der kapitalistischen Großindustrie einerseits und der urkommunistischen Dorfgemeinde andererseits. Er sieht nicht die qualitative Veränderung, die die Existenz des russischen Proletariats

nis mit den Bauern unter Führung des Proletariats für die demokratische Revolution und den Klassenkampf auf dem Lande als sozialdemokratische Strategie propagierte.

Im großen und ganzen liefen alle Forderungen, die Lenin in ein sozialdemokratisches Programm zur Bauernfrage aufgenommen wissen wollte, auf zwei Hauptziele hinaus: "1. alle vorkapitalistischen, fronherrschaftlichen Institutionen auf dem Lande zu vernichten; 2. dem Klassenkampf auf dem Lande offeneren und bewußteren Charakter zu verleihen. Wir glauben, diese Prinzipien müssen für das sozialdemokratische 'Agrarprogramm' in Rußland richtungweisend sein; - es ist notwendig, sich entschieden von den in Rußland so zahlreichen Bestrebungen abzugrenzen, den Klassenkampf im Dorf beizulegen."(49) Zugrunde lag die-

nicht nur für die revolutionäre Strategie insgesamt, sondern auch für die Einschätzung der Dorfgemeinde mit sich brachte, die er immer noch unter den Bedingungen einer Nichtexistenz des Proletariats sieht. Hat Kramer wie in NRF 2/70 gezeigt, die Marxsche Interpretation der Möglichkeiten eines unmittelbaren Aufbaus des Sozialismus in Rußland gründlich mißverstanden, so kann man nicht hoffen, daß er auf Grundlage dieses Mißverständnisses die spätere Leninsche versteht.

(49) Entwurf eines Programms unserer Partei, a.a.O. S.245

Wenn Lenin die Dorfgemeinde unter diese vorkapitalistisch-fronherrlichen Institutionen rechnet, so weil sie ökonomisch und politisch reaktionär geworden war, und zwar sowohl gegenüber der kapitalistischen Entwicklung, als auch gegenüber der sozialistischen Zukunft. Damit sprach er sich natürlich weder gegen eine ökonomische Vereinigung der Bauern aus (wenn auch gegen deren angeblich sozialistischen Charakter unter der Herrschaft der kapitalistischen Warenwirtschaft, vgl. W 6, S.335), noch für eine Auflösung der Dorfgemeinde durch die Bürokratie. Im Gegenteil formuliert er in einem Entwurf für ein "Agrarprogramm der russ. Sozialdemokratie", 1902, folgendes: "Wir werden die Dorfgemeinde als demokratische Organisation der örtlichen Selbstverwaltung, als genossenschaftliche und nachbarschaftliche Vereinigung unbedingt gegen alle bürokratischen Anschläge verteidigen (...). Wir werden niemandem und niemals helfen, die Dorfgemeinde zu zerstören, doch werden wir bedingungslos die Aufhebung aller Einrichtungen anstreben, die dem Demokratismus widersprechen, welchen Einfluß diese Aufhebung auf eine generell oder im einzelnen erfolgende Umteilung des Grund und Bodens usw. auch haben mag. Darin besteht der Hauptunterschied zwischen uns und den offenen oder geheimen, konsequenten oder inkonsequenten, schüchternen oder kühnen Volkstümlern, die einerseits natürlich Demokraten sind, andererseits aber Angst haben, ihre Stellung zu solch elementaren demokratischen Forderungen wie der vollständigen Freizügigkeit, der vollständigen Abschaffung des ständischen Charakters der bäuerlichen Dorfgemeinde und folglich auch der vollständigen Aufhebung der solidarischen Haftung, der Aufhebung aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken, entschieden und unzweideutig festzulegen." (W 6, S.136 f)

Wie die Bauern über dieses Land verfügten, das mußte den Bauern selbst überlassen werden, aber ob sie sich jeweils für genossenschaftliche oder individuelle Bebauung entschieden, konnte nichts daran ändern, dass diese Bebauung unter den bestehenden Produktionsverhältnissen privatwirtschaftlich und kapitalistisch vor sich gehen mußte. Um die herrschenden Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, bedurfte es nicht der bäuerlichen Revolution, sondern der proletarischen, und zu deren Vorbereitung nicht der Verkleisterung der Gegensätze auf dem Land, sondern des offenen Klassenkampfes. Nach der proletarischen Revolution änderte sich die Funktion der Genossenschaften, (An die Dorfarmut, 1903, W 6, S.410) die freilich auch schon vorher auf "freiem Übereinkommen" bestehen mußten (a.a.O. S.411) und nicht auf den Zwangsformen der Dorfgemeinschaft. Denn: "Was die Erweiterung der Kollektivrechte gegenüber dem Individuum betrifft, so verfechten die Sozialisten sie nur dann, wenn diese Erweiterung den technischen und sozialen Fortschritt fördert." (Agrarprogramm, a.a.O., S.137). Die Zitate machen offensichtlich, wie die ganze Kritik Kramers an Lenin und den Bolschewiki entweder auf Unkenntnis oder auf der völligen Verkennung des Klassenstandpunkts, den sie vertraten, beruht und daher zu einer Reproduktion der Volkstümlerauffassungen führt, wenn er z.B. meint, es sei in dieser Auseinandersetzung um die Frage des Kollektivprinzips in der Landwirtschaft gegangen, statt um die Frage der herrschenden Produktionsverhältnisse und deren einzig mögliche Beseitigung durch die proletarische Revolution.

Es ist im übrigen sicher kein Zufall, daß Kramer Lenin fast ausschließlich aus Sekundärquellen zitiert.

sem eine lange Reihe von Untersuchungen, die sich im Gegensatz zu den Volkstümlern nicht auf die Form des Grundbesitzes beschränkten, sondern die "politisch ökonomische Struktur des Dorfes" (49a) zum Gegenstand machten, und sich in folgender Einsicht zusammenfaßten: "Im russischen Dorf verflechten sich gegenwärtig zwei Hauptformen des Klassenkampfes; 1. der Kampf der Bauernschaft gegen die privilegierten Grundbesitzer und gegen die Überreste der Leibeigenschaft; 2. der Kampf des im Entstehen begriffenen Dorfproletariats gegen die Dorfbourgeoisie. Für Sozialdemokraten ist natürlich der zweite Kampf von grösserer Bedeutung, aber sie müssen unbedingt auch den ersten Kampf unterstützen, sofern das den gesellschaftlichen Interessen nicht widerspricht. Nicht zufällig nahm und nimmt die Bauernfrage in der russischen Gesellschaft und in der russischen revolutionären Bewegung so viel Platz ein: Diese Tatsache ist nur eine Widerspiegelung dessen, daß auch der erstgenannte Kampf immer noch große Bedeutung behält." (50)

Daß der ersigenannte Kampf den zweiten so lange überlagerte, macht einen Gutteil der ganzen Problematik der russischen Revolution aus: Einerseits ermöglichte das erst, oder erleichterte doch zumindest die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, andererseits erschwerte er oder machte es nahezu unmöglich, daß die "Dorfarmut" sich vom Einfluß der Kulaken und Mittelbauern freimachte und frühzeitig zu sozialistischen Maßnahmen auf dem Lande überging, die Kulaken als Klasse beseitigte und die Mittelbauern in die kollektive Organisation der Landwirtschaft einbezog. Damit ist eine der Hauptbedingungen genannt, die die proletarische Revolution 1917 so leicht und den Aufbau des Sozialismus so schwer machte. (51) Sie beweist nicht, daß in Rußland die "asiatische Produktionsweise" in der Landwirtschaft noch bis 1917 geherrscht hätte, sondern daß die Warenproduktion auf dem Lande erst partiell zur kapitalistischen Warenproduktion sich entwickelt hatte, und daß die politische Einheit der Bauern gegen die Gutsbesitzer ihre ökonomische Differenzierung überwog.

Preussischer und amerikanischer Weg in der russischen Landwirtschaft

Die beschleunigte Entwicklung der Kapitalisierung der Landwirtschaft, die Stolypin nach der Revolution von 1905 durch den Versuch der Herstellung einer starken Schicht von Einzelbauern, die von den vorkapitalistischen Fesseln sowohl der Dorfgemeinde als auch der gutsherrlichen Auflagen befreit waren, einleitete, konnte die politische Einheit der Bauern in ihrem Kampf für Land und Freiheit in der kurzen Zeit bis 1917 nicht zerstören. Damit blieben auch die "beiden Hauptformen des Klassenkampfes" und das Übergewicht des ersten über den zweiten erhalten.

Die Stolypinschen Reformen hatten ihren ökonomischen Motor in der Notwendigkeit, den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern und den Markt für Industriewaren zu vergrößern. Ihren politischen Motor hatten sie in der Absicht, die Bauern zu spalten und mittels dieser Reformen die relativ enge Verbindung zu zerstören zwischen den städtischen Arbeitermassen, die gegen die Fesseln der Selbstherrschaft für die freie Entfaltung des Klassenkampfes kämpften, und den Bauernmassen, die gegen die vorkapitalistischen Fesseln für die Entfaltung der freien Farmerwirtschaft kämpften. (52)

Insofern die Stolypinschen Bauernreformen einen Teil der Bauern von den Fesseln der Dorfgemeinde befreiten, entsprachen sie den ökonomischen Tendenzen im Dorf. Insofern sie aber die gutsherrlichen Ländereien nicht antasteten und die Masse der Bauern rücksichtslos in noch größeres Elend hinabstießen, riefen diese Reformen den Widerstand der Bauern hervor. Dieser wendete sich nicht grundsätzlich gegen die Auflösung des Gemeindeeigentums, sondern gegen die Beschränkung der Reform auf seine Auflösung, sodaß der Landhunger selbst auch nur der großen Zahl der Mittelbauern nicht entfernt gelöst werden konnte.
Daß die Bauern grundsätzlich nichts gegen die Auflösung des Gemeindeeigentums hatten, zeigte sich in den Dumen

---

49a) Was sind die 'Volksfreunde', a.a.O., S.278, vgl. Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, a.a.O., S.517

50) Entwurf eines Programms...., a.a.O., S.246

51) "In Rußland ist es für das Proletariat sehr leicht, die Macht zu ergreifen, aber äusserst schwer, ein geordnetes Gemeinwesen aufzubauen. In Westeuropa dagegen ist es für das Proletariat schrecklich schwer, die Macht zu ergreifen, aber sehr leicht, eine geordnete Gesellschaft aufzubauen." Lenin, zit. n. Gitermann, a.a.O., S.538

52) "Die Zerstörung der Mir-Gemeinde strebte Stolypin aus politischen Erwägungen an. Es kam ihm darauf an, die von Lenin erstrebte "Koalition aller revolutionären Klassen" zu verhindern. Solange die Einrichtung des dörflichen Kollektiveigentums fortbestand, kehrten die Fabrikarbeiter, sobald sie arbeitslos wurden, in ihre Heimatgemeinde zurück, wo sie ein Ackerlos zur Nutzung beanspruchten. Solche ökonomischen Amphibien, die zwischen Stadt und Land hin und her pendelten, unterhielten eine für die Vorbereitung der bolschewistischen Revolution sehr wichtige Querverbindung zwischen dem Industrieproletariat und den Bauern." Gitermann, III, S.435
Tatsächlich hatte Lenin als Träger der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande vor allem diese ökonomischen Amphibien im Auge, was neben der prinzipiellen Begründung in der Avantgarderolle des Industrieproletariats, der entscheidende Grund war, warum er trotz seiner Einsicht in die Wichtigkeit der Bauernagitation die Kräfte der Partei auf die Industriezentren konzentriert wissen wollte. (s. z.B. W 4, S.247; vgl. Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, 1902, W 6, S.126)

nach 1905, in denen ihre Sprecher immer wieder die Nationalisierung allen Grund und Bodens gefordert hatten. Lenin interpretierte nun den Gegensatz zwischen den Forderungen der Bauern und der Stolypinschen Reform als den Gegensatz zwischen dem preussischen und dem amerikanischen Weg in der Landwirtschaft, nicht aber wie die Sozialrevolutionäre, die in der Nachfolge der Volkstümler standen, als den Gegensatz zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg. Dennoch unterstützte er die Forderung der Bauern nach Nationalisierung (im Gegensatz zu den Menschewiki) und wendete sich nur gegen die sozialistische Verbrämung, die in der Forderung nach regelmäßiger Umverteilung zum Ausdruck kam. Bei der Forderung nach regelmäßiger Umverteilung kam nach Lenin lediglich die kleinbürgerliche Illusion zum Ausdruck, die Entfaltung des Kapitalismus, die die Nationalisierung bei Fortbestehen der kapitalistischen Warenwirtschaft bedeuten mußte (gegen deren Fortbestehen aber die Sprecher der Bauern gar nichts einwandten, im Gegenteil (53)), durch Maßregeln wie die regelmäßige Umverteilung, die einer vorkapitalistischen Produktionsweise entsprachen, aufhalten zu können. Die Nationalisierung des Grund und Bodens bei Aufrechterhaltung der Warenwirtschaft war also lediglich die radikalste Form der bürgerlichen Revolution, aber keineswegs die Negation von deren Inhalt.

Bei der Analyse der Leninschen Formulierung des Agrarprogramms nach 1905 muß berücksichtigt werden, daß die Auseinandersetzung um die Nationalisierung nur ein Teil der Auseinandersetzung zwischen Menschewiki und Bolschewiki über den Charakter der bürgerlichen Revolution und die daraus abzuleitenden Bündnisse gewesen ist. Während die Menschewiki für ein Bündnis der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Revolution vor allem mit der städtischen liberalen Bourgeoisie, den Kadetten, eintraten, die die eigentlichen Sprecher des Industriekapitals waren, von einer langen, bloß von den Fesseln der Selbstherrschaft befreiten Kapitalisierung ausgingen und sich dementsprechend an keiner revolutionären provisorischen Regierung beteiligen wollten, gingen die Bolschewiki unter Führung Lenins davon aus, daß sich die Arbeiterklasse in der bürgerlichen Revolution vor allem auf die Bauern stützen sollte, als dem einzigen konsequenten Vertreter der Demokratie, daß sie mit den Bauern wenn möglich eine revolutionäre Regierung bilden sollte, die auf den Arbeitersowjets und den Bauernkomitees ruhte (54), und daß die Arbeiterklasse nach Zerschlagung der Selbstherrschaft die Revolution ununterbrochen fortsetzen müsse (55). In dieser Strategie kam der Nationalisierung von Grund und Boden und der Übergabe des Bodens an lokale Bauernkomitees eine zentrale Rolle zu. Zugrunde lag dieser Strategie gegenüber der Zeit vor der Revolution von 1905 eine gewandelte Einschätzung der Bauern, (56), die zuvor nur als ein Bündnispartner unter anderen begriffen worden waren, wenngleich Lenin ihre revolutionäre Rolle im Gegensatz zu Plechanow immer schon hoch eingeschätzt hatte. Die Agrarfrage wurde nun ausdrücklich als das zentrale Problem der bürgerlichen Revolution in Rußland begriffen: "Die Agrarfrage bildet die Grundlage der bürgerlichen Revolution in Rußland und bedingt die nationale Besonderheit dieser Revolution"(57). Ihre Entscheidung bestimmte den ganzen Gang der bürgerlichen Revolution und damit auch die Bedingungen der proletarischen Revolution: "Die Eigentümlichkeit der russischen bürgerlichen Revolution besteht darin, daß in der Hauptfrage der Revolution, in der Agrarfrage, revolutionäre Politik von den Schwarzhundertern wie von den Bauern gemacht wird. (...) Entweder Sieg des Bauernaufstands und gänzliche Zerstörung der alten Grundbesitzordnung zugunsten der durch die Revolution erneuerten Bauernschaft, d.h. Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes und Republik. Oder Stolypinsche Zerstörung, die ebenfalls erneuert, die den alten Grundbesitz praktisch erneuert und den kapitalistischen Verhältnissen anpaßt, aber ganz und gar im Interesse der Gutsbesitzer, um den Preis des grenzenlosen Elends der Bauernmassen, ihrer gewaltsamen Vertreibung aus den Dörfern, ihrer Aussiedlung, ihrer Aushungerung, ihrer Vernichtung durch Gefängnis, Verbannung, durch Massenerschießungen und Folterung der ganzen Blüte der Bauernjugend. Es ist für die Minderheit nicht leicht, gegenüber der Mehrheit eine solche Politik durchzuführen, aber ökonomisch ist eine solche Politik nicht unmöglich. Wir müssen dem Volk helfen, dies klar zu begreifen.(...) Die ökonomische Notwendigkeit ruft unbedingt die 'schroffste Umwälzung' in den Agrarverhältnissen hervor, die Frage ist nur, ob sie von den Gutsbesitzern mit dem Zaren und Stolypin an der Spitze oder aber von den Bauernmassen unter Führung des Proletariats durchgeführt wird."(58)

Der ökonomische Inhalt der Agrarrevolution war also unmittelbar notwendig bürgerlich. Das hatten auch schon die früheren Untersuchungen der objektiven Daten zur Entwicklung des Kapitalismus in Rußland gezeigt. Was sie nicht gezeigt hatten, war der revolutionäre Impetus,

53) So begründete der "Volkssozialist" Peschechenow die Nationalisierungsforderung z.B. damit, daß die bisherigen Eigentumsformen eine den "Erfordernissen des Marktes entsprechende Verteilung der Bevölkerung" nicht zuließen. (zit. W 13, S.283) Der Sozialrevolutionär Karajew nahm Dänemark als erstrebenswertes Beispiel. (zit. a.a.O. S.397)

54) "Arbeiterregierungen in den Städten, Bauernkomitees in den Dörfern (die in einem bestimmten Moment aufgrund des allgemeinen usw. Wahlrechts zu gewählten Organen werden) - das ist die einzig mögliche Organisationsform der siegreichen Revolution, d.h. der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (W 13, S.396 (Anm.))

55) s. W 9 (Sept. 1905), S.232; S.303

56) " Die Rolle des Hegemons in der bürgerlichen Freiheitsbewegung, die die revolutionäre Sozialdemokratie stets dem Proletariat zugewiesen hat, mußte genauer definiert werden, als die Rolle eines Führers, der die Bauernschaft führt." a.a.O. S.290

57) Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, W 13, S.426

58) Politische Notizen, 1908, W 13, S.449 f.

der die ganze bäuerliche Bevölkerung zum Kampf gegen die gutsherrliche Entwicklung des Kapitalismus beseelte und der die Agrarrevolution als demokratische möglich machte.

Die Nationalisierung des Grund und Bodens, die auch das bäuerliche Anteilland umfassen sollte, war die radikalste Form der bürgerlichen Agrarrevolution und der endgültigen Auflösung auch der alten Dorfgemeinde, an die nicht zufällig zur selben Zeit auch die Bürokratie gehen mußte, obwohl bis 1905 die "Unantastbarkeit des alten, mittelalterlichen Anteillandbesitzes der Bauern und ihrer 'angestammten' Dorfgemeinde die eifrigsten Verteidiger in den herrschenden Klassen Rußlands fand (...) Die Entwicklung des Kapitalismus hat diese Ordnung zu Beginn des 20. Jahrhunderts endgültig untergraben. Die alte ständische Dorfgemeinde, die Fesselung der Bauern an die Scholle, die altherkömmlichen Zustände des halbhörigen Dorfes gerieten in schärfsten Widerspruch zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Dialektik der Geschichte brachte es mit sich, daß die Bauernschaft - in anderen Ländern unter halbwegs (vom Standpunkt der Erfordernisse des Kapitalismus) geregelten Agrarverhältnissen eine Stütze der Ordnung - in Rußland während der Revolution mit den umstürzlerischsten Forderungen auftrat, bis zur Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und der Nationalisierung des Grund und Bodens (die Trudowiki in der I. und II. Duma).
Diese radikalen und sogar von Ideen des kleinbürgerlichen Sozialismus gefärbten Forderungen waren durchaus keine Folgeerscheinungen eines 'Sozialismus' der Bauern, sondern die Folge der ökonomischen Notwendigkeit, den gordischen Knoten des fronherrlichen Bodenbesitzes zu durchhauen , auf einem von allen mittelalterlichen Schranken befreiten Boden den Weg für den freien Farmer (den Unternehmer in der Landwirtschaft) zu ebnen." (59)

So war also für Lenin die von den Bauern geforderte Nationalisierung an sich nichts als "die von den Bauern vorgenommene 'Bereinigung des Grund und Bodens' für den Kapitalismus" (60).

Wenngleich Lenin sich über das "gigantische Ausmaß von bäuerlicher Initiative, revolutionärer Energie, Bewußtheit, Organisiertheit des Volkes" (61) klar war, das eine Befreiung der Bauern aus dem "Ghetto" (62) des Feudalismus durch eine bäuerliche Agrarrevolution erfordern würde, so ließ er sich doch durch die ideologischen Hüllen, die diese große revolutionäre Aufgabe brauchte, nicht über ihren bürgerlich beschränkten Charakter hinwegtäuschen. Diesen Charakter der Agrarrevolution leitete er eben nicht ab aus der "sozialistischen" Ideologie z.B. der Sozialrevolutionäre, deren bürgerlichen Kern er im Gegenteil bloßlegte, sondern aus der tatsächlichen Wirtschaftweise des Dorfes, aus dem gesellschaftlichen Milieu, in dem sich diese Wirtschaftsweise entwickelte; weder aus den vorkapitalistischen Eigentumsformen der Dorfgemeinde, noch aus der Eigentumsform, die durch die Nationalisierung angestrebt wurde, sondern aus der Feststellung, daß die Nationalisierung der schon bestehenden Wirtschaftsweise freien Lauf geben würde und im bestehenden kapitalistischen Milieu den Differenzierungsprozeß in der Landbevölkerung bloß beschleunigen könne (63). An der "Wirtschaftsweise des Dorfes" und an dem kapitalistischen Milieu, in dem sie sich entwickelte, änderte die Nationalisierung als solche gar nichts: "Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, die Herrschaft des Marktes über den Produzenten und folglich die Herrschaft der Warenproduktion über die Produzenten werden von dieser Umwälzung überhaupt nicht berührt, können von ihr überhaupt nicht berührt werden, denn der Kampf um die Neuverteilung des Bodens vermag die Produktionsverhältnisse in der Wirtschaft auf diesem Boden nicht zu ändern" (64). Aus diesen Produktionsverhältnissen auf dem russischen Grund und Boden, d.h. den Verhältnissen der kleinen Warenproduktion, folgte nach Lenin auch, daß die Bauernschaft den bäuerlichen Weg der Agrarumwälzung gegen die Dreieinigkeit von Großbourgeoisie, Großgrundbesitz und Bürokratie nur unter Führung der Arbeiterklasse durchsetzen konnte: "Da aber die Warenproduktion die Bauernschaft nicht zusammenschließt und zentralisiert, sondern sie zersetzt und spaltet, so ist eine Bauernrevolution in einem bürgerlichen Lande nur unter Führung des Proletariats möglich" (65). Aus all diesen Bedingungen der bäuerlichen Agrarrevolution folgte die Propaganda des Klassenkampfes im Dorf, der durch die Nationalisierung des Grund und Bodens bloß verschärft werden konnte, wie andererseits die Möglichkeit der Nationalisierungsparole, die das nach wie vor bestehende Übergewicht des Klassenkampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsherrschaft über den Klassenkampf in der Bauernbevölkerung selbst signalisierte (66). Gerade im Interesse dieses Klassenkampfes, der unter der gegebenen Entwicklung sowohl der gutsherrlichen als auch der bäuerlichen Wirtschaft zum Kapitalismus allein den Weg für eine Sozialisierung der Landwirtschaft freimachen konnte,

59) Die neue Agrarpolitik, 1908, W12, S.463 f., vgl. W 13 S.284, S.245, 237,ff.

60) Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, a.a.O., S.275 vgl. S.267

61) a.a.O., S.347

62) a.a.O., S. 429

63) a.a.O.,S.238 f.

64) a.a.O., S.241

65) a.a.O.,S. 347 f.

66) Deshalb übte Lenin auch Selbstkritik an seiner früheren Einschätzung der Situation auf dem Lande, die die Nationalisierung des Grund und Bodens nicht als Programmpunkt der Sozialdemokratie zugelassen hatte. s. Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei, 1906, W 10, S.169; sowie Bd. 13, S.256 und 290 ; allgemein zu der Möglichkeit der Nationalisierung in Gegensatz zur Sozialisierung, s. Bd.13, S.319 f.; vgl. zu Lenins früherer Auffassung, W 6, S.130 auch noch Bd. 9, S.308 f.
Zur Organisierung des Klassenkampfes auf dem Lande sein sollte; vgl. Bd. 10, S.185
Zur Kritik der Sozialrevolutionäre vgl. u.a. Bd.9, S.310 f., 441 ff.

mußte die Kritik der Sozialrevolutionäre geführt werden (67).

Die Revolution von 1917 und der Aufbau des Sozialismus

Die russische Revolution von 1917 war vor allem durch folgende Widersprüche des Zarenreiches bestimmt: den Widerspruch zwischen einer mächtig konzentrierten Industrieproduktion, deren Konzentration die der europäischen Länder übertraf und einem zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Sektor, der auf Kleinproduktion beruhte; sowie durch den Widerspruch zwischen den kleinen Warenproduzenten auf dem Lande und der spezifischen Form der Kapitalisierung auf Grundlage der gutsherrlichen Wirtschaft, der die Widersprüche innerhalb der warenproduzierenden Bauernschaft überlagerte und verhinderte, daß die zunehmende ökonomische Differenzierung in politische Klassendifferenzen zwischen Kulaken und Dorfarmut umschlug. Der Widerspruch zwischen Bauernschaft und preussischem Weg zum Kapitalismus,den die Großbourgeoisie, die im Februar 1917 an die Macht gekommen war, nicht lösen konnte, erleichterte die Eroberung der Macht durch das Proletariat und bedeutete gleichzeitig, daß die proletarische Revolution in den Städten Hand in Hand ging mit einer radikalen bürgerlich-demokratischen Revolution auf dem Land. Die Revolution im Oktober 1917 nahm so die beiden Probleme, die 1905 nicht gelöst werden konnten (68), unter veränderten Bedingungen wieder auf und löste sie radikal. Aber gerade die Tatsache, daß die Revolution in den Städten auf Grund des Versagens der Bourgeoisie und ihrer aktiven Gegenwehr gegen die Revolution immer bewußter proletarischen Charakter annahm und sofort zu sozialistischen Maßnahmen übergehen mußte, während sie auf dem Land auf Grund der mangelnden Entwicklung der Vergesellschaftung der Produktion und des Klassenkampfes den bürgerlichen Charakter der Agrarrevolution nicht überwinden konnte, machte den Widerspruch der russischen Revolution aus, den sie vom Zarenreich übernommen hatte und der bis heute nicht endgültig gelöst wurde.

So standen sich 1917/18 sozialistische Maßnahmen in der Industrie und bürgerlich-demokratische in der Landwirtschaft gegenüber. Dieser Widerspruch ergab sich nicht daraus, daß der bürgerliche Charakter der Agrarrevolution, nachdem die Grundlage der alten vorkapitalistischen Produktionsweise einmal zerstört worden war, irgendwie hätte vermieden werden können, sondern daraus, daß das Proletariat unter Führung der Bolschewiki die historische Möglichkeit der Eroberung der politischen Macht wahrgenommen hatte und auf diesem einmal eingeschlagenen Weg kühn vorwärtsschreiten mußte (69).

In der Landwirtschaft wurde der Boden nationalisiert (eine rein bürgerliche Maßnahme) und alles Land mit Ausnahme der Staatsgüter in die Hand der lokalen und regionalen Bauernkomitees übergeben. Diese teilten den Boden unter den Bauern auf. In diesen Punkten entsprach das erste Dekret der Sowjetmacht durchaus dem Agrarprogramm der Bolschewiki, das diese ja ihrerseits von den fortgeschrittensten Teilen der Bauernschaft übernommen hatten (70). Auch jetzt übernahmen sie in das Nationalisierungsdekret einen Antrag von Bauernde-

67) Über die Notwendigkeit der Vereinigung, aber nicht der Vermengung von gesamtbäuerlichem Kampf gegen die Gutsherren und proletarischem Kampf auf dem Lande, vgl. Bd. 9, S.448 f.
Organisatorischer Ausdruck dieser Notwendigkeit waren die getrennte Organisation sozialdemokratischer Komitees (später Komitees der Dorfarmut) die sich an den gesamtbäuerlichen Komitees beteiligen sollten. vgl. Bd.9, S.232 ff.
Zur ökonomischen Grundlage der sozialrevolutionären Ideologie vgl. S.305
Aus der Notwendigkeit der Propaganda des Klassenkampfes heraus mußte der notwendig kapitalistische Charakter der sozialrevolutionären Forderungen wie: staatliche Unterstützung von Genossenschaften und Artels bei Fortbestehen der kapitalistischen Warenwirtschaft entlarvt werden. vgl. Bd. 9, S.309

68) Da die Agrarrevolution faktisch schon 1905 rein bürgerlichen Charakter hatte, wie Lenin ausführlich belegt hat (s.o.), und im Milieu des russischen Kapitalismus und auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse im Dorf auch haben mußte, ist es lächerlich zu behaupten, die Bolschewiki hätten diesen bürgerlichen Charakter durch eine volkstümlerische Agitation, die ihrerseits auf kleinbürgerlichen Vorurteilen beruhte, aufhalten können. Klassen können nicht betrogen werden, das war eine Leninsche Grundeinsicht, und das Verhalten der russischen Bauern nach 1917 hat gezeigt, dass sie selbst durch die Agitation der Bolschewiki, die sich nun auf die proletarische Staatsmacht stützen konnten, nach der bürgerlichen Revolution nicht ohne weiteres von sozialistischen Parolen überzeugen ließen.
Kramer meint völlig ahistorisch und unmaterialistisch - und übersieht kühn die demokratische Agitation der Bolschewiki und ihre Versuche der Organisation der Dorfarmut: " Wenn die Partei einen vermeidbaren Fehler gemacht hat, dann hat sie ihn nicht 1918, sondern etwa 1905 bis 1917 gemacht, als sie auf die Organisierung und Agitation der Bauern verzichtet hat." (RF 3/70, S. 21)
Gerade, dass die Revolution dem Lande 1917 bürgerlichen Charakter hatte, bestätigt doch die ökonomische Analyse Lenins und die daraus abgeleitete Taktik; kommunistische Taktik muß von den objektiven Widersprüchen ausgehen und darf nicht versuchen diese zu verkleistern; dass die Bolschewiki die Widersprüche der russischen Revolution erkannten ,macht ihre theoretische und praktische Stärke aus. vgl. Coletti, The question of Stalin, new left review, 61, S.61 ff.

69) Auf die Eroberung der Macht durch das Proletariat bezieht sich denn auch die einzige konsequente Kritik, die der Menschewiki. Diese Kritik ist freilich bürgerlich.

70) "Wir können kein besonderes Projekt der Reform' erfinden" hatte Lenin schon 1907 festgestellt. s. W13, S.257

legierten ganz Rußlands und legten ihn diesem zugrunde (71).

Der einzige Punkt der dem alten Programm der Bolschewiki widersprach, war die Festlegung der "ausgleichenden Bodennutzung" oder regelmäßigen Umverteilung, den sie auch sofort öffentlich als illusionär bezeichneten. Gleichzeitig betonten sie, es sei nicht ihre Aufgabe, den Bauern irgendwelche Maßnahmen von oben aufzuerlegen, sondern ihnen zu ermöglichen, aus ihren eigenen Erfahrungen zu lernen (72). Die Grundlage dieser Illusion der Bauern bestand vor allem in ihrer Meinung, die bestehende Kleinproduktion könne auf Dauer aufrechterhalten werden und den bestehenden gesellschaftlichen Bedürfnissen oder auch nur den Bedürfnissen der Bauern genügen. Diese Illusion wäre bei einer rein bürgerlichen Revolution, also ohne die Bedingungen einer proletarischen Staatsmacht und ihrer sozialistischen Maßnahmen, durch den Kapitalismus zwangsläufig zerstört worden, insofern sich die Nationalisierung des Bodens einfach als Niederreißen der Hemmungen für die Bewegungen des Kapitals, als Mobilisierung des Bodens für die Bedürfnisse des Kapitals erwiesen und jeden Gedanken an eine ausgleichende Bodennutzung als leeren Traum zerstört hätte, indem sich als Kern der Nationalisierung die fortschreitende Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Scheidung der Bauern in Bourgeoisie und Proletariat gezeigt hätte. Unter den Bedingungen der proletarischen Staatsmacht mußte diese Illusion nicht zwangsläufig durch die Entwicklung des Kapitalismus zerstört werden, sondern konnte durch Überzeugung und die Verbreitung der Einsicht in die Mängel der Kleinproduktion beseitigt werden, um den Weg frei zu machen für eine Kollektivierung der Landwirtschaft, die durch den Staat gefördert und unterstützt würde. Diesen Weg haben die Bolschewiki von vornherein eingeschlagen. Der Unterschied zwischen der Nationalisierung des Bodens, die nicht die Verfügung des Bodens, sondern die Verfügung über die Rente dem Staat zuspricht, und der Sozialisierung des Bodens, besteht darin, daß die sozialistische Umwälzung der Landwirtschaft nicht nur die Übergabe des Eigentums an Grund und Boden, "sondern auch des Bodens selbst, als eines Objekts der Wirtschaft, in die Hände der ganzen Gesellschaft" (73) bedeutet. Dieser Schritt zur gesellschaftlichen Verfügung über den Grund und Boden kann nur unter Bedingungen der Großproduktion sofort vollzogen werden, und dort, wo Großproduktion tatsächlich bestand, d.h. auf den staatlichen Gütern, hat die Sowjetmacht diesen Weg auch beschritten und diese Güter in staatliche Musterbetriebe verwandelt (74). Daß der Weg von der kleinen Warenproduktion zurSozialisierung des Grund und Bodens etlicher Zwischenschritte bedurfte, war den Bolschewiki von vornherein klar, wie auch der Weg, über den die Sozialisierung des Grund und Bodens erreicht werden konnte: über die zunehmende Kollektivierung der Kleinproduktion (75).

Von der Notwendigkeit gerade dieses Weges zur Sozialisierung, statt der weiteren Kapitalisierung der Landwirtschaft, die ohne die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die das kapitalistische Milieu in seinem Zentrum traf, unvermeidbar gewesen wäre, gingen die Bolschewiki aus. So legten sie schon im endgültigen Nationalisierungsdekret vom 18. August 1918 das Ziel der Kollektivierung und der Zusammenfassung der Bauern in Produktionsgenossenschaften fest. Dieses Ziel war in dem Dekret vom 26. Oktober nocht nicht enthalten. Das neue Dekret bestimmte als eine der Aufgaben der Landabteilungen der örtlichen und zentralen Sowjets:

"Die Förderung der kollektiven Wirtschaft auf Kosten der Einzelwirtschaften in der Landwirtschaft im Hinblick darauf, dass die kollektive Wirtschaft in Bezug auf Arbeit und Ertrag ergiebiger ist, und um dadurch den Übergang zur sozialistischen Wirtschaft zu beschleunigen." Die periodische Umverteilung, das Kernstück des sozialrevolutionären Programms, das gegen die Kollektivierung der Produktion gerichtet war, wurde fallengelassen. Ausserdem wurden die ökonomischen Mittel genannt und gesetzlich festgelegt, durch die die Kollektivierung vorangetrieben werden sollte: der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen, Sämereien und Getreide wurde zum Monopol des proletarischen Staates erklärt (76). Die Bolschewiki sahen die Zersplitterung der Bauernwirtschaft vor allem durch den Charakter der landwirtschaftlichen Produktion als kleine Warenproduktion verursacht. Dementsprechend

71) s. Lenin, W 26, S.249 ff.
Illustrierte Geschichte der russischen Revolution, Berlin, 1928, S. 454 f.

72) Lenin, W.26, S.252 f. " als demokratische Regierung können wir einen Beschluß der Volksmassen nicht umgehen, auch wenn wir mit ihm nicht einverstanden wären. Wenn die Bauern das Dekret in der Praxis anwenden und an Ort und Stelle durchführen, so werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen, wo die Wahrheit liegt." a.a.O., S.252
vgl. "An die Bevölkerung" 5.Nov. 1917, W 26, S.295
vgl. W 26, S.326

73) Die Revision des Agrarprogramms, 1906, W 10, S.176

74) Auf den Gutsländereien herrschten zum großen Teil noch immer Verhältnisse der Kleinproduktion vor.

75) Diesen Weg hatte Lenin schon in seinem "Brief an die Dorfarmut" aufgezeigt, 1903, W 6, S.410 f.

76) "Dekret über die Sozialisierung des Grund und Bodens" vom 1.8.1918.
Der Begriff Sozialisierung wird korrekt verwandt, insofern sich dieses Dekret nicht auf die Aufhebung des Privateigentums am Boden beschränkt wie noch das Dekret vom 17.Okt.18, sondern das Ziel der Sozialisierung und die Mittel ihrer langsamen Verwirklichung gesetzlich verankert. Die Förderung der Kollektivierung wurde in Artikel 18a, das Handelsmonopols in Art. 18 und 19 festgelegt.
Sowohl das Dekret vom 26.10.1917 wie das vom 1.8.1918 sind Kramer offensichtlich unbekannt. So leicht macht es sich diese "wissenschaftliche" Destruktion der Bolschewiki.

sahen sie einen Hebel zur Beschleunigung der Kollektivierung der Landwirtschaft in Eingriffen in die Zirkulationssphäre. Durch die Getreideknappheit waren sie dazu ohnehin gezwungen, doch zeigt sich in der Monopolisierung des Maschinenhandels, dass die Eingriffe in die Zirkulationssphäre keineswegs nur aus der aktuellen Notlage durchgeführt wurden, sondern einen prinzipiellen Charakter hatten - denn der Maschinenhandel musste zwar langfristig große Bedeutung für den proletarischen Staat haben, kurzfristig und aktuell lag er aber einfach darnieder. Wenn die Landwirtschaft bei privater Verfügung über die Produktion auf Grundlage der Warenwirtschaft zwangsläufig zu einer endgültigen Kapitalisierung der Landwirtschaft führen mußte, dann mußte die Einschränkung der Warenwirtschaft diese Möglichkeiten beschränken und damit die Möglichkeit schaffen, direkt von der kleinen Warenproduktion zur Sozialisierung der Landwirtschaft überzugehen, ohne eine volle Durchkapitalisierung der Landwirtschaft vorauszusetzen. Das eigentliche Instrument der Sozialisierung war der proletarische Staat und er allein konnte die Gewähr dafür bieten, dass die rein bürgerliche Massnahme der Nationalisierung nicht zur vollen Entfaltung des Kapitalismus führen würde. Der Eingriff in die Zirkulation bedeutete den Beginn einer sozialistischen Agrarpolitik auf Grundlage der Nationalisierung, die über die Kollektivierung zur Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion führen sollte. (77) Dieser Eingriff wurde durchgeführt durch den proletarischen Staat und seine Organe, er war somit die Fortsetzung der Führungsrolle des Proletariats gegenüber den Bauern, wobei sich jetzt der Widerspruch zwischen Proletariat und Bauern entfaltete. Objektiv entsprach diesem Klassenkampf der Kampf zwischen proletarischem Plan und Warenwirtschaft, also letztlich der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus (78). Er hatte seine Ursache in der verschiedenen Qualität der Vergesellschaftung der Industrie und der Landwirtschaft. Darin bestand auch die Ursache der relativen Schwäche des Klassenkampfes auf dem Lande, der jedoch durch Arbeitergruppen und Parteiagitatoren, die während der Getreideeinziehung aufs Land gingen, verschärft wurde. Die Organisation der Dorfarmut war der zweite Hebel, mit dem die Bolschewiki die Kollektivierung der Landwirtschaft vorantreiben wollten.

"Die Organisation der Dorfarmut, Genossen, das ist die wichtigste Frage unseres inneren Aufbaus und sogar die Kernfrage unserer ganzen Revolution", so hatte Lenin seine Rede an die Delegierten der Komitees der Dorfarmut am 8. Nov. 1918 begonnen (79). Einerseits sollten sie die Sowjetorgane bei der Zwangseinziehung des Getreides unterstützen, zu welcher Maßnahme der proletarische Staat durch den Bürgerkrieg gezwungen war, andererseits sollten sie die Kollektivierung der Produktion in der Landwirtschaft vorantreiben. Von vornherein war in der Nationalisierung des Grund und Bodens, auch wenn diese zunächst zu einer Neuaufteilung des Bodens führte, auch die Perspektive des Übergangs vom individualistischen Kleinbetrieb zum kommunistischen Großbetrieb enthalten (80). Dieser mußte im Gegensatz zur Stadt notwendig aus einer Reihe von "Übergangsmassnahmen" (81) bestehen. Doch diese Übergangsmaßnahmen konnten nur mit Unterstützung der Bauernmassen durchgeführt werden. Weil diese zunächst nur die Nationalisierung gefordert hatten und auf deren Grundlage die Aufteilung durchgeführt hatten, konnten die Bolschewiki nur allmählich zur Kollektivierung übergehen: "Wir Bolschewiki waren Gegner des Gesetzes über die Sozialisierung des Bodens (sofern es die regelmäßige Umverteilung festlegte, A.d.Verf.), trotzdem haben wir es unterzeichnet, denn wir wollten nicht dem Willen der Mehrheit der Bauernschaft entgegenhandeln. Der Wille der Mehrheit ist für uns stets verbindlich, und diesem Willen zuwiderhandeln, heißt Verrat üben an der Revolution. Wir wollten der Bauernschaft nicht den ihr fremden Gedanken aufzwingen, daß mit der ausgleichenden Verteilung des Bodens nichts erreicht werde. Wir waren der Ansicht, daß es besser ist, wenn die werktätigen Bauern selbst, am eigenen Leibe, zu spüren bekommen, daß die ausgleichende Bodenverteilung Unsinn ist. Erst dann wollten wir sie fragen, wo sich denn der Ausweg bietet aus dem Ruin, aus der Vorherrschaft der Kulaken, dieser Folgeerscheinung der Aufteilung des Grund und Bodens. Die Aufteilung war gut

77) vgl. Bucharin, der in diesem Zusammenhang auch noch einmal den Unterschied zwischen der proletarischen Revolution und der Agrarrevolution herausstellt:
"Insofern das Industrieproletariat sich auf die formal vergesellschaftete (vom Proletariat verstaatlichte) Großwirtschaft stützt, organisiert es unmittelbar den Produktionsprozeß. Der Mangel an landwirtschaftlichem Inventar kann auch einen Teil der Landwirtschaft bewegen, sich zusammenzuschließen (landwirtschaftliche Kommunen, Genossenschaften). Aber für die Hauptmasse der Kleinproduzenten wird ihr Hineinziehen in den Organisationsprozeß möglich hauptsächlich durch die Zirkulationssphäre, also formal auf demselben Weg, wie im System des Staatskapitalismus. "
Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg 1970, S. 92

vgl. Lenin, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare, Jan. 1918, W 26, S. 457

78) vgl. Bucharin, a.a.O., S. 92
vgl. zum ganzen Komplex: N. Boukkarine/E. Preobrajensky, ABC du communisme II, Paris 1968, S.120 ff.

79) Lenin, W 28, S. 166

80) Ursprünglich hatte Lenin die Nationalisierung überhaupt bloß in dieser unmittelbaren Perspektive für sinnvoll gehalten, W 6, S.131 (Anm.); erst die Stärke der gesamtbäuerlichen Bewegung in der Revolution von 1905 hatte zu einem flexibleren Standpunkt gegenüber dieser Forderung geführt.

81) Lenin, W 28, S.166 f., W 26, S.449, S. 457

für den Anfang. Sie mußte zeigen, daß der Boden den Gutsbesitzern weggenommen wird, daß er an die Bauern übergeht. Aber das ist nicht genug. Der einzige Ausweg liegt in der gemeinschaftlichen Bodenbestellung. Diese Erkenntnis fehlte euch, doch das Leben selbst bringt euch zu dieser Überzeugung. Kommunen, artelmäßige Bodenbestellung, bäuerliche Genossenschaften - das ist die Rettung aus den Nachteilen des Kleinbetriebs, das ist das Mittel zur Hebung der Wirtschaft, Einsparung von Kräften, zum Kampf gegen Kulakentum, Schmarotzertum, Ausbeutung." (82) Monopolisieren des Handels und Hineintragen des Klassenkampfes ins Dorf waren also die Mittel der Kollektivierung der Produktion. Diese Kollektivierungsbewegung wurde jedoch durch verschiedene Bedingungen erschwert, vor allem durch den Bürgerkrieg. Andererseits aber auch dadurch, daß der Klassenkampf im Dorf zunächst sich eher im Kampf für gerechtere Verteilung des Bodens niederschlug als im Kampf um gemeinsame Produktion. Das wiederum führte kurzfristig zu einer Nivellierung in der Bauernschaft und damit zur Veränderung der Grundlagen des Klassenkampfes selber.

Obwohl die Kollektivierung der Landwirtschaft unter den Bedingungen des Kriegskommunismus also einen gewissen Fortschritt machte (82a), ist dieser erste Anlauf der Sozialisierung der Landwirtschaft bald gebremst worden. Der Eingriff in die Zirkulationssphäre mußte infolge des Mangels an Maschinen und Saatgut und des allgemeinen Zerfalls der Industrie sich auf einen bloßen Eingriff in das bäuerliche Eigentum, auf das entschädigungslose Wegnehmen seines Getreides beschränken. Das war kein Eingriff in die Zirkulationssphäre, sondern ihre Abschaffung, ihre Verwandlung in einseitiges Nehmen und einseitiges Geben. Die Bauern hatten weder große Möglichkeiten noch großes Interesse, unter diesen Bedingungen die volle Produktion aufrechtzuerhalten oder gar zu erweitern.

Mit dem Ende des Bürgerkriegs waren die Bauern auch von der unmittelbaren Bedrohung ihres Landes durch die Konterrevolution befreit und damit auch von der zwingenden Notwendigkeit des engen Bündnisses mit den Bolschewiki. Das deutlichste Anzeichen dieser neuen Situation war der Kronstädter Aufstand, der Ausdruck dieser Unzufriedenheit in der Landbevölkerung war(83). Unter diesen Bedingungen mußte das Schwergewicht in der Sozialisierung der Landwirtschaft auf die Herstellung eines "unmittelbaren Produktenaustausches" zwischen Staat und Land gelegt werden. Das bedeutete, da die Landwirtschaft insgesamt darniederlag und ihr auch bloß insgesamt wieder auf die Beine geholfen werden konnte, die Rückstellung der Propaganda des Klassenkampfes im Dorf und Abschwächung der staatlichen Zwangseingriffe in die Landwirtschaft. Um die Produktion wieder in Gang zu bringen, mußte der Zirkulation größere Freiheit gelassen werden, freilich ohne das Ziel aufzugeben, über sie die Vergesellschaftung der Landwirtschaft einzuleiten. An die Stelle des politischen Klassenkampfes im Dorf, der durch die vorübergehende Nivellierung der Bauern vorläufig seine soziale Basis verloren hatte, trat der vor allem mit ökonomischen Mitteln zu führende Klassenkampf zwischen Proletariat und Bauern, der unter den spezifisch russischen Bedingungen die konkrete Form des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus war.

Die Bolschewiki reagierten auf diese Entwicklung also mit der Einführung der NEP, deren Kernstück die partielle Wiederzulassung des Marktes, die Ersetzung des Getreidemonopols durch die Naturalsteuer und damit eine Wiedereröffnung des durch den Kriegskommunismus verstopften Weges zur Kapitalisierung der Landwirtschaft. Über den Rückzugscharakter dieser Maßnahmen, die Hand in Hand gingen mit dem Angebot von Konzessionen an ausländische Kapitalisten, waren sich die Bolschewiki ganz klar, dieser Rückzug schien aber unvermeidlich, weil ohne ihn an einen Wiederaufbau der Industrie nicht zu denken war.

Insofern die Naturalsteuer den Übergang zu einem "regulären sozialistischen Produktenaustausch zwischen der Industrie und der Landwirtschaft" (84) war, war sie nicht Rückzug, sondern Fortschritt über den Kriegskommunismus hinaus, mit dessen Mitteln die Großindustrie nicht wieder aufgebaut werden konnte, weil ihr die Grundlage in der Landwirtschaft verloren ging. Ohne den Aufbau der Großindustrie war aber an einen regulären sozialistischen Produktenaustausch nicht zu denken; deshalb mußte der Entwicklung der Landwirtschaft der Vorzug eingeräumt werden. Unter den Bedingungen der geringen Fortschritte der Kollektivierung und der vorherrschenden Kleinproduktion konnte das nur durch die partielle Zu-

32) Lenin, W 28, S.170 f., W 28, S.210
vgl. Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, W 28, S.303 - 305
vgl. Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, 11.Dez.1918, S.341 ff.
vgl. Rede auf dem I. Kongreß der Komintern, W 28, S.487

82a) Herbst 1919 gab es rund 5 600 Kommunen und Artels mit einer freilich sehr geringen Fläche (150 000 Desj.)
s. Boukharine/Preobrajensky, a.a.O. S.129
1921: 15 121 kollektive Bauernwirtschaften mit 1233 000 Desjatinen
Zur Bedeutung die Lenin den Kommunen und Artels für den Aufbau des Sozialismus zumaß, vgl. z.B. seine Rede auf dem I. Kongreß der Landwirtschaftlichen Kommunen und Artels vom 4. Dez. 1919, W 30, S.181 ff.

83) Der Kronstädter Aufstand, der vor allem von bäuerlichen Soldaten getragen wurde, war Symptom der Abkehr der Bauern von den Bolschewiki, vgl. Deutscher, Trotzki I, S.480; vgl. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, 1966, S. 184 f.; vgl. Chris Harman, Russia, How the Revolution was Lost, London 1969, S. 8 f.

84) Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Komintern zur Taktik der KPR, 1921, W 32, S.480

lassung des Handels mit dem Getreideüberschuss geschehen, der seinerseits zu einer Entwicklung der Kleinindustrie führen mußte. "Die Naturalsteuer bedeutet selbstverständlich Freiheit des Handels. Der Bauer hat das Recht, den Rest seines Getreides, der ihm nach Entrichtung der Naturalsteuer bleibt, frei auszutauschen. Diese Freiheit bedeutet Freiheit des Kapitalismus. Wir sagen das offen und betonen das. Wir verhehlen das keineswegs. Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn wir das verheimlichen wollten. Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, bedeutet aber zugleich eine neue Form des Kapitalismus. Das bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grad neu schaffen. Wir tun das ganz offen. Das ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der das Kapital die Macht hat, und Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat - das sind zwei verschiedene Begriffe. In einem kapitalistischen Staat bedeutet Staatskapitalismus, dass der Kapitalismus vom Staat anerkannt und von ihm kontrolliert wird zugunsten der Bourgeoisie und gegen das Proletariat. Im proletarischen Staat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterklasse, um gegen die noch immer starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können." (85) Die Wiederzulassung des Kapitalismus wurde notwendig, weil von der bestehenden Kleinproduktion nicht unmittelbar zum Sozialismus übergegangen werden konnte. Als dessen Voraussetzung blieb die Entwicklung der Großproduktion das Ziel und die Kollektivierung das Mittel dieser Entwicklung. Lenin hat jetzt vor allem in den Handelsgenossenschaften einen Weg gesehen, die Kollektivierung der Produktion voranzutreiben. Er ging also weiterhin von der Organisation der Zirkulationssphäre als dem Hebel zum Übergang zur Großproduktion in der Landwirtschaft aus, wie er schon 1907 die Grundlage der Zersplitterung der Bauernschaft in der Warenwirtschaft gesehen hatte. Tatsächlich ist auch erst über die Beseitigung des freien Marktes die Gewähr geleistet, daß die Kommunen und Artels, zumal in ihrer Frühphase, nicht wieder auseinanderfallen, sich als "künstliche, kleine Treibhausgewächse" erweisen, als die sie Lenin zuletzt begriffen wissen wollte (86). Lenin ging in dieser Periode nach 1921 aus von der Unvermeidlichkeit des entscheidenden Kampfes "gegen den russischen Kapitalismus, gegen den Kapitalismus, der aus dem bäuerlichen Kleinbetrieb hervorwächst, der von ihm gestützt wird. Hier steht uns in nächster Zukunft ein Kampf bevor, dessen Zeitpunkt wir nicht genau bestimmen können. Hier steht das entscheidende letzte Gefecht bevor, hier sind keine Umgehungsmanöver mehr möglich, weder politische noch irgendwelche anderen, denn das ist das Examen des Wettkampfes mit dem Privatkapital.

Entweder werden wir dieses Examen bestehen, oder es gibt ein volles Fiasko. Um dieses Examen zu bestehen, dazu haben wir die politische Macht und eine ganze Menge ökonomischer und anderer Hilfsquellen, alles was Sie wollen - außer der Sachkenntnis." (87)

Um in dieser Entscheidungsschlacht zu siegen, bedurfte es nach Lenin "eine(r) ganze(n) Kulturrevolution" mit dem Ziel des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der bäuerlichen Massen und einer grundlegenden Umgestaltung des ganzen Sowjetapparates: Der Kampf gegen die Bürokratie und der Kampf gegen den aus der Kleinproduktion herauswachsenden Kapitalismus waren die Aufgaben, die nach der politischen Umwälzung und der Enteignung der kapitalistischen Großindustrie erst noch erfüllt werden mußten, um ein "vollständig sozialistisches Land" zu werden (88). Vorher konnte der Name Russische Sozialistische Republik nur ein Ziel ausdrücken, aber keine Realität (89). Der Begriff der Kulturrevolution hat bei Lenin also zwei Aspekte, den des Kampfes gegen die Bürokratie und den der Vergesellschaftung der Produktion. Als Instrument des Kampfes gegen die Bürokratie entwickelte Lenin den Plan der Arbeiter- und Bauerninspektion, die sowohl die Partei als auch den Sowjetapparat überwachen und schulen sollte (90). Dieser Punkt seines Planes im Kampf gegen die Bürokratisierungstendenzen im Sowjet- und Parteiapparat ist zweifellos schwach, bedachte er doch fast ausschließlich die Kontrolle von o en. Diese Schwäche ist objektiv bedingt, insofern ein antibürokratischer Appell an die Massen nach dem Bürgerkrieg sich nicht mehr auf das geschulte und politisch bewußte Proletariat von 1917 beziehen konnte. Dieses hatte der Bürgerkrieg dezimiert und auf das ganze Land verteilt (91); einen "antibürokratischen" Appell an die Bauern aber hatte gerade die NEP-Politik bedeutet: sie war ein Appell an ihre Instinkte als kleine Warenprodu-

85) Referat über die Taktik der KPR, 5. Juli 1921, W 32, S.513 f.
vgl. Über die NEP, Referat auf der Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz, 1921, W 33, S.81

86) Rede auf dem Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels, 1919, S.191, a.a.O.

87) XI.Parteitag der KPR (B), 1922, W 33, S.263

88) Über das Genossenschaftswesen, 1923, W 33, S.460 f.

89) vgl. Lenin, Lieber weniger, aber besser, W 33, S.477
vgl. Über die Naturalsteuer, W 32, S.342

90) vgl. Lieber weniger aber besser, W 33, S.474 ff.
vgl. Moshe Lewin, Lenins letzter Kampf, Hamburg 1970 S.117 ff.

91) Diese Schwächung des politisch bewußtesten Teils des Proletariats begann bereits mit dem Weltkrieg selbst, wo die politischen Arbeiter bewußt an die Front geschickt wurden, um den Einfluß der Bolschewiki in den Betrieben zu schwächen. Der Bürgerkrieg entleerte die Betriebe endgültig von der proletarischen Avantgarde: "Seit dem Krieg sind bei uns Leute in die Fabriken und Werke gegangen, die gar keine Proletarier sind, die die vielmehr reingingen, um sich vor dem Krieg zu

zenten gewesen und er konnte unter den gegebenen Umständen wohl auch nichts anderes sein. Zum Träger des Kampfes gegen den Bürokratismus konnten die Bauern in keiner anderen Weise werden als in der kleiner Warenproduzenten, d.h. von Individuen auf dem Markt. So schien als Träger einer Kritik der Bürokratie bloß die Partei übrig zu bleiben, deren bürokratische Tendenzen Lenin gerade festellte, wenn er auch ihre Kontrolle durch die Arbeiter- und Bauerninspektion forderte. Subjektiv war die Schwäche des Vorschlags dadurch bedingt, daß das Bürokratieproblem theoretisch noch nicht genügend untersucht werden konnte: " Wir werden diese Frage, die wir bisher nicht studieren konnten, aufs gründlichste studieren müssen. Jahre werden vergehen müssen, Jahre werden wir lernen müssen, weil das Kulturniveau unserer Arbeiter niedrig ist, und es den Arbeitern schwer fällt, die völlig neue Sache der Produktion in die Hand zu nehmen, aber nur auf die Arbeiter allein, auf ihre Aufrichtigkeit und ihren Enthusiasmus können wir uns verlassen." (92) Das Problem der Bürokratie konnte unter den gegebenen Bedingungen überhaupt bloß gelöst werden, wenn es wieder gelang, die Großproduktion inGang zu bringen und das Proletariat als politische Klasse wieder neu zu schaffen, und in dieser Perspektive hatte Lenin ja schon die NEP-Politik gesehen. (93)

In einem seiner letzten Aufsätze vor seinem Tod befasste Lenin sich noch einmal relativ ausführlich mit der Genossenschaftsfrage. Die Bolschewiki hatten in dieser Frage eine lange Auseinandersetzung mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären hinter sich, die das notwendig kapitalistische Wesen der Genossenschaften in einem kapitalistischen Milieu nicht begriffen hatten und die Genossenschaften als solche zu einer Errungen schaft des Sozialismus erklärt hatten. Nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat und damit der Lösung der Grundfrage der Revolution stellte sich die Frage der Genossenschaften jedoch neu.

"Dem Genossenschaftswesen wird bei uns, wie mir scheint, nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Wohl kaum alle begreifen, daß das Genossenschaftswesen jetzt, seit der Oktoberrevolution und unabhängig von der NEP (umgekehrt muß man sagen, gerade dank der NEP) bei uns eine ganz andere Bedeutung gewinnt. In den Träumereien der alten Genossenschaftler ist vieles phantastisch. Aber worin besteht ihre Phantasterei. Darin, daß diese Leute die wesentliche, grundlegende Bedeutung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse zum Sturz der Ausbeuterherrschaft nicht verstehen. Dieser Sturz ist bei uns Tatsache geworden, und nun wird vieles von dem, was an den Träumereien der alten Genossenschaftler phantastisch, sogar abgeschmackt war, zur ungeschminkten Wirklichkeit. Bei uns ist wirklich, da die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, da alle Produktionsmittel dieser Staatsmacht gehören - bei uns ist wirklich nur diese Aufgabe übrig geblieben, die Bevölkerung genossenschaftlich zusammenzuschließen. (...) Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist. Eben dieser Umstand wird von vielen unserer Praktiker unterschätzt. Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welch außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her (das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und zugänglich für den Bauern ist. "(94) Hier wird offensichtlich der Übergangscharakter der NÖP wesentlich stärker als der Rückzugscharakter betont, und zwar weil die NÖP den Bauern an den sozialistischen Güteraustausch mit dem Staat gewöhnte und weil der staatliche Handel genügend Mittel gewährte, um den Bauern die Vorteile des Zusammenschlußes, zunächst in Handelsgenossenschaften und dann in Produktivgenossenschaften, zu zeigen; die Genossenschaften aber decken sich in einem proletarischen Staat "in der Regel völlig mit dem Sozialismus" (95). Die russischen Bauern waren seit Jahrhunderten Einzelbauern, die zwar den Boden gemeinsam besaßen, aber ihn nicht gemeinsam bebauten. Die Entwicklung der Warenwirtschaft hatte diese Zersplitterung der Produktion nicht aufgehoben, sondern das Dorf noch weiter zersplittert, indem es die nachbarschaftlichen Beziehungen in Geldbeziehungen verwandelte und die Bauern als Individuen auf den Markt trieb. Aufgrund der Tradition des gemeinsamen Eigentums am Boden, die der Zarismus künstlich aufrecht erhalten hatte, und der Zersplitterung der Produktion, die durch die Entwicklung der Warenwirtschaft in eine endgültige Trennung der Bauern in isolierte Warenproduzenten verwandelt worden war, gelang es zwar den Bolschewiki sehr leicht, die radikale bürgerliche Agrarrevolution, die Nationalisierung durchzuführen, die von den Bauern spontan gefordert wurde,

drücken; und sind heute die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse bei uns etwa derart, dass echte Proletarier in die Fabriken und Werke gehen? Das trifft nicht zu. Das ist richtig nach Marx, aber Marx hat nicht über Rußland geschrieben, sondern über den gesamten Kapitalismus als Ganzes, angefangen mit dem 15. Jahrhundert. Für den Zeitraum von sechshundert Jahren ist das richtig, aber für das Rußland von heute trifft es nicht zu. Sehr häufig sind diejenigen, die in die Fabriken gehen, nicht Proletarier, sondern allerlei zufällige Elemente." Lenin, XI. Parteitag der KPR (B), 1922, W 33, S.286
vgl. Valentin Gitermann, a.a.O., S.492
vgl. Deutscher, Die unvollendete Revolution, 1970, S.30

92) Lenin, Rede auf der IV. Tagung des Gesamtrussischen ZEK, 1922, W 33, S.381
vgl. Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften 1922, W 33, S.169
vgl. u.a. Über die Naturalsteuer, W 32, S.369

93) vgl. X.Parteitag, 1921, W 32, S.239 u. 249 (!)

94) Über das Genossenschaftswesen, 1923, W 33, S.453 f.
vgl. den ganzen Aufsatz zum systematischen Unterschied zwischen Genossenschaften im Kapitalismus und im Sozialismus vgl. besonders S.459

95) a.a.O. S.459

aber riesige Schwierigkeiten mußte es bereiten, diese isolierten Bauern von den Vorteilen und der Notwendigkeit der gemeinsamen Produktion zu überzeugen. Der Hebel mußte sein: das staatliche Eigentum an Grund und Boden und der sozialistische Güteraustausch, den die NÖP einleiten sollte. Lenin war frühzeitig vom historischen Vorrang des Aufbaus der Großindustrie abgekommen und war davon ausgegangen, daß der Aufbau des Sozialismus auf beide Beine, Landwirtschaft und Großindustrie, gestellt werden mußte, wobei er die Landwirtschaft als das Standbein betrachtete. In diesem Zusammenhang maß er auch der genossenschaftlichen Kleinindustrie große Bedeutung zu. (96)

Schloß damit Lenin an alte Theorien der Volkstümler an, die von der Erhaltung der Dorfgemeinschaft geschwärmt hatten? Die Auffassung, daß der Einbau der landwirtschaftlichen Kleinproduzenten in den Sozialismus über die freiwillige Kollektivierung verlaufen müsse, ist keineswegs ein volkstümlerischer Gedanke: diese schwärmten vielmehr von der regelmäßigen Umverteilung, einer sozialistischen Verhüllung ihrer kleinbürgerlichen Ideen. Dagegen war der Gedanke der Kollektivierung seit 1851 bei den Marxisten Allgemeingut und die Kritik Lenins an den Volkstümlern bedeutete natürlich keine Revision dieses Gedankens (97). Lenins Kritik bezog sich auf die reaktionäre, zwangsweise und künstliche Aufrechterhaltung der Dorfgemeinde, auf die Hoffnung, diese Dorfgemeinde könne ohne Zerstörung des sie umgebenden kapitalistischen Milieus sich sozialistisch entwickeln und auf die Behauptung der führenden Rolle der Bauernschaft in der russischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus, die aus der Existenz der Dorfgemeinde abgeleitet wurde. Sollten die ländlichen Produktionsgenossenschaften die Reproduktion der alten Dorfgemeinde sein?

Das einzige Relikt der Dorfgemeinde, ihr Eigentum an Grund und Boden, wurde 1917/18 endgültig zugunsten des Staates abgeschafft. Das Gemeineigentum an Boden wurde also in die höhere Form des Staatseigentums überführt. Alles weitere, u.a. die Kollektivierung der Produktion, konnte nicht an die bestehende Wirtschaftsweise des Dorfes anschließen, sondern mußte deren Negation sein. Das gerade erklärt die Schwierigkeiten der Kollektivierung in Rußland und zum Teil auch deren Form in den dreißiger Jahren. Die stalinsche Form der Kollektivierung hat mit der alten obscina allerdings das eine gemein: dass der Kolchos z.Teil ebenso administrativ und durch staatliche Zwangsgewalt eingerichtet wurde, wie die obscina politisch und durch staatliche Zwangsgewalt aufrechterhalten wurde.

Kramer erklärt: Erst 1928 hätten die Bolschewiki den Weg zu der "einzig möglichen Form einer Koexistenz von Proletariat und Bauernschaft" eingeschlagen: den der Verbindung von gesellschaftlichem Eigentum der Industrie mit kollektivem Eigentum der im wesentlichen vorindustriellen Landwirtschaft. Das bedeutete aber die Wiederherstellung der obscina in einer neuen Form, dem Kolchos!" (98) Das ist in mehr als einer Beziehung falsch. Weder haben die Bolschewiki die Notwendigkeit der Verbindung von kollektivem Eigentum in der Landwirtschaft mit gesellschaftlichem Eigentum in der Industrie erst 1928 erkannt (im Gegenteil gingen sie immer von dieser Notwendigkeit aus), noch ist der spezifische Unterschied zwischen obscina und Kolchos ihre Form (die zwangsweise Form der Einrichtung und die zwangsweise Form des Verhältnisses zum Staat, der ihren Mehrwert abschöpfte, hatten sie gerade gemeinsam). Dagegen ist der Inhalt von Kolchos und obscina ganz verschieden und auch der Inhalt ihrer jeweiligen Beziehung zum Staat. Richtig ist also nur, daß die Bolschewiki

96) vgl. Über Konsum- und Produktionsgenossenschaften 1921, W 32, S.385
" Die Produktionsgenossenschaften werden die Entwicklung der Kleinindustrie fördern, und diese wird die Menge der von den Bauern benötigten Erzeugnisse vergrößern, die zum größten Teil weder einen weiten Eisenbahntransport, noch weitläufige Fabrikanlagen erfordern. Man muß die Produktionsgenossenschaften (landwirtschaftlicher - und kleinindustrieller Produktion) mit allen Mitteln unterstützen und entwickeln, muß ihnen jederlei Hilfe angedeihen lassen - das ist die Pflicht der Partei- und Sowjetfunktionäre, denn das wird die Lage der Bauernschaft sofort erleichtern und verbessern. Von der Verbesserung des Lebens und der Wirtschaft der Bauern aber hängt jetzt am meisten der Aufschwung und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft im Arbeiter- und Bauernstaat ab."
Ich glaube nicht, dass die auch unter der Linken verbreitete Auffassung über die angeblich grundverschiedenen Auffassungen Lenins und Mao-tse-tungs über die Rolle der Schwerindustrie und der Landwirtschaft richtig ist. Erst recht aber steht der KPdSU und ihren Schwesterparteien das Lächeln über den Aufbau einer ländlichen Industrie in China schlecht an. Auf Lenin können sie sich nicht berufen.
vgl. Zur Genossenschaftsfrage "Über die Naturalsteuer"1921, W 33, S.360 ff.
" Die Genossenschaftpolitik wird uns, im Falle ihres Gelingens, einen Aufschwung des Kleinbetriebs bringen und seinen Übergang - in unbestimmter Frist - zur Großproduktion auf der Grundlage des freiwilligen Zusammenschlusses erleichtern." a.a.O. S.362
Die Genossenschaften und die Elektrifizierung sollten auch den Übergang der in den russischen Randgebieten z.T. noch patriarchalischen Produktionsweisen zum Sozialismus ermöglichen (vgl. a.a.O. s.361, 363) ohne vermittelnde Übergangsstufen und vermittelnde Kettenglieder (S.364).

97) Marx an Engels, 14.Aug.1851, MEW 27, S.314
vgl. Engels, Die Mark, MEW 19, S.330
vgl. Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland MEW 22, S.499

98) Rotes Forum 3/70, S.23

erst 1928 eine Form der Kollektivierung einschlugen, die in ihrem Zwangscharakter der zwangsweisen Form der alten obscina ähnelte; sieht man von einzelnen Kollektivierungsversuchen des Kriegskommunismus ab, deren z. Teil gewaltsame Form Lenin immer scharf kritisiert hatte (99). Es ist völlig falsch, die Kollektivierung von 1928 ff. so zu erklären, als ob die Bolschewiki plötzlich auf einen neuen Einfall gekommen wären. In Wirklichkeit haben sie unter Führung Stalins und unter bestimmten ökonomischen und politischen Bedingungen eine bestimmte Form des Weges zur Kollektivierung gewählt, die sie vorher als unpraktikabel betrachtet hatten. Die Gründe, die für diese Entscheidung den Ausschlag gegeben haben, sind bekannt: eine riesige Ernährungskrise und das Versagen der alten Methode des Kriegskommunismus, des gewaltsamen Eingriffes in die Zirkulationssphäre.

Daß die Kollektivierung in dieser Form überhaupt durchgeführt werden konnte, lag an einer neuerlichen Differenzierung der Bauernschaft, die im Verlauf der Revolution zunächst nivelliert worden war, und die es erlaubte, an der alten Parole der Bolschewiki, des Klassenkampfes auf dem Lande, anzuschließen. Freilich darf die Rolle des spontanen Klassenkampfes in der Kollektivierungsperiode nicht überschätzt werden. Die Gegensätze in der Bauernschaft waren nicht so groß wie der Gegensatz des größten Teils der Bauernschaft zu einer kollektiven Produktion, deren ökonomischer Sinn ihnen weitgehend nicht einleuchtete. Theoretisch hatte es bei Einführung der NÖP zwei Möglichkeiten gegeben: entweder besiegte die sozialistische Industrie ökonomisch die Kapitalisierungstendenzen in der Landwirtschaft und brachte die Masse der Bauern mit ökonomischen Mitteln zur Kollektivierung der Produktion (die Lösung, die Lenin erhofft hatte (100)), oder es mußte zur politischen Entscheidungsschlacht kommen zwischen proletarischem Staat und einem Teil der Bauernschaft, die das Land, selbst wenn der proletarische Staat siegte, auf Jahrzehnte hinaus belasten mußte. Es ist deshalb blanker Zynismus, wenn Kramer meint: "Die Bolschewistische Partei hat unter Stalin (ab 1928) das Richtige gemacht, aber sie hat das Richtige sehr schlecht gemacht", und unterstellt, sie hätte vorher etwas "Falsches" gemacht. Denn daß die Partei das "Richtige" sehr schlecht machte, lag nicht daran, daß sie vorher etwas "Falsches" machte und das "Richtige" nicht gewollt hätte, sondern daß ihr das "Richtige", das sie seit 1917 praktisch anstrebte, unter den gegebenen Bedingungen nur in überstürzter und administrativer Form gelungen war. Gerade auf diese Bedingungen geht Kramer nicht ein. Stattdessen stellt er unvermittelt eine bestimmte historische Aussage Marxens einer in freier Assoziation konstruierten Theorie und Praxis der Bolschewiki gegenüber und deduziert aus dem so entstandenen Widerspruch, sowohl die "Richtigkeit" der stalinschen Politik, als auch die "schlechte" Art, in der sie durchgeführt wurde. Demgegenüber gilt es zunächst einmal, die Kontinuität der Stalinschen Agrarpolitik in der Geschichte der Bolschewiki zu betonen, um zu zeigen, daß ihre Richtigkeit gerade nicht in einem Bruch mit der Theorie und Praxis Lenins stand und daß sie gerade insoweit negative Züge trug, als sie mit Lenins Theorie und Praxis brach.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin bedeutete eine Rückkehr zu den Formen des Kriegskommunismus. Freilich handelte es sich jetzt vor allem um einen Eingriff in die Produktionssphäre und nicht in die Zirkulationssphäre. Diese Kollektivierung war durch die NEP-Periode auf zweierlei Weise bestimmt: 1. es wäre gar nicht möglich gewesen, sie überhaupt in diesem Tempo durchzuführen, wenn nicht in der NEP-Periode die Zirkulationssphäre weithin in die Hände des Staates und der Genossenschaften gebracht worden und so wenigstens eine Eindämmung des privaten Handels gelungen wäre. Die Kontrolle des Handels sollte ja immer nur ein Schritt auf dem Weg zur Kollektivierung der Produktion sein: Ein notwendiger Schritt, denn ohne die Einschränkung des privaten Handels hätte eine Kollektivierung der Kleinproduktion, selbst wenn sie möglich gewesen wäre, keineswegs einen Schritt zum Sozialismus bedeutet, sondern eine Weiterentwicklung des Privatkapitalismus.

Bis 1926 hatte der Anteil des staatlichen und genossenschaftlichen Handels um 22% gegenüber 1923/24 auf 76% zugenommen, der private Handel aber war auf 24% zurückgegangen (101). In diesen Zahlen zeigt sich, daß eine Interpretation der NEP als bloße Rückzugsperiode falsch ist. Sie war eine Übergangsperiode zum sozialistischen Produktenaustausch auf Grundlage kollektiver Produktion in der Landwirtschaft und vergesellschafteter Großindustrie. Insofern bedeutet die Kollektivierung von 1928 ff. tatsächlich eine Fortsetzung der NEP (102) und einen durch sie ermöglichten Fortschritt. Insofern sie aber den sozialistischen Güteraustausch nicht weiterentwickelte, sondern den ungleichen Tausch zwischen Stadt und Land verstärkte und teilweise zu einem einseitigen Nehmen zurückkehrte, bedeutete sie einen Rückschritt gegenüber der NEP in Richtung auf den Kriegskommunismus. 2. war die Einführung der NEP gerade auch die Antwort auf die tatsächliche Nivellierung der Bauernschaft, die eine Fortsetzung der durch einen scharfen Klassenkampf auf dem Lande vorwärtsgetriebenen Kollektivierungsbewegung unmöglich machte. Sie setzte an die Stelle des offenen Klassenkampfes im Dorf die ökonomische Hebung der gesamten Bauernschaft einerseits und die ökonomische Auseinandersetzung von sozialisierter Industrie und proletarischem Staat mit der Kleinproduktion andererseits. Bei Fortbestehen und Ausdehnung der Warenbeziehungen mußte das zu einer neuerlichen Differenzierung innerhalb der Bauernschaft führen, die nur durch eine zunehmende Vergenossenschaftlichung konterkariert werden konnte. Trotz der Kontrolle eines großen Teils des Handels konnte diese Differenzierung der Bauernschaft nicht aufgehalten werden, die ihrerseits eine friedliche Kollektivierung der Landwirtschaft hemmten, da gerade der ökonomisch stärkste Teil der Bauern an einer Kollektivierung der Produktion noch weniger Interesse hatte als an einer Abschaffung des privaten Marktes.

99) Lenin, W 30, S.182

100) vgl. auch mit bestimmter Akzentverschiebung Bucharin, Unser Weg zum Sozialismus, Wien 1925

101) vgl. Carr, Socialism in one country, 1924 - 1926, 1, London 1970, S.451

102) vgl. Dobb, Soviet Economic Development since 1917, London 1966, (1.Aufl.1948), S.222 f.

Auf der Grundlage dieser neuerlichen Differenzierung der Bauernschaft konnte die Kollektivierung der Landwirtschaft, die vor allem eine politische und keine ökonomische Bewegung gewesen ist, überhaupt nur durchgeführt werden. Die NEP, als Übergangsphase zum sozialistischen Produktenaustausch eingeleitet, bedeutete also eine Umschichtung der Klassenverhältnisse auf dem Lande. Da es den Bolschewiki nicht gelungen war, frühzeitig eine der Organisation des Handels entsprechende Organisation der Produktion herbeizuführen und im Gegenteil gerade die Kulakenwirtschaften den größten Teil der Produkte produzierten, die überhaupt gehandelt wurden, hatten die Kulaken durch ihre Produktionskapazität ein gewaltiges Druckmittel gegenüber dem Staat in der Hand: sie konnten versuchen, ihn auszuhungern. Dieser Versuch wurde auch in dem Moment gemacht, als es einerseits dem Staat gelungen war, die Preisschwankungen des Getreides zwischen Herbst und Frühjahr aufzuheben, und damit etliche Möglichkeiten für Spekulationsgewinne zu beseitigen, und als andererseits aufgrund der ökonomischen Schwäche der Industrie ein Handel mit dem Staat den Kulaken nicht sehr lohnend erschien und sie dennoch nicht auf den privaten Markt ausweichen konnten. Als die Kulaken anfingen, den staatlichen Handel zu sabotieren, und dabei die Schwäche und Verletzbarkeit der NEP-Politik aufzeigten, insofern diese nur eine Organisation der Zirkulationssphäre bedeutete, war der Staat gezwungen, nachdem auch die Getreideeinziehungskampagnen gescheitert waren, zur Organisation der Produktion überzugehen, wenn er sich nicht den Kulaken unterordnen wollte.

Da aber die Sabotage der Kulaken eine ihrer Ursachen in der Unfähigkeit des Staates hatte, ihre ökonomischen Bedürfnisse zu befriedigen, und der Staat natürlich auch nach dem Beschluss der beschleunigten Kollektivierung nicht sofort in der Lage war, die erforderliche Ausrüstung für die Kolchosen bereitzustellen, hing die Kollektivierungsbewegung als vorwiegend politische Maßnahme in der Luft. In vielen Fällen hatte sie keine ökonomische Grundlage und war rein administrativ. Da die beschleunigte Kollektivierung der Produktion ausserdem propagandistisch kaum vorbereitet war und vielfach ein allgemeines Durcheinander hervorrief, retteten sich viele Bauern durch den Anschluss an Kolchosen oder durch deren Neubildung vor diesem Durcheinander: in den Kolchosen waren sie vor staatlichen Zwangsmaßnahmen sicher (103).

Unter den Bolschewiki hat es niemals einen Streit über den systematischen Stellenwert der Kollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion gegeben. Die Auseinandersetzungen in den zwanziger Jahren bezogen sich ausschließlich auf die historischen Schritte ihrer Verwirklichung. Die Form dieser Verwirklichung unter Stalin war dadurch bedingt, dass in einem Moment des Zusammenbruchs des Austausches zwischen Stadt und Land, die Kollektivierung der Produktion vor allem zum Mittel der Kontrolle der Bauern wurde, statt zu einem Mittel der unmittelbaren Verbesserung ihrer ökonomischen Lage. Ökonomisch aber bedeutete die Kollektivierung der Landwirtschaft unter diesen Bedingungen eine Rationalisierung der Abschöpfung des Mehrprodukts der Landwirtschaft durch den Staat, zugunsten einer Industrialisierung, deren Ergebnisse den Bauern lange Zeit nicht zugute kamen. Somit übernahm Stalin praktisch die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, die er zuvor als Theorie der "linken Opposition" scharf bekämpft hatte. Diese Theorie hatte ihren Kern in der Auffassung, daß die Industrialisierung auch eines sozialistischen Staates in seiner Frühphase vor allem auf einer "Ausbeutung" der kleinen Landwirtschaft beruhe. Da die Kleinproduktion in der Landwirtschaft zunächst nur nominell abgeschafft wurde, wurde der Kolchos in erster Linie zum Instrument dieser Ausbeutung, insofern die Kolchosen keineswegs den Gegenwert für ihr abgeliefertes Mehrprodukt erhielten. Die NEP war so nicht ein Übergang zum unmittelbaren Produktenaustausch zwischen Stadt und Land geworden, als die sie Lenin gedacht hatte, sondern ein Übergang einer effektiveren Aneignung des ländlichen Mehrprodukts durch den Staat. Deshalb war es auch kein Wunder, dass sich ein Teil der "linken Opposition", die diesen Weg des Aufbaus des Sozialismus als "Diktatur der Industrie" gepriesen hatte, sich jetzt auf Stalins Seite schlug. Inwieweit es zu dieser Politik eine Alternative gab, ließe sich erst sagen, wenn untersucht würde, ob die Bolschewiki den Weg, den Lenin 1923 vorgeschlagen hatte (Kulturrevolution, Vergenossenschaftlichung, Kampf der Bürokratie), ernsthaft bis 1928 verfolgt haben. Die "linke Opposition" jedenfalls hat diesen Weg in dem Moment verlassen, als sie die Bauernschaft als Objekt der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation theoretisch fixierte. Die spätere rechte Opposition ist ihn ebenfalls nicht gegangen, insofern sie gerade die Kulaken zum unbewussten Instrument des Aufbaus des Sozialismus zu machen hoffte, welche Hoffnung notwendig am Klassenbewusstsein der Kulaken scheitern mußte. Die stalinsche Politik dagegen hatte lange Zeit versucht, die NEP tatsächlich als Übergangsperiode zum sozialistischen Produktenaustausch zu behandeln. Sie scheiterte jedoch in diesem Versuch. Die überstürzte und über den Kopf der Massen hinweg vollzogene Entscheidung einer beschleunigten Kollektivierung (104), war die notwendige Konsequenz dieses Scheiterns. Die Art, wie diese Konsequenz gezogen wurde ist freilich meines Erachtens Ausdruck dafür, daß dieses Scheitern seinerseits nicht nur objektiv bedingt war, sondern seine Ursache vor allem in der Entfernung der Partei von den Massen hatte. Zweifellos spielte auch die weitverbreitete Interpretation der NEP als bloße Rückzugsperiode eine wichtige Rolle, die zu einer Vernachlässigung ihrer Möglichkeiten als Übergangsperiode führte und die Tendenz zur Kapitalisierung der Landwirtschaft nicht aktiv genug bekämpfte. Die Theorie der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" ist genau die Kehr-

103) vgl. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Ffm. 1966 S. 250

104) vgl. Material bei Carr, Revolution from Above, nlr 46, S. 17ff. jetzt deutsch in: Sowjetunion und China. Zwei Wege des sozialistischen Aufbau, München 1970, S. 95 ff.
vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B), Kurzer Lehrgang, 1938, dt., o.O., o.J., S. 374 ff.
vgl. Trotzki, Verratene Revolution, Ffm. 1968, S. 24 ff.

seite dieses einseitigen Verständnisses der NEP, daß zu einer Passivität gegenüber den Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft geführt hatte. Sie legte von vorherein administrative Zwangseingriffe in die Landwirtschaft nahe. Diese Theorie, die vor allem von Preobrashenski systematisiert wurde und die Wirtschaftspolitik zunehmend bestimmte, läuft der Leninschen Theorie des Aufbaus des Sozialismus, soweit er eine solche ansatzweise entwickeln konnte, durchaus entgegen. Lenin hatte den Kriegskommunismus, der tatsächlich auf einem gewaltsam eingetriebenen Tribut auf die bäuerliche Arbeit beruhte, immer als vorübergehende Notmaßnahme begriffen und den bloßen Übergangscharakter der NEP gerade darin gesehen, daß die Beziehungen zwischen Staat und Bauern noch auf Steuern, also staatlichen Zwangsmaßnahmen beruhten, statt auf sozialistischem Gütertausch oder doch wenigstens staatlichem Handel mit bäuerlichen Genossenschaften, was beides gerade keinen Tribut und keine Ausbeutung der Bauern impliziert. Dementsprechend scharf hat er Tendenzen innerhalb der Partei kritisiert, die sich bei Einführung der NEP über eine Bevorzugung der Bauern gegenüber der Arbeiterklasse beklagten : "Nur auf diesem Wege kann man erreichen, daß sowohl die Lage der Arbeiter verbessert, als auch das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft gefestigt, die Diktatur des Proletariats gestärkt wird. Derjenige Proletarier oder Vertreter des Proletariats, der nicht auf diesem Wege eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeiführen wollte, würde in Wirklichkeit zu einem Helfershelfer der Weißgardisten und Kapitalististen werden. Denn nicht diesen Weg gehen, bedeutet : die Zunftinteressen der Arbeiter über die Klasseninteressen stellen, bedeutet : die Interessen der ganzen Arbeiterklasse, ihrer Diktatur, ihres Bündnisses mit der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre führende Rolle im Kampf für die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals den Interessen des unmittelbaren, augenblicklichen, teilweisen Vorteils der Arbeiter zum Opfer bringen. Also: in erster Linie sind sofortige und ernsthafte Maßnahmen zur Hebung der Produktivkräfte der Bauernschaft nötig"(105). Zwar wollte die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die Tributierung der Bauern weniger den unmittelbaren Interessen der Arbeiter zuliebe durchführen, aber sie ging doch von einem ganz anderen Modell des Aufbaus des Sozialismus aus als Lenin; sie interpretierte die Führungsrolle des Proletariats anders und legte insgesamt ein anderes Verhältnis von Bauern und Arbeitern zugrunde. Lenin verstand nämlich offensichtlich unter der Führungsrolle des Proletariats, daß es selbstständig tatsächlich die Industrialisierung so vorantreibe, daß die Bauernschaft tatsächlich "austauschen" konnte mit dem Proletariat, statt vor allem zu geben. (106) In dieser Politik mußte das Proletariat sogar u.U. seine unmittelbaren Interessen zugunsten der Bauernschaft zurückstellen (ebenso wie der Aufbau der Großindustrie u.U. zugunsten der Unterstützung der ländlichen Genossenschaften zurückgestellt werden mußte, sofern beide von der Unterstützung des proletarischen Staates abhingen). Lenins Formel, daß der Kommunismus = Sowjetstaat + Elektrifizierung sei (107), enthält also mehr als gemeinhin herausgelesen wird : außer der Führung des Proletariats und seiner Organe, enthält er die Parole des Aufbaus der Industrie durch das Proletariat zugunsten der Bauern und ihrer Kollektivierung. Das setzt eine gewaltige revolutionäre Initiative des Proletariats voraus und seiner Partei, und zu dieser Initiative war das russische Proletariat nach Krieg und Bürgerkrieg nur begrenzt fähig. Die stalinsche Zwangskollektivierung ist ebenso das Ergebnis dieser Schwäche des russischen Proletariats und seiner Unfähigkeit, rechtzeitig zum sozialistischen Güteraustausch mit dem Land überzugehen, wie seine Politik insgesamt die bewußte Aktivität des Proletariats eher ersetzte als führte. Obwohl seine Politik die Gefahren des Kapitalismus, der aus der Kleinproduktion hervorgeht, beseitigt hat, beinhaltete sie in zweierlei Weise einen Schritt zurück zum Kapitalismus : Der Staat wurde unter Stalin objektiv zum Agenten der Akkumulation : einerseits gegenüber dem Proletariat, dessen lebendige Arbeit in dem Maße wieder der Herrschaft des toten Kapitals unterworfen wurde (108), wie es die Verfügung über den Produktionsprozeß verlor ; andererseits gegenüber der Bauernschaft, auf deren Rücken mit Hilfe der Zwangskollektivierung die beschleunigte "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" vollzogen wurde. Auch diese Entwicklung, die notwendig auf den "kapitalistischen Weg" zurückführte, ergab sich aus den spezifischen Widersprüchen der russischen Revolution, dem Widerspruch zwischen bürgerlicher Agrarrevolution und sozialistischer Revolution, wobei erstere keineswegs direkt über letztere siegte, sondern erst in einem widersprüchlichen Prozess, der die kapitalistische Kleinproduktion abschaffte, um den Akkumulationsprozeß des Kapitals als vom proletarischen Staat betriebenen wiederauferstehen zu lassen, dem sowohl das Proletariat, als auch die Bauernschaft unterworfen wurden. Diese Entwicklung wird in dem Maße interpretierbar, wie sich der Versuch des Aufbaus des Sozialismus nach Stalins Tod zunehme nd als Selbstverwertungsprozeß des Kapitals enthüllt und die politische Zwangsgewalt, die Stalin subjektiv im Dienste des Proletariats ausübte, durch die Eigengesetzlichkeiten der Ökonomie ersetzt wird. Die Theorie der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", so links sie auch in den Auseinandersetzungen der 20iger Jahre erschien, wäre dann das erste Anzeichen dieser Entwicklung, insofern

105) Über die Naturalsteuer, a.a.O., S.354

106) a.a.O., S.355
"Die richtige Politik des Proletariats, das seine Diktatur in einem kleinbäuerlichen Land ausübt, ist der Austausch von Getreide gegen die Industrieerzeugnisse, die der Bauer braucht."

107) Coletti, The question of Stalin, nlr 61, S. 73 sagt zu Recht, dass sie die Quintessenz der Botschaft des Marxismus an die moderne Welt wäre.

108) Coletti, a.a.O., S. 79 sieht in dem Widerspruch von sozialistischer Demokratie und Zwang zur Akkumulation das Hauptproblem des Aufbaus des Sozialismus in den zurückgebliebenen Ländern.

sie reflektiert 1. die Unfähigkeit des russischen Proletariats, den sozialistischen Güteraustausch zwischen proletarischer Großindustrie und bäuerlicher Kleinindustrie so zustande zu bringen, daß durch die Vergenossenschaftlichung der Bauern diese endgültig ökonomisch an das Proletariat hätten gebunden werden können, und 2. die Unmöglichkeit eines selbständigen und bewussten Beitrags der russischen Bauern zum Aufbau des Sozialismus (109).

" Die Hauptfrage der Revolution ist jetzt der Kampf gegen diese zwei letzten Klassen (die Klasse der Kleinproduzenten und der kleinen Landwirte. A.d.Verf.). Um sie aus der Welt zu schaffen, muß man andere Methoden anwenden als im Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten", hatte Lenin auf dem III. Kongress der Komintern gesagt (110): "Die Bedeutung der Periode, die jetzt in Rußland anbricht, besteht vom internationalen Standpunkt aus -wenn man die internationale Revolution als einheitlichen Prozeß betrachtet- im wesentlichen darin, daß wir praktisch die Frage des Verhältnisses des Proletariats zu letzterer Klasse in Rußland (ökonomisch sind die beiden obengenannten Klassen bei bestehenden Warenverhältnissen eben nur eine Klasse, Anm. d. Verf.) zu lösen haben. Theoretisch haben alle Marxisten diese Frage gut und leicht gelöst; aber Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Dinge, und diese Frage praktisch oder theoretisch zu lösen ist durchaus nicht ein und dasselbe. Wir wissen bestimmt, dass wir große Fehler gemacht haben. Vom internationalen Standpunkt aus ist es ein enormer Fortschritt, dass wir bestrebt sind, das Verhältnis des Proletariats, das die Staatsmacht in seinen Händen hält, zur letzten kapitalistischen Klasse, zum tiefsten Grundpfeiler des Kapitalismus, zum Kleineigentum, zum Kleinproduzenten, zu bestimmen. Vor diese Frage sind wir jetzt praktisch gestellt. Ich glaube, wir werden diese Aufgabe lösen können. Jedenfalls wird die Erfahrung, die wir machen, für die kommenden proletarischen Revolutionen von Nutzen sein, und sie werden sich technisch besser auf die Lösung dieser Frage einstellen können." Lenin wollte, wie gesagt, diese Hauptfrage der russischen Revolution durch die Vergenossenschaftlichung lösen, wobei er hoffte, durch das Übergewicht der sozialistischen Großindustrie würden genügend Möglichkeiten geschaffen, diese Vergenossenschaftlichung über den sozialistischen Güteraustausch und durch das Beispiel herbeizuführen. Dieser Weg scheiterte an der Schwäche des russischen Proletariats, das die Hauptlast der Revolution getragen hatte und das nicht genügend produzieren konnte, um gleichzeitig die Industrialisierung voranzutreiben, was ein rasches Wachstum der Schwerindustrie voraussetzte, und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern, was ein rasches Wachstum der Leichtindustrie voraussetzte. So mußte schließlich die Industrialisierung auf Kosten der Bauernschaft durchgeführt werden und die Kollektivierung der Landwirtschaft erschien zunächst weniger als ein Mittel der Rationalisierung der Produktion, denn als ein Mittel der Rationalisierung der Ausbeutung. Da die Schwäche des Proletariats im Wiederaufbau und in der Steigerung der Produktion sich auch in einem Zerfall der Sowjetdemokratie äusserte, kann die Zeit nach Lenins Tod (111) nur in dem Sinne als eine Phase des Aufbaus des Sozialismus bezeichnet werden, als sie eine gewaltige Steigerung der Produktivkräfte bedeutete und damit neue ökonomische Voraussetzungen schuf für eine Verwirklichung des Kommunismus im Sinne der Leninschen Formel. Die Ambivalenz der russischen Entwicklung als Akkumulation des Kapitals im Namen des Proletariats kann nicht ewig anhalten und wird entweder zur Etablierung einer neuen Bourgeoisie oder zur Rückeroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und damit zur Verfügung über die Produktionsmittel führen.

Schluß

Als Marx und Engels sich mit den Perspektiven der russischen Revolution zu beschäftigen begannen, war das Industrieproletariat erst in winzigen Anfängen entwickelt. Wenn sie glaubten, diese Revolution, die nur eine Revolution der bäuerlichen Massen gegen die Selbstherrschaft sein konnte, enthalte die Möglichkeit eines Aufbaus des Sozialismus in Rußland ohne eine vorausgehende volle Entwicklung des Kapitalismus, dann gingen sie von der geringen Entwicklung des Kapitalismus generell und speziell in der Landwirtschaft aus. Das bedeutete: eine schwache Bourgeoisie und eine relativ einheitliche Bau-

---

109) Zur ganzen Problematik vgl. Bettelheim, Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970, und Bettelheim/Sweezy u.a., Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969

Zur Funktion der Theorie der ursprünglichen sozialistischen Theorie, vgl. speziell Bettelheim, Interview mit Il Manifesto in : Sowjetunion und China, a.a.O., S.50 ff.

Von Bettelheims angekündigter konkreter Analyse der Sowjetunion ist ein großer Fortschritt in der ganzen Problematik zu erwarten.

Wenn hier von dem "kapitalistischen Weg" die Rede ist, so unterscheidet sich diese These in ihrem Ausgangspunkt doch wesentlich von der linkskommunistischen Theorie einer objektiv bürgerlichen Revolution, die diese (Korsch, Pannekoek und Mattick) unvermittelt aus der Zurückgebliebenheit Rußlands ableiten. Der Bettelheimsche Ansatz könnte auch die sterile "Stalinismusdiskussion" etwas in Bewegung bringen, und vor allem die Alternative Trotzki - Stalin auflösen und zu zeigen versuchen, dass beide von der "Pseudo-Theorie" der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ausgingen.

Einen kontroversen Standpunkt vertritt Mandel in seiner Einleitung zu Préobrajenski, La nouvelle économique, a.a.O. S. 15 ff.

110) Lenin, W 32, S.507

111) Lenin, der aus den Schwächen der Sowjetunion nie ein Hehl machte, stellte 1921 in einer Diskussion mit Bucharin und Trotzki fest: "Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, dass im Lande nicht die Arbeiter, sondern die Bauernbevölkerung überwiegt, und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen."

Lenin, Die Krise der Partei 1921, W 32, S.32

ernschaft. Dazu kam eine Intelligenz mit subjektiv antikapitalistischer Ideologie, die die Kader der bäuerlichen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus stellen könnten. Wenn die russische Revolution nicht auf die westlichen kapitalistischen Länder übergriff, in denen nur eine proletarische Revolution möglich war, konnte diese Revolution nicht die Entwicklung des Kapitalismus unterbrechen, da sie notwendig zum Spielball der kapitalistischen Mächte geworden wäre und die russische Dorfgemeinde in sich selbst offensichtlich nicht die Mittel enthielt, die Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen. Wenn Marx und Engels deshalb von der Möglichkeit eines unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus in Rußland sprachen, setzten sie immer explizit oder implizit voraus, dass die russische Revolution auf Grund der Erschütterungen, die sie für das ganze europäische Staatenregime nach sich ziehen mußten, im Westen ebenfalls revolutionäre Entwicklungen einleiten würde, die sofort sozialistischen Charakter annehmen müßten. Die Möglichkeit des unmittelbaren Aufbaus des Sozialismus in Rußland leiteten sie also ab aus der Verflechtung des europäischen Staatensystems, die eine isolierte Revolution in Rußland unwahrscheinlich und die russische Revolution in der Perspektive der gemeineuropäischen revolutionären Entwicklung als unmittelbar zum Sozialismus führend erscheinen ließ (112).

Diese Perspektive haben Lenin und die Bolschewiki beibehalten. Freilich hatten sich aber die inneren Bedingungen Rußlands gewaltig verändert, seit der ersten Formulierung der Möglichkeit eines unmittelbaren Überganges zum Sozialismus durch Engels (1875). Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland hatte sowohl ein relativ starkes Proletariat hervorgebracht als auch die Dorfgemeinde zerstört. Damit konnte jetzt die russische Revolution in den Industriezentren einerseits direkt proletarisch-sozialistischen Charakter annehmen, sich aber andererseits nicht mehr auf die Dorfgemeinde als ein Grundelement für den Aufbau des Sozialismus stützen. Die bäuerlichen Kleinproduzenten hatten sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Warenwirtschaft in kleine Warenproduzenten verwandelt und sich in Dorfbourgeoisie und Dorfarmut geschieden. Dieser Klassensituation wurden die Bolschewiki mit der Perspektive der "ununterbrochenen Revolution" (113), einer "allgemeinen Volksrevolution" (114) gerecht, deren innere Klassenwidersprüche auf die Spitze getrieben werden sollten bis zur Diktatur des Proletariats. 1917 aktualisierte Lenin diese Perspektive auf Grundlage seiner Analyse des Imperialismus einerseits und der Verschärfung der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat andererseits (115). Dass die russische Revolution auch ohne Revolution im Westen sofort sozialistische Maßnahmen ins Auge fassen und ergreifen konnte, lag gerade daran, dass das russische Proletariat selbst die Rolle übernehmen konnte, die Marx und Engels der proletarischen Revolution in Westeuropa zugeschrieben hatten. Dass es diese Maßnahmen so schlecht durchführen konnte, lag an seiner relativen Schwäche, die durch Krieg und Bürgerkrieg verstärkt wurde, dem Ausbleiben der Revolution im Westen und der Unmöglichkeit der unmittelbaren Überwindung der Warenwirtschaft auf dem Lande, die während der Zeit des Kriegskommunismus nur vorübergehend und mit Nachteilen für die ganze Wirtschaft unterdrückt werden konnte. Die politische und ökonomische Schwäche des Proletariats führte schließlich dazu, daß sich der Aufbau des Sozialismus auf einen Akkumulationsprozess des Kapitals in den Händen des nur noch dem Anspruch nach proletarischen Staates reduzierte. Lenin hatte diese Entwicklung durch eine Epoche der Kulturrevolution begegnen wollen, deren Hauptaspekte der Kampf gegen die Bürokratisierungstendenzen und die Vergenossenschaftlichung der Bauern sein sollten. Tatsächlich jedoch wurde die Kollektivierung der Bauern bürokratisch vollzogen und die Kulturrevolution, die stattfand, war nicht mit dem Kampf gegen die Bürokratie verbunden.

Joscha Schmierer

politische buchhandlung
ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften
schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

112) vgl. J. Schmierer, Neues Rotes Forum 2/70

113) Lenin, Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung, Sept. 1905, W 9, S. 232

114) Sozialismus und Bauernschaft, Sept. 1905, S. 303

115) vgl. "Aprilthesen", W 24, S. 3 - 8

Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg

ANALYSE UND SELBSTKRITIK DER DEMOKRATISCHEN VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS

Redaktionelle Vorbemerkung

Die im folgenden wiedergegebenen, im Okt. 70 abgefaßten Dokumente enthalten die selbstkritische Aufarbeitung des Krieges zwischen dem jordanischen Regime und der palästinensischen Widerstandsbewegung im Sept. 70 durch die Demokratische Volksfront FPDLP.

In diesem Bürgerkrieg sind wichtige Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Länder des Nahen Ostens gefallen, die in der Analyse der FPDLP kurz nach dem Ende der Kämpfe bereits erfaßt wurden und die sich seitdem immer deutlicher abzeichnen. Die Widerstandsbewegung ist heute politisch und militärisch so geschwächt, daß sie der "friedlichen Lösung" des arabisch-israelischen Konflikts, der Anerkennung Israels und der langfristigen Verankerung des imperialistischen Einfluß in der arabischen Welt keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen kann. Zugleich droht sich die Widerstandsbewegung zu spalten, nachdem der Versuch, Palästina vom Zionismus zu befreien von der arabischen Reaktion und dem US-Imperialismus unter Duldung der arabischen nationalistischen Regimes und der SU zerschlagen worden ist.

Auf der einen Seite scheint sich Al-Fath, deren palästinensischer Separatismus die FPDLP für eine der Hauptursachen der Schwäche der Widerstandsbewegung in Jordanien hält, mit der "friedlichen Lösung" abfinden zu müssen, obwohl sie nach wie vor die Befreiung Palästinas proklamiert. Stattdessen winkt den kleinbürgerlichen Eliten in der Spitze der Widerstandsbewegung die Teilnahme an der Herrschaft über die arabischen Massen und die Regierung eines palästinensischen Staates im heutigen Jordanien. Nach kurzem Zögern ist Al-Fath wieder zur "Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen arabischen Staaten" zurückgekehrt und gibt heute den Kritikern dieser Politik, denjenigen die die Notwendigkeit des Kampfes auch gegen die arabischen Agenten des Imperialismus erkannt haben, die Schuld daran, daß die Widerstandsbewegung sich nicht erfolgreich gegen diese Agenten wehren konnte. Zwar besteht der Widerspruch zwischen den palästinensischen Nationalisten in der Widerstandsbewegung und dem jordanischen Regime weiter; es geht heute um die Frage, wer den Frieden mit Israel schließen darf, ein nationalistisches Regime auf dem Boden Jordaniens, das mit denen Syriens und Ägyptens verbunden ist, oder das jordanische, das vor allem vom britischen Imperialismus als sicherer Garant der Erdölinteressen geschätzt wird. Um sich aber als Partner der bürgerlichen arabischen Regierungen und als zuverlässiges Element des "Friedens" zu empfehlen, muß Al-Fath versuchen, die sozialrevolutionären Elemente der Widerstandsbewegung auszuschalten. Die unverhüllten Liquidationsdrohungen gegen die im Bürgerkrieg außerordentlich geschwächte FPLP (G.Habbasch) und die Propagierung eines neuen Begriffs von Einheitsfront, in der den einzelnen Organisationen praktisch ihre Selbständigkeit genommen wird, deuten auf bevorstehende schwere Auseinandersetzungen in der Widerstandsbewegung hin.

Für die Demokratische Volksfront kommt es heute darauf an, die Verratsabsichten von Teilen der Führung der Widerstandsbewegung von Anfang an zu bekämpfen und vor den palästinensisch-jordanischen und arabischen Massen zu entlarven. Sie kann dabei auf die enge Aktionseinheit, die zwischen den bewaffneten Massenorganisationen der einzelnen Widerstandsorganisationen besteht, und die sich zuletzt im Widerstand der Volksmilizen gegen ihre Entwaffnung ausgedrückt hat, nutzen, um die antiimperialistisch-nationale Befreiungsbewegung zu einer Bewegung der sozialen Emanzipation gerade auch gegen die bürgerlichen Regimes weiterzuentwickeln. Die nasseristischen, baathistischen und auch die palästinensisch-nationalistischen Eliten konnten solange die Führung in der antiimperialistischen Bewegung besetzt halten, wie sie ihre eigene Herrschaft gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion erkämpfen mußten. Der sich abzeichnende Friedensschluß mit Israel zeigt an, daß sie ihre Macht als neue herrschende Klasse so weit gefestigt haben, daß sie auf die Parolen des antiimperialistischen Kampfes zur Legitimation ihrer Herrschaft verzichten können und daß sie bereit sind, mit den imperialistischen Mächten freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, in denen die alten Formen mehr oder weniger direkterHerrschaft des Imperialismus, deren Ausdruck das haschemitische Regime noch ist, durch neokoloniale, indirekte Formen ersetzt sind.

In der Periode der Doppelherrschaft zwischen dem jordanischen Regime und der palästinensischen Widerstandsbewegung hat sich in der Demokratischen Volksfront der bewaffnete Kern einer revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei gebildet, die nach dem Ende der Doppelherrschaft und bei sich verschärfenden Widersprüchen zu ihren seitherigen Bündnispartnern in der PLO unter erschwerten Bedingungen den Kampf um die revolutionäre Organisation der Massen aufnehmen muß.

Das Ziel dieses Kampfes ist langfristig der Sturz auch der neuen Bourgeoisien, die sich als neue Partner des Imperialismus erweisen und die Errichtung von wirklich unabhängigen Volksrepubliken in den arabischen Ländern unter der Führung der in den heutigen Kämpfen entstehenden kommunistischen Parteien.

Die westeuropäischen Sozialisten müssen sich bewußt sein, daß diese neue Phase des revolutionären Kampfes im Nahen Osten unendlich viel schwerer sein wird, als es die Periode der Schwäche der arabischen Regimes nach dem

Juni-Krieg vermuten ließ. Das September-Massaker hat ahnen lassen, zu welchen Maßnahmen die arabische Reaktion noch fähig ist, um sich an der Macht zu halten, die Kommunistenverfolgungen im Irak, in der VAR, in Algerien zeigen, daß auch die sogenannten progressiven nationalistischen Regimes mit allen Mitteln ihre Herrschaft sichern. Die Methoden des Kampfes der revolutionären Linken in Jordanien und den anderen arabischen Staaten werden sich also ändern müssen, neben dem Versuch, das Bündnis mit dem radikalen Flügel der Kleinbourgeoisie zu erhalten und die Massen in offenen Aktionen zu gewinnen,wird die Arbeit mehr und mehr in die Illegalität treten. Trotz des Formwechsels der revolutionären Arbeit aber wird die propagandistische und materielle Unterstützung durch die internationale revolutionäre Bewegung gerade dann wichtig sein, wenn die Aktionen der arabischen Revolutionäre weniger spektakulär erscheinen.

Wir haben die Demokratische Volksfront seit ihrem Entstehen im Frühjahr 1969 als diejenige der palästinensischen Organisationen unterstützt, deren internationalistische Linie die beste Gewähr dafür bietet, daß sich aus dem palästinensischen Nationalismus nicht ungestört die Herrschaft einer neuen nationalen Bourgeoisie entwickelt. Nach der Veröffentlichung wichtiger Dokumente der FPDLP im Mai 1969 (Demokratische Volksbefreiungsfront für Palästina - FPDLP : Die Spontaneität der Massen und die Theorie des Volkskrieges) wurde mit der Zeitschrift Al Djabha ein Propagandaorgan geschaffen, das auf der Basis der Politik der FPDLP die Unterstützung für die palästinensische Widerstandsbewegung mit der für die arabische revolutionäre Bewegung insgesamt verband.

Der Verlauf des Bürgerkriegs im Sept. 1970, das Verhalten der arabischen Regimes und die Entwicklung der Widerstandsbewegung seitdem haben die Richtigkeit der Analyse der FPDLP, wie sie sich auch in den hier wiedergegebenen Dokumenten ausdrückt, gezeigt. Die Zukunft der revolutionären Bewegung im Nahen Osten hängt nicht zuletzt davon ab, wie diese Organisation es schafft, die Anschläge, denen sie in der nächsten Zeit ausgesetzt sein wird, zu überleben und den eingeschlagenen Weg zur Bildung einer marxistisch-leninistischen Partei fortzusetzen.

Red.

I. DER VERLAUF DES BÜRGERKRIEGS

Die demokratische Volksfront über den Bürgerkrieg

Die militärische und politische Offensive, die die jordanisch-palästinensische Reaktion und der US-Imperialismus im September 1970gegen die Widerstandsbewegung organisierten, war nicht die erste und wird auch nicht die letzte Offensive sein. Sie war nicht nur gegen den linken Flügel der Widerstandsbewegung gerichtet, wie die Reaktion behauptet, oder durch die politischen Handlungen der Linken zustande gekommen, wie manche Kreise der Rechten in der Widerstandsbewegung propagieren.

Die Septemberoffensive ist ein Glied in der Kette der reaktionären Aggressionen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung. Sie ist ein objektives Ergebnis des fortwährenden Widerspruchs zwischen dem teils semi-feudalen, teils bürgerlichen (Kompradorenbourgeoisie) jordanischen System einerseits und der palästinensisch-jordanischen Befreiungsbewegung andererseits. Alle Versuche, diesen Widerspruch zu verschleiern, mußten scheitern, weil die jordanisch-palästinensische Reaktion wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses vom Imperialismus die nationalen Bestrebungen zur Lösung des nationalen Widerspruchs mit dem israelischen und imperialistischen Feind bekämpfen mußte, und die Schwächung der nationalen Befreiungsbewegung das oberste Ziel ihrer Politik war. Wir sagen nichts Neues, wenn wir noch einmal daran erinnern, daß das reaktionäre Regime in Amman historisch eine Sicherheitsgarantie für die zionistische Bewegung vor 1948 und für den zionistischen Staat und die Konterrevolution im arabischen Raum nach 1948 darstellt. Wir sagen auch nichts Neues, wenn wir die Rolle der Reaktion bei den ständigen Versuchen zur Schwächung und Unterdrückung der Guerrilla vor 1967 (Al-Fat'h) ins Gedächtnis rufen, als die Guerrilla noch kaum organisatorisches oder militärisches Gewicht besaß.

Nach dem Juni-Krieg 1967 unternahm diese Reaktion die erste Offensive - Umzingelung und Vernichtung der Guerrilla im Al Agh am 2.2.68 -, noch bevor die Bevölkerung in den Städten bewaffnet wurde, und die zweite Offensive am 4.11.68 in Amman und anderen Städten, bevor es überhaupt einen organisatorisch unabhängigen linken Flügel in der Widerstandsbewegung gab. Alle diese Aggressionen der Reaktion sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens die reaktionäre, klassenmäßig und historisch überholte Struktur des Systems in Amman, und zweitens die Abhängigkeit dieses Systems vom Imperialismus und die damit verbundene Bereitschaft, an der Verwirklichung der imperialistischen Pläne durch die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung mitzuwirken.
Elemente der nationalistischen Rechten in den Reihen des Widerstands und diejenigen, die die Geschichte des Imperialismus in diesem Gebiet und in der ganzen Welt zu ignorieren versuchen, hören trotzdem auf die Lügen der Reaktion, daß die letzte Offensive dem linken Flügel der Widerstandsbewegung gegolten habe, oder dem linken Flügel provoziert wurde. Es ist daher dringend notwendig, solche Elemente aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu entfernen.

Zur Vorgeschichte des Bürgerkriegs

Seit Anfang 1970 wurde deutlich, daß der Imperialismus

und die reaktionären arabischen Kräfte es sich für die Jahre 1970/71 vorgenommen hatten, die Palästinafrage zu lösen. Darauf deuteten einige dem Bürgerkrieg vorausgegangene Geschehnisse hin, wie z.B. der direkte amerikanische Druck auf Kairo, der Sisco-Besuch in Israel und den arabischen Ländern, die israelischen Militäraktionen, die den Krieg in das Innere des arabischen Gebiets, vor allem in die VAR, trugen, das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz von Casablanca, die Januar-Angriffe gegen die Widerstandsbewegung im Libanon, die Angriffe vom 10.2. und 7.6.1970 in Amman etc. Auch die offizielle sowjetische Politik versucht 1970/71 die Nah-Ostkrise, wenn auch aus anderen Erwägungen als denen des Imperialismus und der arabischen Reaktion, zu lösen, und zwar nach der sowjetischen und arabischen Auslegung der Sicherheitsresolution vom 27.11.1967. Diese und andere Umstände führten zum Rogers-Plan (Ende Mai 1970), den Kairo und Amman im Juli 1970 annahmen. Damit rückte die Ausführung der Resolution näher. Eines der ersten Ergebnisse des Rogers-Plans war die Verwandlung des Kampfes gegen den zionistischen Feind in einen innerarabischen Konflikt, wodurch die Kräfte der Widerstandsbewegung verzettelt wurden. Die Kommuniques der FPDLP (Juli und August 1970) haben deutlich gemacht, daß der Rogers-Plan einen Schritt in Richtung auf die Jordanisierung des Krieges im Nahen Osten bedeutet.

Die jordanische Reaktion mobilisierte ihre Kräfte für die endgültige militärische Vernichtung der Widerstandsbewegung, indem sie den "königlichen weißen Putsch" in den Reihen der Armee, der Polizei und der Sicherheitspolizei anzettelte, um sich mit eiserner Faust in allen staatlichen Unterdrückungsinstitutionen zu festigen und sie politisch und psychisch für ihre Offensive zu mobilisieren. Sie setzte Regierungen mit national- bürgerlichen Figuren ein, die als trojanisches Pferd fungierten, um den Widerstand und die Bevölkerung zu täuschen. (Mitteilungen der FPDLP an die Zeitungen : Saut AlGamahier, Al Talifa, Al Shararah, Fat'h).

Um die Vorbereitungen der Offensive abzuschließen, besuchte Hussein vom 20.- 23.8.70 Kairo. Bei den Verhandlungen mit Nasser forderte Hussein die ägyptische Unterstützung seiner Pläne zur Schwächung und Unterdrückung der Widerstandsbewegung. Mit der Rückendeckung der "nationalen" Rifai-Regierung und der Politik der fünfköpfigen arabischen Schlichtungsdelegation setzte die jordanische Reaktion ihre Aggressionsvorbereitungen fort. In der Zeit vom 7.6. bis zum 16.9.1970 bestand zwischen Amman einerseits und den imperialistischen Staaten (Washington, London, und der Bundesrepublik) andererseits eine Luftbrücke, über die die jordanische Armee mit den für die Aggression nötigen Waffen und Munitionen versorgt wurde. Die Widerstandsorganisationen und das Zentralkomitee der PLO wußten von dieser Luftbrücke.

Der königliche Hof nützte die Annahme des Rogers-Plans durch die VAR sowie die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Widerstandsorganisationen für die Säuberung der Armee und Polizei aus. Er machte sich auch die allgemeinen Sympathien der Bevölkerung für den Nasserismus und die Lage der "nationalen" Bourgeoisie, die zu Kairo ein gutes Verhältnis hatte, zunütze. Er schien keine Bedenken hinsichtlich des Iraks zu haben, obwohl der Irak lautstark seine Unterstützung für die Widerstandsbewegung versprach.

Die FPDLP klärte die Bevölkerung und die Widerstandsbewegung über die gefährliche Lage auf (Die FPDLP -Dokumente zur 7.palästinensischen Nationalversammlung in Kairo vom 27.-31.5.70 sowie zur außerordentlichen Nationalversammlung in Amman vom 28.8.70) und wies nach, daß die Unterdrückung der Widerstandsbewegung in Jordanien und im Libanon bevorsteht. Kaum war die 7.Nationalversammlung beendet, da begann die vierte militärische Offensive in Amman und Zarka.
Auf der 7.palästinensischen Nationalversammlung setzte sich die FPDLP für die Durchsetzung elementarer Maßnahmen ein, die die Existenz der Revolution und ihre richtige nationale Linie in der jordanisch-palästinensischen Front ermöglichen sollten.

Eine Diskussion darüber war der FPDLP auf der 6.Nationalversammlung (Sept.69) durch einige rechte Elemente von Al Fat'h und die Rechten der Nationalversammlung verweigert worden. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:
1. Die Betonung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes als Anwort auf die Politik der Palästinisierung der Palästinafrage durch die Al Fat'h, d.h. die Hervorhebung des Zusammenhangs zwischen dem alltäglichen Kampf gegen den nationalen Feind auf der einen, dem Schutz der Revolution in Amman und der Notwendigkeit des Aufbaus einer soliden nationalen Basis in Jordanien auf der anderen Seite, so daß die Widerstandsbewegung die Angriffe der Konterrevolution und die Pläne des Imperialismus vereiteln kann .
2. Vereinheitlichung und Organisierung des politischen und ökonomischen Kampfs des palästinensischen und des jordanischen Volkes, als Antwort auf die Politik der Fat'h, die auf gewerkschaftlicher und berufsständischer Ebene eine separatistische Politik betrieben hatte. Die separatistische Fat'h-Politik trug objektiv zur Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung bei und hinderte ihre Teilnahme am nationalen Kampf.
3. Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen in eine nationale Einheitsfront auf der Basis der Gleichberechtigung, und die Wahl eines Zentralkomitees, dessen Politik sich an einem Minimalprogramm orientiert. Die Nationalversammlung beschloß zwar diese Maßnahme; sie kam jedoch zuspät, abgesehen davon, daß dieser Beschluß nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Gegenüber den Staaten, die den Rogers-Plan annahmen, konnten weder die Widerstandsorganisationen noch das Zentralkomitee eine einheitliche, auf der Grundlage eines politischen Programms basierende Position vertreten.

Gegenüber Amman vermochten die Widerstandsorganisationen keine einheitliche Position zu vertreten. Es war die Aufgabe der Widerstandsbewegung, den Rogers-Plan zu vereiteln, mit dem die UN-Resolution in eine entscheidende Phase eintrat. Zur Vereitelung dieses Plans wäre die Schaffung einer nationalen Regierung notwendig gewesen, die gegen die imperialistisch-zionistischen und reaktionären arabischen Liquidierungspläne hätte kämpfen können. Die FPDLP machte die Massen, das Zentralkomitee der PLO

und die Widerstandsorganisationen auf die Gefahren der neuen Phase aufmerksam. (Kommunique der FPDLP und Al-Shararah) Unter Mitwirkung der FPDLP rief das Zentralkomitee die palästinensische Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung ein, auf der die FPDLP den Delegierten Vorschläge und Resolutionen vorlegte.

Die Nationalversammlung vom 27.8.1970 nahm zwar die Resolutionsvorschläge der FPDLP mit Änderungen an, lehnte jedoch die Konsequenzen ab (Kampf für eine nationale Regierungsform). Die Nationalversammlung beschloß: Die jordanisch-palästinensische Front wurde als eine Einheit und Ostjordanien zur Basis der Revolution erklärt. Keine Autorität, keine Regierung dürfe mit dem nationalen Feind über eine Regelung der Palästinafrage verhandeln. Darüberhinaus sollte auf die Umwandlung des ostjordanischen Gebiets in eine Festung der palästinensischen Revolution hingearbeitet werden, in der sich die bewaffneten Volkskräfte gemeinsam mit den revolutionären Soldaten zur Weiterführung des nationalen Kampfes organisieren werden.

Diesem politischen Kampf fehlte aber eine konkrete Bestimmung derjenigen Macht, die in Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung die revolutionären Volkskräfte und Soldaten zu einer Einheit zusammenschließen konnte. Die Nationalversammlung verweigerte eine Diskussion über die Bildung einer nationalen Regierung.

Um die Massen, die Widerstandsbewegung und die Soldaten auf diese zentrale Frage aufmerksam zu machen und zu mobilisieren, ergriff die FPDLP die Initiative und formulierte die nächsten politischen Aufgaben in der Parole: "Alle Macht dem Widerstand, den revolutionären Soldaten und dem bewaffneten volk". (Al Shararah, die Massenaktivitäten, Aufrufe an die Soldaten und Offiziere, revolutionäre Soldatenkomitees zu bilden etc.)

Die Widerstandsbewegung blieb diesen Fragen gegenüber bis nach dem Angriff der jordanischen Truppen auf Amman vom 31.8. - 1.9.70 unentschlossen. Bei diesem Angriff, der hinter dem Rücken des Oberbefehlshabers der jordanischen Armee Mashhour Haditheh unternommen wurde, wurde es der Widerstandsbewegung insgesamt deutlich, daß der Säuberungsprozeß in der Armee schon soweit vollzogen war, daß die jordanische Reaktion zum Angriff übergehen konnte. Erst danach veröffentlichte das Zentralkomitee der PLO die berühmte Erklärung zum Kampf für eine nationale Regierung, wobei diese Erklärung auf die Stellung des Königs nicht einging.

Trotz dieser, von allen Organisationen des Widerstands angenommenen, Erklärung blieb die Widerstandsbewegung in Verteidigungspositionen. Die militärischen und politischen Pläne des Widerstands waren defensiv und stellten daher keine Alternative zu den Aggressionsvorbereitungen der jordanischen Armee dar. Das Programm der Widerstandsbewegung reduzierte sich darauf:
1. Politisch wurde die Parole ausgegeben, daß die Widerstandsorganisationen den Kampf zur Bildung einer nationalen Regierung, zur Säuberung des Staatsapparats und zur Verhinderung der liquidatorischen Pläne etc. intensivieren. Die Parole zum Sturz des Marionetten-Regimes in Amman beschränkte sich auf die reaktionären, politischen und militärischen Erscheinungsformen der Machtausübung in Jordanien ohne den König selbst miteinzubeziehen.
2. Militärisch beschloß die Widerstandsbewegung einen Defensivplan im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Die Kräfte des Widerstands wurden dem Befehl eines "gemeinsamen Militärkomitees" unterstellt.
3. Darüberhinaus wurde die Kontaktaufnahme mit Kairo, Bagdad und Damaskus beschlossen, um die Positionen dieser Länder zu klären. Das Zentralkomitee der PLO war nicht in der Lage, ein Programm aufzustellen, auf dessen Grundlage die Klärung der Positionen hätte erreicht werden können.

Die Struktur der Widerstandsbewegung und deren Beziehungen zu den arabischen Ländern führte zu einer solchen Planung, obwohl die FPDLP in den Gespächen mit mehreren Organisationen davor warnte, dem jordanischen Regime die Initiative zu überlassen. Die Demokratische Volksfront wandte sich auch an die Massen, um die krisenhafte Situation durch eine sich ständig steigernde Wachsamkeit der Massen und der Widerstandsbewegung zu meistern.

Die Septemberoffensive, Ziele und Ergebnisse

Unter diesen Verhältnissen begann der Angriff und zwar eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Widerstandsbewegung und der jordanischen Regierung unter Aufsicht der arabischen Schlichtungskommission. Die Widerstandsbewegung war in der Tat daran interessiert, die sich ständig steigernden Gefahren eines Bürgerkrieges aufzuhalten. Der Hof und der Imperialismus hatten aber die notwendigen militärischen und sonstigen Maßnahmen für den Bürgerkrieg bereits getroffen. Ihre Ziele waren:
1. Eine materielle und physische Liquidierung der Widerstandsbewegung und ihre Isolierung von den Massen, unter deren Schirmherrschaft sich die Revolution entwickelte.
2. Terrorisierung der jordanisch-palästinensischen Massen als ein notwendiger Schritt zur Wiedereinführung der Diktatur derjenigen Klasse, die sich historisch mit dem Imperialismus zur Unterdrückung der nationalen Befreiungskräfte verbündet haben.
3. Spaltung des historischen Bündnisses zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk durch eine künstliche Hervorhebung regionalistischer Besonderheiten und Ansprüche, die das Regime wachzuhalten immer bereit war.
4. Schaffung solcher Verhältnisse, die eine Kapitulation des palästinensischen Volkes als eine spontane Reaktion auf die barbarischen Angriffe herbeiführen sollten.

Hinzu kommt, daß der Palast eigene Ziele verfolgte, die die weitere Existenz seiner Herrschaft und der Monarchie sichern sollten. Der Palast begann die Pläne seiner eigenen imperialistischen Herren zu fürchten, die eine Einverleibung des ostjordanischen Territoriums in den zu schaffenden Palästinastaat befürworten. In den imperialistischen amerikanischen Kreisen wurde die Frage der Einverleibung des ostjordanischen Gebiets in den projektierten Palästinastaat unter dem Gesichtspunkt diskutiert, daß das Westufer und der Gaza-Streifen weder ökonomisch noch geographisch das Territorium eines solchen Staates sein könne, zumal 900 000 Palä-

stinenser in Ostjordanien, 140 000 in Syrien, 300 000 im Libanon etc. leben. Aus dieser Überlegung und aufgrund der Interessen des US-Imperialismus an einer Regelung, die den Staat Israel und seine Interessen im arabischen Raum sichert, sind die USA zur Preisgabe der jordanischen Monarchie bereit.

Der britische Imperialismus betreibt hingegen eine Politik, die dem Palästinastaat zwar zustimmt, die ostjordanische Monarchie aber als Stützpunkt zur Sicherung seiner Ölinteressen beibehalten will.

Hussein war angesichts dieser Situation gezwungen, seine eigene Macht und Stärke in Jordanien zu demonstrieren. Er bot den imperialistischen Verbündeten mit seinen barbarischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung eine andere Alternative, die darauf hinausläuft, den geplanten Palästinastaat unter der Voraussetzung zu unterstützen, daß dieser Staat ein Bundesland der jordanischen Monarchie sein muß. In mehreren öffentlichen Erklärungen hat Hussein diese Politik verteidigt.

Der Verlauf der Offensive

Am 16.9.70 setzte Hussein die Rifai-Regierung ab und beauftragte, eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens mit der Widerstandsbewegung, eine faschistische Militärregierung, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. In den ersten Stunden forderte das faschistische Regime die Bevölkerung auf, die Waffen abzugeben. Daraufhin trat das Zentralkomitee der PLO zusammen und beschloß die folgenden politischen und militärischen Maßnahmen:

1. Aufruf an die Bevölkerung, in dem die Entschlossenheit der Widerstandsbewegung bekräftigt wurde, den Kampf bis zum Sturz der Militärdiktatur fortzusetzen. Der offene Generalstreik wurde ausgerufen.
2. Bildung einer Aktionseinheit, in der alle Organisationen vertreten waren. Ein militärisches Oberkommando wurde mit der Ausarbeitung und Ausführung der Verteidigungspläne beauftragt.
3. Im Falle eines Bürgerkrieges wird der Norden (von Al Baqa bis Rathma) zu einem befreiten Gebiet erklärt. Der nächste Schritt in dieser Richtung ist die Ausrufung einer nationalen Regierung und die politische und militärische Mobilisierung der revolutionären Kräfte für den Marsch auf Amman.

4. Alle arabischen Länder werden aufgerufen, die Revolution zu unterstützen und die Offensive des Militärregimes zu verurteilen.

Der 16. September verlief relativ ruhig. In den ersten Morgenstunden des 17. Septembers begann die breit angelegte Offensive der jordanischen Armee gegen Amman, insbesondere gegen die armen Viertel der Stadt. Folgende Tatsachen kennzeichnen die Offensive.

- Zwei Divisionen und eine Panzerbrigade standen allein um Amman.
- Die Königstruppen wurden einem einheitlichen politischen und militärischen Oberkommando unterstellt.
- In den Königstruppen gab es keine Zersetzungserscheinungen. Nur in vereinzelten Fällen gab es Desertionen.
- Die Initiative lag in den Händen der Königsarmee. Der Widerstandsbewegung wurde in Amman und Zarqa der Verteidigungskrieg aufgezwungen, also eine dem regulären Krieg ähnliche Kriegsführung.
- Der königliche Generalstab konzentrierte sich auf Amman. Er plante eine rasche Liquidierung der Widerstandsbewegung in Amman, so daß er sich danach den anderen Gebieten zuwenden konnte. Die materielle und physische Unterdrückung des Widerstandes in Amman plante der jordanische Generalstab in vier Stunden und die des Widerstands in den anderen Gebieten in drei Tagen zu erreichen.

Auf der anderen Seite führte die Widerstandsbewegung einen Verteidigungskrieg in Amman und Zarqa und einen Angriffskrieg in Agloun und Salt (eine Art Guerilla-Krieg). Hierzu muß registriert werden:

- Die Widerstandsbewegung verfügte über kein einheitliches militärisches Oberkommando, geschweigedenn eine vereinigte politische Führung. Jede Stadt hatte ein eigenes Oberkommando, das selbstständig arbeitete. Anweisungen des Zentralkomitees an die Oberkommandos im Norden (Irbid und Ramtha) und in Mitteljordanien (Jeresh, Agloun, Salt) wurden nicht befolgt. Somit konnte die vereinigte Führung der Reaktion die von der zentralen Führung des Widerstands isolierten Städte angreifen.
- Das Schwergewicht der Kämpfe konzentrierte sich auf Amman. Das militärische und politische Oberkommando der Revolution beschränkte sich faktisch auf drei Organisationen (Fath, Al-Saiqa und die FPDLP). Erst nach sechs Tagen schlossen sich andere Organisationen dem Oberkommando der Revolution in Amman an. Das Zentralkomitee der PLO hielt an der zuvor beschlossenen Linie fest.
- Politisch stagnierte die Widerstandsbewegung in den befreiten Gebieten. Die vom Zentralkomitee beschlossene Politik zur Überführung der befreiten Gebiete unter die Verwaltung einer nationalen Regierung mit allen ihren politischen Konsequenzen wurde nicht vollzogen. Eine Stagnation in der militärischen Kriegsführung trat auch ein. Die Feddayin wurden in die Städte versetzt und dort konzentriert: Al Fath in Jeresh, Irbid, Ramtha; die PLA in Irbid, Ramtha; die FPDLP in Irbid und Agloun, Al-Saiqa in Irbid, Agloun und Ramtha. Trotz der Anweisungen des Zentralkomitees und der massiven Unterstützung der syrischen Armee, die die jordanische 40. Panzerbrigade zerschlug, konzentrierten sich die Feddayin in den Städten und versäumten damit die Besetzung der wichtigsten Verbindungslinien des Landes, wie z.B. das Dreieck Ramtha, die Kreuzung Nuaima und das Dreieck Irbid-Jeresh.

Daraus ersehen wir, daß die Kräfte des Widerstands nicht voll in den Kampf eingesetzt wurden. Die politischen und militärischen Möglichkeiten der Widerstandsbewegung in Nord-und Mitteljordanien wurden zum größten Teil nicht ausgenutzt.

Unter diesen Bedingungen und unter Berücksichtigung

des Mangels an Munition in Amman, insbesondere des Mangels an Panzerfäusten und Artillerie sowie der Aussichtslosigkeit, den Nachschub für Amman zu organisieren, mußte die Führung in Amman daran arbeiten, einen Waffenstillstand zu erreichen.
Jasir Arafat wurde vom Zentralkomitee der PLO mit dem Auftrag nach Kairo entsandt, einen Waffenstillstand zu arrangieren, und zwar als einen taktischen Schritt, bis der Nachschub aus dem Norden organisiert wird. Das Zentralkomitee wurde aber überrascht, als Jasir Arafat ein Abkommen in Kairo unterzeichnete. Dieses Abkommen wurde vom Zentralkomitee drei Tage lang übersehen und ignoriert. Die Stagnation im Norden und das Eintreffen der arabischen Schlichtungskommission in Amman hat das Zentralkomitee vor vollende e Tatsachen gestellt.

II.
URSACHE UND WIRKUNG DES BÜRGERKRIEGS

Die Strukturkrise der Widerstandsbewegung:

Der Septemberkrieg hat die Richtigkeit der Kritik der FPDLP an der ideologischen, politischen und militärischen Struktur des Widerstands deutlich gezeigt. Die Widerstandsbewegung hat für das Fehlen einer revolutionären Theorie und der damit verbundenen Praxis auf jordanisch-palästinensischer und auf arabischer Ebene teuer bezahlen müssen. Es wurde wieder einmal bestätigt, daß keine Revolution ohne eine revolutionäre Theorie Bestand haben kann.
Das Fehlen der revolutionären Praxis einerseits und das Überwiegen der spontanen, nur nationalen Reaktion auf die Liquidationspläne des Regimes andererseits, führten zu einer ideologischen und militärischen Strukturkrise, die den Widerstandsbasen die Möglichkeiten eines genaueren Verständnisses des vorsich gehenden nationalen und Klassenkampfs nahm. Das Wesentliche an dem nationalen und Klassenkampf sowohl in Jordanien als auch im gesamten Nahen Osten wurde nicht aufgedeckt. Die innere politische Strukturkrise verhinderte eine nationale und klassenspezifische Praxis, die in der Lage gewesen wäre, die Kräfte der Reaktion zu bestimmen, die nationale palästinensisch-jordanische Einheitsfront zu schaffen und sie in den Dienst eines Programms zu stellen, das den nationalen und klassenspezifischen Bedürfnissen der unterdrückten Volkskräfte entsprochen hätte. Ein solches Programm hätte sich gegen die Pläne und die Programme der Reaktion und des Imperialismus, die unser Land politisch, ökonomisch und kulturell versklaven, stellen müssen. Auf militärischer Ebene drückte sich diese Krise in den materiellen und moralischen bürokratischen Privilegien in den Reihen des Widerstands aus. Ein falsches Verständnis und eine falsche Praxis der Regeln des revolutionären Volkskrieges wurden entwickelt und etabliert. Einige Erscheinungsformen dieser Krise sollen hier behandelt werden:

Die Privilegien:
Die Widerstandsbewegung genoß materielle und moralische Privilegien, die die theoretischen und klassenspezifischen Anstrengungen zur Ausarbeitung der richtigen politischen Linie hemmten. Gefährliche Abweichungen breiteten sich in einer Revolution aus, deren finanziellen Reichtum die arabische Reaktion und Bourgeoisie sicherte. In der "reichen Revolution" reduzierte sich die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber den Feinden auf ein Minimum. Das bürokratische Leben, das sich in den Büros, Autos, Finanzen, militärischen Beziehungen zwischen der Führung und den Basen etc. zeigte, charakterisierten den bequemen Weg der Revolution.

Das Fehlen eines realistischen und wissenschaftlichen Verständnisses der Beziehungen zu den jordanisch - palästinensischen Massen

Das Fehlen eines solchen Verständnisses führte einige Führungsgremien in der Widerstandsbewegung zu einer Palästinisierung der Palästinafrage unter der Parole der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder. Als Ergebnis dieser Politik ist die falsche Praxis zu betrachten, die zur Spaltung der Einheit unseres Volkes entscheidend beitrug. Die Palästinisierung drückte sich darin aus, daß sich Widerstandsorganisationen palästinensische Institutionen und Massenorganisationen schufen, die im Widerspruch zu einer anzustrebenden revolutionären Verschmelzung beider Bevölkerungsteile, der Palästinenser und Ostjordanier standen.
Es wurden nicht nur der Rote Halbmond, Gefallenenfürsorge, Kinderhäuser gegründet, sondern auch solche Organisationen, die die Werktätigen und andere Bevölkerungsschichten am gemeinsamen beruflichen und gewerkschaftlichen Kampf beider Bevölkerungsteile hinderten, wie z.B. palästinensische Studenten -, Arbeiter-, Frauen-, Künstler-, Anwälts-, Schriftstellerverbände etc. Diese Palästinisierung verlief vertikal, d.h. ohne eine klassenorientierte Polarisierung der Volkskräfte und ohne eine Trennungslinie zwischen reaktionären auf der einen und nationalen und revolutionären Klassen auf der anderen Seite. Diese Politik war Wasser auf die Mühlen des reaktionären Regimes, dessen Politik sich an der Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung von der Revolution ständig orientierte und eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere auszuspielen versuchte.
Die "Nichteinmischungspolitik" verstärkte die vom reaktionären Regime unterstützten separatistischen Tendenzen und verhinderte die Ausarbeitung und Durchsetzung eines Programms, das den nationalen und klassenspezifischen Interessen und Bedürfnissen der Revolution entsprochen hätte. Die Teilnahme der ostjordanischen Bevölkerung an der Revolution wurde dadurch auf allgemeine nationalistische Sympathien reduziert.

Wir versuchten mit all unserer Kraft dieser Politik und falschen Praxis eine Alternative entgegen zu stellen. Wir insistierten auf der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes und auf der Schaffung einer palästinensich-jordanischen Einheitsfront. Die FPDLP strebte in der Praxis und auf den Sitzungen der Nationalversammlung vereinigte soziale und gewerkschaftliche Institutionen an. Auf der außerordentlichen Nationalversammlung in Amman (August 1970) setzte sich die politische Linie durch, die auf die Abschaffung der separatistischen und

regionalistischen Massenorganisationen abzielte. Dieser Schritt, der nach erbitterten und heftigen Auseinandersetzungen eingeleitet werden sollte, kam allerdings zu spät und konnte nicht ausgeführt werden.

Das falsche Verständnis der Widersprüche

Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis versuchte die Widerstandsbewegung auf Grund eines falschen Verständnisses der Widersprüche, den Nebenwiderspruch zugunsten einer Politik zu verdrängen, die sich vornehmlich auf die Lösung des Hauptwiderspruchs mit dem nationalen Feind konzentrieren möchte. Die diesbezügliche Politik verhinderte die Verbreitung der nationalen revolutionären Ideen unter der Bevölkerung und den Feddayin. Obwohl die jordanische Reaktion die Liquidierung der Widerstandsbewegung anstrebte, vermochte die Widerstandsbewegung das Ausmaß des in Jordanien bestehenden Widerspruchs nicht herauszuarbeiten und zu analysieren, um die Voraussetzungen zu schaffen, die den Massen und den Feddayin eine richtige Behandlung dieses Widerspruchs erlaubte. Einige Organisationen des Widerstands haben vergessen oder haben vergessen wollen, (was letzlich auf dasselbe hinausläuft) daß die Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten einer Lösung des Hauptwiderspruchs nur insofern gilt, als die Reaktion dem nationalen Programm zur Mobilisierung der Volkskräfte gegen den Zionismus und Imperialismus nichts in den Weg stellt. Indem aber diese Reaktion die Unterdrückung des Widerstands gegen Zionismus und Imperialismus versucht, stellt sie den Nebenwiderspruch auf eine andere Ebene, deren falsche Einschätzung zu einem falschen Verständnis der Widersprüche und zu einer falschen Praxis führen muß. Auf Grund ihrer klassenspezifischen Position und ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus steht die jordanische Reaktion in keinem Widerspruch zum nationalen Feind. In der Praxis lehnt sie faktisch die Bekämpfung dieses Feindes ab, weil sie dem nationalen Befreiungsprogramm feindlich gegenüber steht.
Aus diesen Gründen entfallen die Bedingungen, die für eine Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten der Lösung des Hauptwiderspruchs sprechen. Die Aufgaben der Revolution werden sich somit auf die Lösung des Nebenwiderspruchs, d.h. des Widerspruchs mit der Reaktion, konzentrieren müssen, so daß sich die Revolution eine solide nationale Basis im Kampf gegen den nationalen Feind schaffen kann.

Das Fehlen einer revolutionären Theorie und Schulung und das Überwiegen der rechten Schulung in den Basen des Widerstands ließen die Widerstandsbewegung die Initiative verlieren. Die Widerstandsbewegung ließ sich in Verteidigungspositionen drängen; sie geriet in eine Zange zwischen dem israelischen Hammer und dem jordanischen Amboss.

Das Verhältnis zu den arabischen Staaten

Die Widerstandsbewegung hat in den letzten drei Jahren ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht an der Haltung dieser Staaten gegenüber der Befreiung Palästinas und dem Kampf gegen den Imperialismus messen wollen. Die bürgerliche Ideologie, die besonders in den Führungsgremien des Widerstands herrschte, war nicht daran interessiert, den Kampf gegen Israel zum Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus und die ihm hörigen reaktionären arabischen Klassen zu erklären. Die Beziehungen zu den arabischen Regimes wurden durch die Politik dieser Führungsgremien auf den Kopf gestellt. Um kurzfristige materielle Unterstützung (Waffen, Geld, Kommunikation etc.) bekommen zu können, wurde die Parole der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" ausgegeben. Der Verzicht auf eine Position, die den Massen als die Alternative zu den Programmen von 1967 und 1948 hätte erscheinen müssen, führte zu einem Verständnis der Beziehungen zu den arabischen Staaten, das sich in der Praxis als demagogisch entlarvte. Diese Führungsgremien erklärten die arabischen Regimes als Gegenleistung für ihre finanzielle Unterstützung für sakrosankt. Gegenüber den Programmen der nationalen arabischen Regimes verhielt sich die Widerstandsbewegung unkritisch. Dieses falsche Verständnis des Verhältnisses zu den arabischen Regimes reduzierte das Verhältnis der arabischen Volksmassen zu der Widerstandsbewegung auf ein bloß emotionales, und schwächte dadurch das anzustrebende Bündnis mit den revolutionären Kräften der arabischen Befreiungsbewegung. Statt die Selbstständigkeit und das Bündnis mit den Massen als die Maxime der Politik des Widerstands anzustreben, betrieb die Widerstandsbewegung eine Politik, die auf palästinensich-jordanischer und arabischer Ebene eine revolutionär organisierte Massenerhebung völlig verhinderte. Die Ergebnisse dieser Politik haben sich im jordanischen Bürgerkrieg manifestiert. Die Widerstandsbewegung verlor die Initiative und ließ sich in Verteidigungspositionen drängen ohne den Kampf von Straße zu Straße, von Haus zu Haus und in Form von Angriffen aus dem Hinterhalt führen zu können. Die Kriegsführung der Widerstandsbewegung hat nicht der eines langanhaltenden Kampfs entsprochen, der die Defensive in das Gleichgewicht der Kräfte, das die Offensive einleitet, überführt.
Die technische und faktische Überlegenheit der Armee konnte nicht durch die sich auf die Massen stützende Kriegsführung paralysiert werden.
Die nichtrevolutionäre militärische und politische Struktur einiger Gremien der Widerstandsbewegung hat viele Kräfte im nationalen Klassenkampf gegen die Reaktion stagnieren lassen, trotz der vom Zentralkomitee der PLO beschlossenen Politik zur Ausrufung eines nationalen Regierungssystems im Norden, dessen Aufgaben die Organisierung des Aufmarschs auf Amman waren.
Die Paralysierung der Widerstandskräfte im Norden lassen uns die berechtigte Frage stellen, ob diese Handlungen nur auf die Abwesenheit eines revolutionären Verständnisses der militärischen und politischen Aufgaben zurückzuführen sind.

Auf Grund der Ergebnisse des Bürgerkriegs und des bestehenden Verhältnisses zu den arabischen Regimes geriet die Widerstandsbewegung unter die Schirmherr-

schaft der in sich widersprüchlichen arabischen Regimes. Das Kairoer-Abkommen ist ein Ausdruck dafür, daß die arabischen Regimes der Widerstandsbewegung ihre eigenen Pläne aufgezwungen haben
Dem jordanischen Regime boten die arabischen Staaten auf der Kairoer-Konferenz nicht nur Überlebenschancen sondern auch neue Unterstützungen an, die sich in der Rehabilitierung seiner verlorenen Macht in den jordanischen Städten und Dörfern niederschlagen. Das Kairoer-Abkommen war für diese Regimes die Alternative zur amerikanischen Aggression, die sie gefährdet hätte und ihnen jede Einflußmöglichkeit genommen hätte. Diese Position der arabischen Regimes ist klassenbedingt und geht von dem Interesse aus, die Widerstandsbewegung nicht so stark werden zu lassen, daß sie ihre Kapitulationspläne über Bord werfen könnte.
Das Kairoer-Abkommen ist ein Versuch, die vom jordanischen Regime betriebene Politik zur Spaltung des palästinensisch-jordanischen Volks zu legalisieren.
Die Politik der Spaltung der nationalen Einheit soll den Plänen der arabischen Regimes dienen, das palästinensische Volk in die Position zu treiben, deren politische Konsequenz der "Palästina-Staat" sein wird.

Der Widerspruch zwischen den Städten und Dörfern (Ostjordanien)

Die Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsorganisationen auf der sozialen, gewerkschaftlichen und beruflichen Ebene und die daraus resultierende Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder führten zu einer Spaltung der palästinensisch-jordanischen Einheit. Diese separatistische Politik war weder politisch noch ökonomisch zu rechtfertigen. Das jordanische Regime konnte die daraus entstandene Praxis in den Dienst seiner sich gegen die Interessen der nationalen und revolutionären Klassen richtende Strategie stellen. Insbesondere in den Reihen der Armee und der Polizei versuchte die jordanische Reaktion die Fehler einiger Widerstandsorganisationen zugunsten ihrer liquidatorischen Pläne auszunutzen

Wichtiger als die Ausnutzung der Palästinisierungspolitik durch die jordanische Reaktion waren aber die Auswirkungen dieser Politik auf die ostjordanischen nationalen Kräfte und Klassen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Palästinisierungspolitik die Ausarbeitung und Ausführung eines nationalen Programms, das den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen entsprochen hätte, verhindert hat. Das Fehlen eines national-demokratischen Programms isolierte die ostjordanische Bevölkerung von der Widerstandsbewegung. Die programmatischen Schritte der linken und radikalen Flügel, die in dieser Richtung eingeleitet wurden, haben sich auf Grund der kurzen Zeit ihres Bestehens, der Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsbewegungen und der Reaktion des jordanischen Regimes, die sich in den militärischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung ausdrückten, nicht in der ostjordanischen Bevölkerung verankert.
Das Programm der Linken drückte sich in den Bestrebungen zur Verschmelzung der palästinensischen mit der jordanischen Revolution aus: Unterstützung der Arbeiterstreiks, Ausbau der demokratischen Freiheiten, Unterstützung der nationalen ostjordanischen Kräfte, Verbreitung der revolutionären Ideen und revolutionäre, nationale und klassenspezifische Schulung auf dem Lande, Propagierung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes, Unterstützung der Bauern gegen die Großgrundbesitzer, Propagierung der freigewählten Volksräte, Säuberung des Staatsapparates und Kampf zum Sturz des reaktionären Herrschaftssystems.
Hingegen wirkte die Palästinisierungspolitik, die die Politik der Widerstandsbewegung vor allem bestimmt, negativ auf die ostjordanische Bevölkerung, und versetzte sie in die Position des Anhängers, der auf Grund der nationalistischen Verbundenheit mit Palästina seine Unterstützung für die Revolution auf ein emotionales Bündnis beschränkte.

Die Erfahrungen des September-Krieges hat bestätigt, daß die Städte und Flüchtlingslager die Dschungels des Widerstands sind. In den Städte und Flüchtlingslager finden die Feddayin ihre Hauptbasen und ihr menschliches Potential, weil die Städte und Flüchtlingslager, historisch gesehen, die Basen der nationalen Befreiungsbewegung waren. Hier haben sich die revolutionäre Theorie, die nationalen Organisationen, die Organisationen der Arbeiterklasse, der Kleinbourgeoisie etc. entwickeln können.

Mit der Entstehung der Widerstandsbewegung begannen die nationalen Kräfte und die Arbeiterklasse sich zu organisieren. Die Schwächung der Macht des Staatsapparates trug dazu bei, daß sich die Arbeiter, Kleinbourgeoisie und Teile der Mittelbourgeoisie in den Kampf gegen das Regime einreihten, das ihnen jahrelang die demokratischen Freiheiten geraubt hatte. Die Bevölkerung, die von der Widerstandsbewegung unterstützt wurde, fing an, den Widerstand gegen den Einfluß des Imperialismus, die Großgrundbesitzer, die Kompradorenbourgeoisie und für eine Modernisierung des Staates, den Aufbau einer nationalen Ökonomie und eine bürgerliche Demokratie zu führen.

Der Bürgerkrieg bestätigte aber auch, daß sich die Rolle des jordanischen Dorfes von der der Stadt grundsätzlich unterscheidet. Die Rolle des jordanischen Dorfes läßt sich aber historisch und ökonomisch erklären:
historisch blieb das jordanische Dorf dem kulturellen und politischen Leben fern. Die nationale Bewegung konnte sich kulturell und politisch durch ihr verbal antiimperialistisches, antizionistisches und formal demokratisches Programm auf dem Lande nicht verankern. Das Fehlen eines demokratischen Programms, das die Lösung der Agrarfrage zugunsten der armen Bauern anstrebte, die Bauern gegen die Großgrundbesitzer und die ländliche Bourgeoisie unterstützte, die Einführung des städtischen modernen Schulsystems und die modernen Bewirtschaftungsmethoden ermöglichte, trug entscheidend dazu bei, daß die ostjordanischen Bauern eine passive Rolle spielten.
In den letzten zwanzig Jahren lebte die ländliche Be-

völkerung Ostjordaniens an der Peripherie des politischen Lebens der Parteien und der nationalen Bewegung.
ökonomisch herrschten auf dem Land in Ostjordanien primitive Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen. Die Knappheit der Ernte, die auf die dürren Regenzeiten zurückzuführen sind, und die Ausbeutungsverhältnisse bestimmen die Lebensverhältnisse der jordanischen Bauern. Die enormen wirtschaftlichen Probleme, die daraus entstehen, drängen viele Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis zum jordanischen Staatsapparat, der sie für die eigenen reaktionären Pläne mißbraucht. 50% des Einkommens eines jordanischen Dorfes stammen von den Ersparnissen der in den Staatsdienst, vor allem in die Armee, aufgenommenen Bauern.
Die schlechten Bewässerungsverhältnisse lassen die Bauern in die Abhängigkeit vom Staat geraten, der unproduktive Hilfe leistet, also Dienstleistungen und kleine Subventionen. Der Staat versucht die Lebensbedingungen der Bauern nicht durch Bewässerungsprojekte und Einführung besserer und moderner Bewirtschaftungsmethoden zu verbessern, weil er an der Aufrechterhaltung des bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses interessiert ist. Der Abhängigkeitsgrad der Bauern vom Staat unterscheidet sich je nach Regionen; im Norden liegt er um 60% und im Süden um 90% des Einkommens.

Die Politik der Widerstandsbewegung

Die Politik der Widerstandsbewegung gegenüber den jordanischen Bauern beschränkte sich auf medizinische und soziale Hilfeleistungen sowie auch das Einkaufen von Lebensmittel für die in der Nähe dieser Dörfer stationierten Feddayin. Ein demokratisches Programm fehlte in der Praxis der Widerstandsbewegung. Deshalb konnte das jordanische Dorf kein klassenspezifisches Interesse an der Politik der Widerstandsbewegung haben.
Die Agrarfrage und die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Bauern standen nicht auf der Tagesordnung. Hinzu kommt, daß die Nichtbesetzung des jordanischen Dorfes durch die Zionisten das Interesse an der Revolution und an der Verteidigung des eigenen Grund und Bodens nicht, wie bei der palästinensischen Bevölkerung, wachgehalten hat.
Diese Faktoren bestimmten das Verhältnis der jordanischen Bauern zu dem reaktionären Regime einerseits und der Widerstandsbewegung andererseits. Ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Staat und die falsche Praxis der Widerstandsbewegung reduzierte die Haltung der ländlichen Bevölkerung gegenüber dem Widerstand auf bloße nationalistische Sympathien, die während und nach dem Bürgerkrieg ins Gegenteil schlugen. Der Bürgerkrieg hat eine Reaktion zugunsten des Regimes bei der ländlichen Bevölkerung hervorgebracht, die immer offensichtlicher wird, je mehr wir vom Norden nach dem Süden gehen.
Die Bedeutung der Bauern ist für die Widerstandsbewegung bzw. für das reaktionäre Regime entscheidend und beginnt an Aktualität zu gewinnen. Teile der Armee rekrutieren sich aus den Reihen der Bauern. Gelingt es dem Regime die Bauern endgültig für sich zu gewinnen und für die Durchsetzung seiner Pläne in den Kampf einzusetzen, so wird dieses Regime seinen Terror wirksamer organisieren können, wenn es die nationale Bewegung und die Revolution zu zerschlagen versucht.

Der Staat und die Revolution

Wir sagen nichts Neues, wenn wir daran erinnern, daß der Staat ein Unterdrückungsorgan einer Klasse bzw. eines Klassenbündnisses gegen eine andere Klasse bzw. ein anderes Klassenbündnis ist. Dies gilt genauso für die zurückgebliebenen als auch für die fortgeschrittenen Länder.
Diese Wahrheit kann allerdings nicht bedeuten, daß unter den Bedingungen einer gegen die national-demokratische oder gegen die sozialistische Revolution gerichteten Offensive der herrschende Unterdrückungsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) völlig zugunsten der Konterrevolution funktionieren wird. Einige Teile des Staatsapparates, insbesondere die unteren und mittleren Kader können für die Revolution gewonnen werden. Dies hängt aber auch vom Ausmaß und vom Einfluß der national-demokratischen bzw. sozialistischen Revolution und von der Klassenzusammensetzung der Träger des Staatsapparates ab.
Die Reaktion stützte sich 1948 auf den Palast, die Großgrundbesitzer, die Kompradoren und den Imperialismus. Jordanien wurde zum Versuchsfeld des Terrors einer Handvoll von reaktionären Haschemiten, Großgrundbesitzern und Kapitalisten und zu einer Bastion vom großangelegten imperialistischen Anschlägen auf die nationale arabische Befreiungsbewegung. Zuvor fungierte Jordanien als Sicherheitsventil für die zionistischen Organisationen und die britischen Pläne zur "Indifizierung Palästinas".
Das Aufkommen der nationalen Massenbewegung im Jahre 1956 zwang den Palast, die übrige Reaktion und den Imperialismus zu einer Reihe von Konzessionen, die eine national-demokratische Phase einzuleiten schienen.
In der Armee wuchs der Einfluß der nationalen Soldaten und Kleinoffiziere. Die Zugeständnisse der Reaktion wurden erzwungen, nachdem die Massenbewegung die Pläne des Bagdad-Pakts in dem antiimperialistischen Massenaufstand zerschlug.

Mit der Unterstützung des CIA organisierte die jordanische Reaktion 1957 den Rückschlag. Die nationale Regierung wurde abgesetzt, die national-demokratische Bewegung zerschlagen und die Armee gesäubert.
Bis 1967 etablierte der Imperialismus eine erzreaktionäre volksfeindliche Diktatur, die überall im Lande Terror und Unterdrückung organisiert. 1970 versuchte das Regime das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

•

III. DIE JORDANISCHE ARMEE

Der jordanische Staatsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) bewahrte während des Bürgerkrieges seine Integrität und fungierte als ein Instrument in den Händen des Imperialismus und der Reaktion. Trotz der anhaltenden

Bombardierung von Amman und Zarga in den zehntägigen Kämpfen waren die Desertionen sehr beschränkt; die Zahl der Soldaten und Offiziere, die sich der Revolution angeschlossen haben, war sehr gering. (1)
In den Reihen der Polizei verhielten sich die unteren Ränge im Gegensatz zu den vom Staatsapparat abhängigen Vorgesetzten neutral. Diese Neutralität wurde in den Gebieten aufgegeben, die unter Kontrolle der Armee fielen. Die Polizei übernahm in diesen Gebieten die Aufgaben, mit denen sie vor 1967 beauftragt war (Durchsuchungen, Verhaftungen, Folterungen etc.).
Die Haltung des Verwaltungsapparats war ambivalent. Man kann die Position dieses Apparates nicht genau festlegen, weil er während des Bürgerkrieges an der Ausübung seiner Aufgaben völlig gehindert wurde.(2)
Die oberen Ränge des Verwaltungsapparates (Minister, hohe Beamte, Botschafter etc.) stellten sich ganz auf die Seite des Systems, weil sie ideologisch und klassenmäßig ein integrierender Bestandteil, ja sogar Träger dieses Systems sind (3).

Die September-Offensive hat die innere Struktur und die erzreaktionäre ideologische Schulung der jordanischen Armee am deutlichsten aufgedeckt. Als eine reguläre Berufsarmee war sie ideologisch und materiell in einer Abhängigkeit von der Reaktion, die der Abhängigkeit eines Lohnarbeiters vom Arbeitsgeber gleichkommt. Die jordanische Reaktion versuchte mit allen Mitteln die jordanische Armee von den nationalen und progressiven Strömungen im Lande fernzuhalten. Die nationale politische Schulung und die Zugehörigkeit zu einer nationalen politischen Richtung wurden verboten; die nationalen und progressiven Elemente wurden suspendiert und waren den Repressionen und Säuberungen des Regimes ausgesetzt.
Die Indoktrinierung der Armee orientierte sich einerseits an der Darstellung des Königs als Arbeitsgeber und andererseits daran, ein mystisches Verhältnis zu ihm als Nachkommen des Propheten zu entwickeln. Der Nachkomme des Propheten habe das Recht auf eine unbestrittene Herrschaft im Lande. Das heilige Recht seiner Herrschaft über Land und Bevölkerung finde seine Legitimation in der Religion, deren Hüter die königliche Familie sei. Unter der Parole "Gott, König, Vaterland" wurde die politische Legitimation dieser Herrschaft mit dem religiösen Anspruch verbunden.
Um die Armee von den nationalen politischen Strömungen völlig zu isolieren, lehnte das Regime die Einführung des Wehrdienstes ab, obwohl ein Teil des Landes Palästinas unter israelischer Herrschaft steht. Diese Ablehnung hatte zwei Gründe: einerseits die Aufnahme von nationalen und progressiven Elementen, die die Struktur und die Ideologie der Armee hätten gefährden können, zu unterbinden und andererseits die Bevölkerung an der militärischen Ausbildung, die eine Gefahr für das Regime wäre, zuhindern.
Das Regime hat den obligatorischen Wehrdienst für 1969 eine kurze Zeit eingeführt, um die sich mit der Widerstandsbewegung solidarisierende Bevölkerung von der Teilnahme am militärischen Widerstand fernzuhalten und die Feddayin-Rekrutierung zu erschweren. Schnell wurde dieses für das Regime gefährliche Unternehmen aufgegeben, weil das Regime die militärische Ausbildung und die Bewaffnung des Volkes fürchtete. Statt die Bevölkerung zu bewaffnen und die Armee auf die Anforderungen des Kampfes gegen die israelischen Besatzer einzustellen, säuberte das Regime die Armee von allen nationalen Kräften, und stützte sich auf die Beduinen, insbesondere in den Panzerbrigaden, und auf die Beduinen-Sicherheitskräfte, (4) die sich als die schlagkräftigen Stoßtrupps verstanden. In der Armee wurden nicht nur jordanisch-palästinensische, sondern auch irakische, syrische und saudi-arabische Beduinen organisiert (5), die sich in den Dienst eines Systems stellten, das ihnen materielle Vorteile sicherte.

---

1) Fath hat nicht erwartet, daß die jordanische Armee so bestialisch gegen die Widerstandsbewegung vorgehen wird. Auch mit dem Einsatz der Panzerbrigade gegen Amman hat sie nicht gerechnet. Die Desertion der Palästinenser aus der jordanischen Armee wurde von Al Fath prophezeit.
Die FPDLP schätzte die Möglichkeiten eines mili tärischen Staatsstreiches sehr gering ein, abgesehen davon, daß die FPDLP solche Staatsstreiche grundsätzlich ablehnt, es sei denn, der Militärputsch wäre ein Bestandteil des nationalen Massenaufstands. Eine Spaltung in der Armee wurde für sehr wahrscheinlich gehalten unter der Voraussetzung, daß die Widerstandsbewegung im Kampf gegen das Regime ihre Positionen eine Woche lang behält.
Al Saika hat den Einfluß der nationalen Teile in der Armee überschätzt.
PFLP - Arabische Nationalisten - prophezeite eine schnelle Spaltung in der Armee. In den Juni-Kämpfen 1970 erwartete die PFLP eine Spaltung, wenn die Kämpfe 48 - 72 Stunden hätten dauern können.
Die Arabische Befreiungsfront (Irak) überschätzte ihre eigenen Möglichkeiten und glaubte nicht nur an eine Spaltung der Armee, sondern auch an die Paralysierung einiger Teile der Armee mittels des eigenen Einsatzes.

2) In dem Aufstand 1955 gegen den Bagdad-Pakt hat der Verwaltungsapparat den Aufruf zum Generalstreik befolgt.

3) Nur Anton Attalah, ehemaliger Minister der Rifai-Regierung, hat sein Amt als Delegierter der jordanischen Regierung bei den Vereinten Nationen niedergelegt.

4) Die Sicherheitskräfte sind Teile der Armee; hierzu gehört z.B. die Beduinen - Brigade. Ihre Bewaffnung ist modern, und sie verfügen über Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie.

5) Die britische Mandatregierung hatte sich beim Aufbau der arabischen Legion aus ideologischen und politischen Gründen auf die Beduinen konzentriert.

Der Prozentsatz der syrischen, irakischen und saudi-arabischen Beduinen in der jordanischen Armee beträgt 30%. Die jordanischen Beduinen und die jordanischen Dörfer, insbesondere die vom Regime abhängigen und politisch und wirtschaftlich zurückgebliebenen Dörfer des Südens stellen weitere 30% der jordanischen Armee. 10% der jordanischen Armee kommen aus den Reihen der städtischen Bevölkerung, die an der nationalen Befreiungsbewegung teilnimmt. Der städtische Teil der jordanischen Armee hat eine bestimmte Funktion in bestimmten Arbeitsbereichen, wie z.B. Verwaltung, Technik, Versorgungswesen etc. Dieser Teil ist ständigen Säuberungen ausgesetzt. Man darf aber keine starre Vorstellungen über diese Zusammensetzung entwickeln, denn unter dem beduinischen Teil gibt es auch nationale Offiziere, die auf Grund ihrer militärischen Ausbildung in fremden Staaten, wie z.B. Amerika, England und Pakistan Kontakt mit der Außenwelt aufnahmen, wodurch sich ihr Bewußtsein änderte.
Der Prozentsatz der Soldaten und Offiziere, die aus den besetzten Gebieten stammen, beträgt weitere 30%. Unter ihnen ist eine breite nationale politische Identifikation mit der Befreiungsbewegung festzustellen. Organisatorisch ist dieser Teil allerdings von der Widerstandsbewegung vernachlässigt worden, sodaß seine Bewegungsmöglichkeit im Bürgerkrieg sehr begrenzt war. In den Reihen der Soldaten und niederen Offiziere ist das nationale politische Engagement stark, während sich das obere Offizierskorps in den Dienst des Regimes stellt.
Aus diesem kurz dargestellten gesellschaftlichen und ideologischen Bild der jordanischen Armee ergeben sich die folgenden Konsequenzen:
1. Die Frage der jordanischen Armee kann nicht unter Bezugnahme auf das jordanische oder palästinensische Element behandelt und gelöst werden. Das Problem liegt in der ideologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur dieser Armee und deren Abhängigkeit von dem Regime. (Der palästinensische Bevölkerungsteil ist nicht auf die Armee angewiesen, weil die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in den palästinensischen Dörfern und Städten das Abhängigkeitsverhältnis von den jordanischen Regime auf ein Minimum reduzieren. Das Land ist fruchtbar; es gibt keine Feudalisten sondern höchstens vereinzelte Großgrundbesitzer; die Produktionsmittel und die Produktivkräfte sind in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium; der Boden wird zwei oder dreimal im Jahr bebaut; die Warenzirkulation ist lebhaft, der Agrarsektor stellt eine Kaufkraft dar, das Schulwesen und die Berufe sind organisiert und entwickelt. Hinzu kommt, daß der Tourismus und die Unterstützung der in den arabischen Ländern, Süd- und Nordamerika arbeitenden Palästinenser eine Rolle in der Ökonomie der palästinensischen Städte und Dörfer spielen.)
2. Die Aufgaben der jordanischen Armee als Instrument des volksfeindlichen Regimes erklären das Überwiegen des beduinischen Elements.
3. Abgesehen davon, daß ein militärischer Staatsstreich aus ideologischen und politischen Gründen falsch ist, hat die September-Offensive den diesbezüglichen Spekulationen ein Ende gesetzt. Diese Position kann nicht bedeuten, daß man der Armee keine nationale Rolle zuschreiben soll. Im Gegenteil. Die letzten Erfahrungen stellen die Widerstandsbewegung vor die Aufgaben einer neuen Politik gegenüber der Armee. Diese Politik muß sich gegen die Indoktrinierung der Armee stellen und sich für die Säuberung der reaktionären volksfeindlichen Elemente und für das Eindringen nationaler und progressiver Kader einsetzen, die als organisatorischer Bestandteil der nationalen Bewegung und des Widerstands fungieren.
4. Eine Politik gegenüber der Armee, die sich nicht an nationalen Positionen gegen den Imperialismus und Zionismus und an einer nationalen klassenspezifischen Position gegen das Regime orientiert, wird sich von der bisherigen falschen Politik nicht unterscheiden können. Die neue Politik muß sich auf ein national-demokratisches Programm gegenüber der ländlichen Bevölkerung beziehen, so daß die Soldaten bäuerlicher Herkunft die Interessenidentität mit der Widerstandsbewegung erkennen und sich für die Durchsetzung dieses Programms engagieren. Im Rahmen einer langfristigen Strategie müssen die Interessen des beduinischen Bevölkerungsteils deutlich zum Ausdruck kommen. Die Ansiedlung, der Ausbau des Schulwesens, die Befreiung von reaktionären Ideologien durch die Wahrnehmung der eigenen unmittelbaren Interessen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Auf jordanisch-palästinensischer Ebene muß die Widerstandsbewegung auf die national-demokratische Revolution hinarbeiten.

Die innerarabischen Verhältnisse und das Kairoer Abkommen

Das Kairoer-Abkommen ist ein Modell arabischer Politik, in dem sich das Kräfteverhältnis unter den arabischen Staaten widerspiegelt. Dieses Abkommen machte das Verhältnis dieser Staaten sowohl zum palästinensischen Widerstand als auch zum jordanischen Regime deutlich.
Die politische und ideologische Struktur der arabischen Staaten führte zu einer sich an bestimmten Grundsätzen orientierenden Politik, die darauf hinausläuft, die Widerstandsbewegung in einem Rahmen zu halten, indem sie weder die arabischen Regimes gefährden noch ein Hindernis für die Durchsetzung der UN-Sicherheitsresolution sein würde. Die großzügige finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen sollte diese Politik absichern und ein Bündnis zwischen der Widerstandsbewegung und den Organisationen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung verhindern.
Das Programm des linken Flügels in der Widerstandsbewegung konnte sich gegen die Politik der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" und der Preisgabe des Bündnisses mit den revolutionären arabischen Organisationen nicht durchsetzen. Während die Rechten die verschiedensten Erleichterungen und Unterstützungen der arabischen Regimes in Anspruch nehmen konnten, waren die Linken ideologischen, politischen und materiellen Repressionen dieser Regimes ausgesetzt.
Die September-Offensive offenbarte, abgesehen von Syrien,

die feindlichen Positionen der verschiedenen arabischen Staaten. Trotzdem lehnen einige Widerstandsorganisationen die kritische Aufarbeitung des Verhältnisses zu den arabischen Regimes ab. Die Position dieser Organisationen ist klassenbedingt; sie verhindert eine kritische Aufklärung der Basen und der Bevölkerung nicht nur über die in den arabischen Ländern herrschenden Verhältnisse, sondern auch über die grundsätzlichen Fehler der bisherigen Theorie und Praxis dieser Organisationen.
Die reaktionären Regimes handelten bei der Unterzeichnung des Kairoer-Abkommens aus der Überlegung heraus, die eigenen Interessen und die der imperialistischen zu retten, sowie das jordanische Regime zu stärken.
Die nationalen Regimes unterzeichneten dieses Abkommen, weil es ihren eigenen Interessen entsprach.
Die Interessen dieser Regimes liegen in der Disziplinierung und Kontrollierung der Widerstandsbewegung als Druckmittel auf den Imperialismus und Zionismus bei den Verhandlungen zur Durchsetzung des Rogers-Plans. Die nationalen Regimes brauchen bei den Verhandlungen keinen revolutionären Widerstand, sondern eben einen, der im Laufe der Verhandlungen als Druckmittel und als Partner auftreten kann. Zugleich soll das jordanische Königreich erhalten bleiben, eine Freundschaftsgeste gegenüber dem Imperialismus und Israel. Darüberhinaus würde der Sturz des haschemitischen Regimes den Weg für eine nationale Revolution im Nahen Osten ebnen und den nationalen Regimes bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Widerstand und der Befreiung der besetzten Gebiete auferlegen.

Unter Bezugnahme auf die vorher genannten Faktoren muß man das Kairoer-Abkommen als eine neue Auflage der anderen Abkommen mit dem jordanischen Regimes sehen. Die Formen seiner Ausführung waren Ausdruck einer Verschiebung im Kräfteverhältnis auf jordanischer Ebene. Eine dieser Konsequenzen war der Abbau der Doppelherrschaft, der sich in der Rückkehr der Polizei in die Städte ausdrückt.

Die Lehren des Bürgerkriegs

Ungeachtet des Kairoer-Abkommens scheint das jordanische Regime entschlossen, seine Alleinherrschaft auf das ganze Land ausdehnen zu wollen. Die Widerstandsbewegung wird diesen Prozeß nur dann aufhalten können, wenn die folgenden Probleme richtig erfaßt und gelöst werden.
1. Die Praxis der Widerstandsbewegung hat die zentrale Aufgabe im Kampf gegen die liquidatorischen Pläne übersehen, die in der Lösung des Widerspruchs mit dem Regime lag. Seit Anfang September schwankten die Positionen einiger Widerstandsorganisationen zwischen der Verschiebung des Kampfes und seiner Austragung. Diese Organisationen haben kein Programm entwickeln können. Das kurzfristige Ziel war unbeständig. Während des Bürgerkriegs waren sie in Bezug auf die Lösung des Widerspruchs mit dem Regime unentschlossen. Diese Unentschlossenheit zeigte sich deutlich in Nord- und Mitteljordanien, von wo die Offensive gegen Amman hätte ausgehen müssen. Ein klares politisches Ziel hätte richtige Entscheidungen und richtige militärische und politische Taktiken gegen die Kräfte des Regimes einleiten können.
2. Die politische und militärische Struktur des Widerstandsbewegung hat die Feddayin in die Verteidigungspositionen verdrängt. Trotz der Anweisungen und der Aufrufe entwickelten die Feddayin keine Kriegsführung gegen die Armee, die dem Volkskrieg entsprochen hätte.
3. Manche Kräfte des Widerstands stagnierten und beschränkten ihren Arbeitsbereich auf die Städte. Diese Politik bestätigte die Unfähigkeit verschiedener Führungsgremien, die die Gesetzmäßigkeiten einer revolutionären Kriegsführung nicht begriffen haben. Statt die Kämpfe auf das ganze Gebiet auszudehnen, den Verteidigungskrieg mit der beweglichen Kriegsführung und den Straßenkämpfen zu verbinden, blieben die verschiedenen befreiten Gebiete unter dem Oberkommando vereinzelter und isolierter Führungskader, die nach dem Abzug der syrischen Armee den Angriffen der zentralistisch operierenden jordanischen Streitkräfte nicht Einhalt gebieten konnten.

Der palästinensische Staat

Die Diskussion über den Plan eines palästinensischen Staates als Bestandteil der endgültigen Regelung des Nah-Ostkonflikts ist aktualisiert worden. Zuvor fanden sich nur diejenigen Kräfte bereit, einem solchen Staat zuzustimmen, die sich historisch als volksfeindlich und als Stütze des jordanischen Regimes entlarvt haben. Ihre Vertreter waren Al Ga´bari, Kenaan, Shehadah, Al Farouki etc.
Nach dem Bürgerkrieg spielen manche imperialistische Kreise in den USA und England mit dem Gedanken eines palästinensischen Staates, obwohl die diesbezügliche Positionen beider Länder verschieden sind.
Die Sowjet-Union würde ebenfalls einem solchen Staat im Rahmen einer "friedlichen Regelung" zustimmen. Marokko und Tunesien haben Al Fat´h Vorschläge darüber unterbreitet. Die Vorschläge beider Regierungen stützen sich auf eine Weisheit des tunesischen Präsidenten Bourgiba, die auf "Nehmen und immer noch mehr Verlangen" hinausläuft. Eine solche Tendenz kann man auch in der ägyptischen Politik verfolgen. Nasser hat Arafat einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet.
Die Gefahren solcher Tendenzen liegen darin, daß der Bürgerkrieg eine resignative Haltung unter der Bevölkerung geschaffen hat, die einem solchen palästinensischen Staat zustimmt, um der barbarischen haschemitischen Herrschaft zu entgehen. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte sind sich über die Notwendigkeit einig, solch resignative Stimmungen hervorzurufen.
Die israelischen Besatzer versuchen ihrerseits die neu entstandene Situation zugunsten eines palästinensischen Staates auszunützen. Sie versuchen in den besetzten Gebieten eine "neue Kraft" aufzubauen, die in den Verhandlungen als "Partner" auftreten kann. Diese "neue Kraft"

soll als Alternative sowohl zu den ersten Kollaboranten, die früher als Stütze des Regimes fungierten, als auch zur palästinensischen Widerstandsbewegung in Aktion treten. Zu diesem Zwecke versuchen die israelischen Besatzer die Feindlichkeit der palästinensischen Bevölkerung gegenüber dem jordanischen Regime auszunutzen. Unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete findet dieser Plan eine gewisse Zustimmung, vor allem in den Reihen der National- und Kleinbourgeoisie.
Auf dem Ostufer scheiterten die Versuche des Regimes, die reaktionäre palästinensische Bourgeoisie an die Spitze einer solchen "neuen Kraft" zu stellen, weil diese historisch der nationalen Befreiungsbewegung feindlich gegenüber stand und keine Führungschancen mehr hat, und weil sich die Volksmassen mit der Widerstandsbewegung solidarisieren. Nach dem Bürgerkrieg versucht das Regime diese "neue Kraft" aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu schaffen. Hierin zeigt sich eine neue Taktik des Regimes, die auf die Spaltung der Widerstandsbewegung abzielt. Unter den Parolen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Al Fat'h und der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) arbeitet die Regierung auf die Isolierung der Linken hin. Eine Spaltung der Widerstandsbewegung würde eine Offensive des Regimes gegen die Linken einleiten. Die anderen Organisationen würden folgerichtig vor die Alternative gestellt, sich dem Rogers-Plan zu unterwerfen oder liquidiert zu werden.
Die Politik des Regimes konzentriert sich auf die Verdrängung der Widerstandsbewegung aus den Städten und Flüchtlingslagern. Um die Widerstandsbewegung völlig von der ländlichen jordanischen Bevölkerung zu isolieren, betreibt das Regime eine spalterische Politik und spielt den einen Bevölkerungsteil aus gegen den anderen.
Diese Politik will solche Bedingungen schaffen, unter denen ein palästinensischer Staat als Bundesland innerhalb der Monarchie als mögliche Lösung propagiert werden kann. Dieser jordanische Staatenbund, in dem die palästinensische Bevölkerung eine eigene Autonomie besitzt, wird von vielen imperialistischen Kreisen, vor allem von Großbritannien unterstützt. Wenn die Pläne des Regimes scheitern, dann wird sich die Aggression gegen die palästinensisch-jordanische Befreiungsbewegung verschärfen.

Was tun?

Die Bestrebungen, das Palästina-Problem durch die Liquidation der Widerstandsbewegung und die Ausschaltung der nationalen Kräfte in Jordanien zu lösen, gehen weiter und manifestieren sich in folgenden Schritten:

1. Fortsetzung und Verschärfung des politischen und polizeilichen Terrors des Regimes gegen den Widerstand und die Bevölkerung. Dieser Terror soll die Widerstandsbewegung dazu bewegen, als Partner bei der "friedlichen Regelung" aufzutreten.
2. Neben dem polizeilichen Terror bietet das Regime Teilen des Widerstands Konzessionen an (Zusammenarbeit, Kommunikationsfreiheit, Bewegungsfreiheit) und verschärft die Repressionen gegen bestimmte Organisationen. Diese Politik dient der Schaffung einer "neuen Kraft", deren Handeln sich an der Empirie und nicht an der revolutionären Theorie und Praxis orientiert. Diese "neue Kraft" wird sich den Regimes anschließen, die den Rogers-Plan akzeptieren. (6)
3. Das Regime versucht seine Alleinherrschaft auf das ganze Land auszudehnen und den Staatsapparat zu säubern, um den Plänen zuvorzukommen, die unter dem Verzicht auf die Monarchie das Ostufer dem palästinensischen Staat angliedern wollen.
4. Zugleich nützt Israel die neuen Verhältnisse aus, um die Bevölkerung auf dem Westufer für eine nationale Autonomie, die den Plänen vieler israelischer Politiker entspricht, zubewegen.
5. Die imperialistischen Staaten versuchen eine Lösung herbeizuführen, an der das palästinensische Volk teilzunehmen hat. Auch die sozialistischen Staaten in Osteuropa sind an einer Lösung interessiert; sie gehen aber von anderen Ausgangspositionen aus.
6. Die arabischen Staaten sehen in der Widerstandsbewegung eine Gefahr für die eigenen Interessen. Die reaktionären Regimes unterstützen die Monarchie; bestenfalls würden sie bestimmte Widerstandsorganisationen unterstützen, solange diese Organisationen für sie keine Gefahr darstellen. Jede liquidatorische Lösung kommt diesen Staaten gelegen.

Die nationalen arabischen Regimes suchen eine Regelung, an der das palästinensische Volk teilnimmt. Sie unterhalten Beziehungen sowohl zum jordanischen Regime als auch zu verschiedenen Widerstandsorganisationen. Das Resultat einer Regelung, die sie anstreben, wäre ein palästinensischer Staat.
Angesichts dieser Verhältnisse und der Aktivitäten der Konterrevolution stellen sich die Fragen: Was muß die Widerstandsbewegung tun; und wie hat sie auf die letzten Erfahrungen reagiert?
Einige Widerstandsorganisationen versuchen die kritische Aufarbeitung der politischen, organisatorischen und militärischen Erfahrungen der letzten drei Jahre zu umgehen. Daraus entsteht eine permanente Krisen-

---

6) Als Vergleich empfiehlt sich die französische Algerien-Politik. Nachdem der französische Imperialismus daran scheiterte, die algerische Reaktion als Alternative zur Befreiungsfront aufzubauen, versuchte er eine "dritte Kraft" unter Führung von Massali Al Hadj an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen. Nachdem dieser Versuch auch scheiterte, suchte sich der französische Imperialismus eine andere "neue Kraft" und zwar aus den Reihen der algerischen FLN. Eine Gruppe um Joseph Ben. Chedda hat sich als Verbündete angeboten.

situation, die sich darin ausdrückt:
1. Einige Organisationen verschweigen gegenüber der Bevölkerung die Fehler, die ihre Kader in Nord- und Mitteljordanien begangen haben. Sie weigern sich, die rechten und kompromisslerischen Elemente aus ihren Reihen auszuschließen. Diese Politik würde bedeuten, daß man denselben Elementen die Führung im nationalen und Klassenkampf überläßt, als wäre nichts geschehen. (7)
2. Das Zentralkomitee der PLO hat bis jetzt die Erfahrungen der letzten Jahre und des Bürgerkriegs nicht ausgewertet. Obwohl die Demokratische Volksfront eine kritische Auseinandersetzung innerhalb des Zentralkomitees fordert, versuchen bestimmte Organisationen eine verbindliche und selbstkritische Auseinandersetzung dadurch zu überspringen, daß sie die Widerstandsbewegung mit unwichtigen Fragen beschäftigen, die sich aus dem alltäglichen Arbeitskram ergeben.
3. Zugleich versuchen diese Organisationen der Widerstandsbewegung leere militärische, organisatorische und verwaltungsmäßige Einheitsformeln aufzuzwingen.
Die demagogischen Parolen über eine scheinbare Einheitsfront, die von diesen Organisationen propagiert werden, dienen nicht der Sache der Revolution und müssen daher bekämpft werden.

Unabhängig von einem revolutionären Programm, das es auszuarbeiten gilt, versuchen diese Organisationen die Fragen der Einheitsfront auf die Vereinheitlichung der Verwaltungsbürokratien zu reduzieren. Diese Politik hat mit der Politik des Regimes viele Gemeinsamkeiten, weil dadurch die zentrale Frage eines revolutionären national-demokratischen Programms für ganz Jordanien zugunsten einer falschen Taktik verdrängt wird, die weder den liquidatorischen Plänen noch den Plänen eines palästinensischen Staates entgegenwirken kann. Nicht nur in Jordanien, sondern auch im Libanon soll die Vereinheitlichung der Verwaltung die revolutionäre Einheitsfront ersetzen. Das demagogische Geschrei über diese trügerische Einheitsfront soll die zentralen politischen, militärischen, organisatorischen und finanziellen Ausgaben der Widerstandsbewegung und die damit verbundene strategische Zielsetzung auf jordanischer und gesamtarabischer Ebene vertuschen und untergraben. Diese Demagogie trägt zu einer Spaltung in den Reihen des Widerstands und der Bevölkerung und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen denen bei, die eine trügerische Einheitsfront aufbauen wollen und denen, die die kritische Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen für die Voraussetzung einer revolutionären Einheitsfront halten. Teile der Bevölkerung und der Widerstandsbasen werden dadurch in die Auseinandersetzung hineingezogen; die Verfechter der trügerischen und programmlosen "Einheitsfront" werden die Emotionen für die Durchsetzung ihrer Pläne ausnützen. Den ideologisch, politisch und organisatorisch harten Kern des Widerstands werden die Eiferer der programmlosen "Einheitsfront" als Gegner der nationalen Einheit zu brandmarken suchen. Würden diese Organisationen in den derzeitigen Auseinandersetzungen ihre Pläne durchsetzen, dann würde die Widerstandsbewegung in eine historische Sackgasse gedrängt. Die logische Konsequenz einer solchen falschen Politik wäre entweder das Absterben der nationalen Bewegung oder ihre Unterwerfung unter die Pläne unserer Feinde.

Die verlogene Propaganda über die Notwendigkeit einer nationalen Einheitsfront, die sich weder an einem Programm, noch an den Anforderungen der heutigen Situation orientiert, erscheint uns sehr suspekt zu sein. Sie gleicht den verlogenen Parolen der arabischen Gipfelkonferenz in Tripolis 1970, die sich eine Kontrolle über die Politik der Widerstandsbewegung versprach.

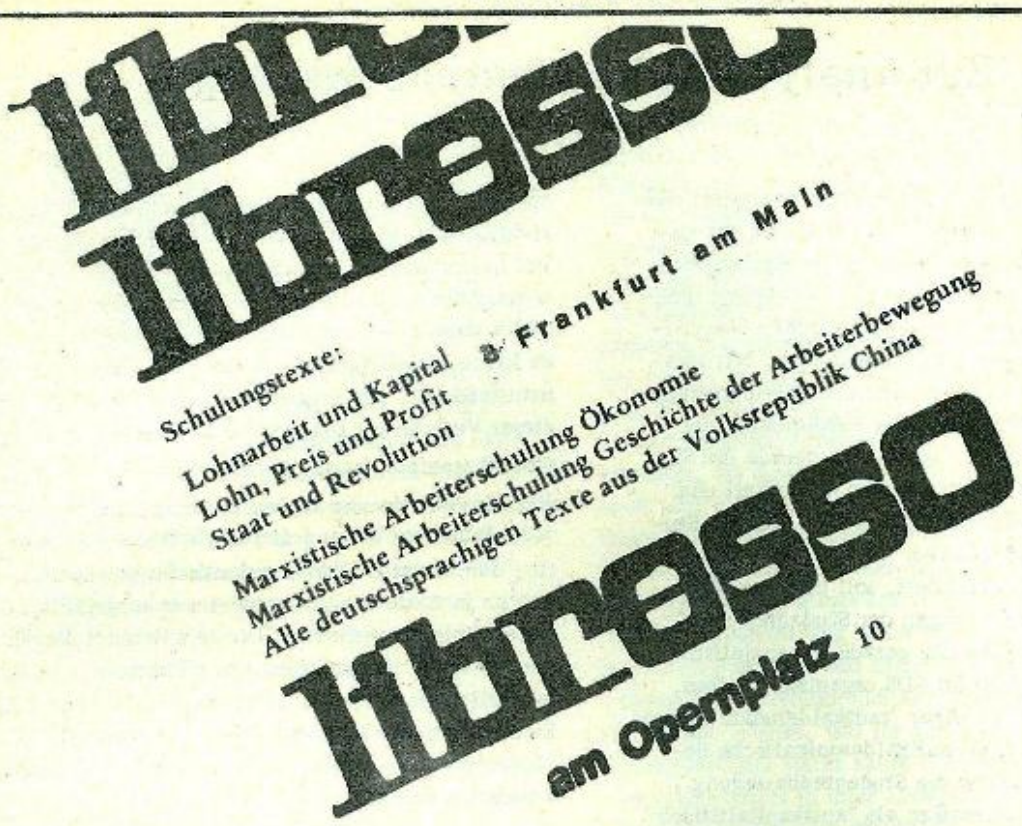
Die heutige Phase erfordert von allen Widerstandsorganisationen die Ausarbeitung eines revolutionären Programms, das den Anforderungen der national-demokratischen Revolution gerecht werden kann. Sie erfordert auch demokratische Beziehungen zwischen den Organisationen des Widerstands und eine zielbewußte Aufgabenbestimmung, die auf demagogische Parolen und unverantwortliches, individualistisches Geschrei verzichtet.

Die organisierte und kollektive Führung ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme der national-demokratischen Revolution. Eine öffentliche, zielbewußte und solidarische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der letzten drei Jahre, vor allem denen des Bürgertums, schafft die Voraussetzung für ein nationales Programm und für die wirkliche Einheitsfront auf militärischer, politischer und organisatorischer Ebene. Hierzu fordert die Demokratische Volksfront alle Widerstandsorganisationen auf.

Jordanien - Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, Okt. 1970
(Nach Al-Hourria, Nr. 541, 542, 543.)

PS. Viele Fußnoten wurden aus dem arabischen Text nicht übersetzt, weil sie entweder auf interne Rundbriefe oder auf arabische Texte hinweisen, die dem deutschen Leser nicht zugänglich sind. Den arabischen Lesern empfehlen wir, die Analyse der FPDLP in den genannten Nummern der Al-Hourria.

7) Die FPDLP hat eine Reihe von strengen organisatorischen Maßnahmen gegen einige Führungskader im Norden (Irbid) geschlossen, weil diese Kader einen falschen militärischen Beschluß fassten. Eine Reihe von Parteiverfahren wurde eingeleitet. Die Ergebnisse der Parteiprozesse werden in einer Sonderanalyse veröffentlicht.



Bücher zu allen politischen Fragen

Kampf dem Opportunismus — Dokumente zur Auseinandersetzung in Heidelberg

Die beiden folgenden Dokumente erklären sich aus dem Gang der Auseinandersetzungen der Linken in Heidelberg nach deren Spaltung. Hatte noch Kramers Referat (vgl. NRF 3/70) auf der Generaldebatte die nötige theoretische Legitimation für die Gruppe um den AStA liefern sollen, so trat deren Theorielosigkeit und politische Haltlosigkeit im weiteren Verlauf umso deutlicher hervor.

Das hier zuerst abgedruckte Referat der Gruppe NRF wurde auf einem teach-in gehalten, das die Gruppe um den AStA "zur Kritik der Studentenbewegung" hatte veranstalten wollen. Vorgetragen wurde dann aber von ihrer Seite eher ein Sammelsurium von Argumenten zur Erklärung und zur "Kritik" der Studentenbewegung, die z.B. alle bereits von Uta Stolle in ihrer Arbeit:"Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil der bürgerlichen Öffentlichkeit" zusammengetragen worden sind (Argument 58). Im Mittelpunkt steht die Hypothese von der technischen Rückständigkeit der Universität, die Protestursache gewesen sein soll. Folglich findet dann die Studentenbewegung "ihr mähliches Ende", wenn die Hochschulreform "nun wirklich technokratisch und nicht mehr durch die Vermittlung der Ordinarien" beginnt (Referat der AStA-Gruppe). Die Übereinstimmung mit den Kalauern bürgerlicher Publizisten ist nur auf den ersten Blick überraschend. Gemeinsam liegt dieser These das Interesse zugrunde, das Problem als politisches auf den Sektor Hochschule zu isolieren. Für die AStA-Gruppe gilt es dann, nachdem die Rückständigkeit beseitigt ist, an die "fortschrittlichen Seiten" der Hochschulreform sich anzuhängen. Der Formwandel der bürgerlichen Wissenschaft erlaubt dann scheinbar, die Hochschule selbst zum alleinigen Ausgangspunkt sozialistischer Politik zu machen. Tatsächlich wurde der Vorwurf, die Gruppe Neues Rotes Forum beziehe sich auf einen Standpunkt "außerhalb der Hochschule", ernsthaft erhoben.

Wie weit und wie schnell ehemalige Genossen bereit sind, sozialistische Positionen aufzugeben, zeigte sich dann im Wahlkampf. Durch ihre Taktiererei gegenüber den Institutsgruppen hatte sich die Gruppe um den AStA in eine Situation manövriert, wo sie den Ausgang der Wahlen zum Kriterium für die "Richtigkeit" ihrer Politik erklären mußte. Nach der Niederlage in den Institutsgruppen erhoffte sich die AStA-Gruppe durch die Studentenparlamentswahlen eine neue Legitimation für die alte Politik. Das konnte nur einen erneuten Ruck nach rechts bedeuten. Nicht mehr wurde die Frage gestellt, in welchem Zusammenhang die Vertretung studentischer Masseninteressen innerhalb einer sozialistischen Politik nötig und möglich ist, vielmehr ging es nurmehr darum, sich als besserer Vertreter studentischer Interessen selbst darzustellen. Die Rutschbahn der Taktiererei führt allemal in den Sumpf des Opportunismus.

Demgegenüber war es notwendig geworden, auch wegen der unterbrochenen organisatorischen Kontinuität der sozialistischen Studenten in Heidelberg, die politischen und theoretischen Positionen neu und grundsätzlicher zu formulieren.

Red.

Zur Analyse der Studentenbewegung

Die Studentenbewegung kann nur konkret analysiert werden, wenn ausgegangen wird von der Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen und ihrer Bewegungsgesetze. Der Widerspruch, den die Studentenbewegung spontan artikulierte, ist der Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft. Wir müssen einerseits fragen, inwiefern sich dieser Widerspruch in d. imperialistischen Epoche des Kapitalismus verschärft hat und andererseits, warum ihn gerade die Studentenbewegung in den letzten Jahren artikuliert und demonstrativ zum Ausdruck gebracht hat. Daß die Studentenbewegung gerade diesen Widerspruch artikuliert hat und weiterhin artikuliert, soll hier nur kurz belegt werden. In den Anfängen der Studentenbewegung waren sich dieser Tatsache gerade die sozialistischen Studenten, die sich im SDS organisiert hatten, voll bewußt, wenn sie von einer "radikaldemokratischen Bewegung" sprachen. Diese radikaldemokratische Bewegung - und genau dies ist die Studentenbewegung auch heute noch - kann insofern als "antikapitalistisch" bezeichnet werden, als der Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und tatsächlicher Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sich weiter verschärfen wird, seine faschistische "Lösung" aber, und das ist auf Grundlage der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die einzig mögliche Lösung, allein durch Massenkämpfe verhindert werden kann, die die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Ziel haben. Es ist also richtig, daß eine radikaldemokratische Bewegung in manifestem Widerspruch zur politischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft gerät, bloß ist damit noch nicht gesagt, daß diese Bewegung auch schon Inhalte artikulieren würde, die sich qualitativ von der bürgerlichen Ideologie der Freiheit und Gleichheit unterschieden. Genau dies aber wird von denen behauptet, die versuchen, unsere Analyse der Studentenbewegung als ahistorisch, dogmatisch etc. zu verschreien. Wir wollen sehen, was es mit diesen, qualitativ von der bürgerlichen Gesellschaft unterschiedenen Inhalten, die unbestimmt als antikapitalistisch beschrieben werden, auf sich hat.

Die Studentenbewegung hat protestiert gegen politische Unterdrückung und ist für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten. Das sind richtige Parolen, aber sozialistische sind es nicht. Die Studentenbewegung hat protestiert gegen die Entdemokratisierung der BRD, gegen die Unterhöhlung und reaktionäre Veränderung der Verfassung; das sind richtige Parolen, aber sozialistische sind es nicht. Die Studentenbewegung hat eine Demokratisierung der Hochschule gefordert, ist für Mitbestimmung der Studenten und gegen Auftrags- und Kriegsforschung eingetreten, sie hat sich gegen repressive Eingriffe des Staates gewandt und aus der Erfahrung dieser Eingriffe den Schluß gezogen, daß eine demokratische Universität erst in einer demokratischen Gesellschaft möglich sein wird; diese Parolen und Einsichten sind richtig, aber sozialistisch sind sie nicht. Zweifellos hat in der Studentenbewegung sozialistische Theorie und sozialistisches Bewußtsein Fuß gefaßt; das ändert aber nichts daran, daß die Studentenbewegung spontan gerade keine sozialistischen, sondern demokratische Inhalte manifestierte. Die organisierte Arbeit des SDS darf bei dieser Verbreitung sozialistischer Inhalte nicht unterschätzt werden (das sieht man schon an den Unterschieden der Politisierung an den einzelnen Universitäten); jedenfalls aber bestand diese Arbeit des SDS gerade darin, daß er das radikaldemokratische Bewusstsein der Studenten in Aktionen und teach-ins in sozialistisches zu transformieren versuchte. Die Möglichkeit hierfür lag gerade in der Verschärfung des Widerspruchs zwischen bürgerlich-demokratischer Ideologie und tatsächlicher Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die die Studenten dazu zwang, nach den Ursachen dieses Widerspruchs zu suchen.

II.

Die bürgerlich-demokratische Ideologie der Freiheit und Gleichheit ist historisch-systematisch Ausdruck des Marktes. Sie hat sich in dem Maße gegen das ständische Bewußtsein durchgesetzt, als die feudale Produktionsweise durch die Entwicklung der Warengesellschaft aufgelöst wurde: "Wenn also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individueller sowohl als auch sachlicher, der zum Austausch treibt, die Freiheit. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleicheit und Freiheit. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke desselben, als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer anderen Potenz." (Grundrisse S. 156) Insofern die Warengesellschaft erst voll entwickelt ist, wenn die Arbeitskraft selbst zur Ware geworden ist, entsteht mit der Entwicklung der Warengesellschaft auch deren eigene Negation, die Lohnarbeit. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft verläuft zwar völlig im Rahmen des Äquivalententauschs, aber insofern die Arbeitskraft eine spezifische Ware ist, deren produktive Konsumtion Mehrwert hervorbringt, durchbricht der kapitalistische Produktionsprozess gleichzeitig den Rahmen des Äquivalententauschs. Voraussetzung dafür, daß die Arbeitskraft zur Ware wird, ist die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Während der Verkäufer der Ware Arbeitskraft auf dem Markt dem Kapitalisten als freier und gleicher gegenübertritt, der, wenn wir vom Beschiss absehen, tatsächlich den Gegenwert seiner Arbeitskraft erhält, findet die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft ausserhalb der Sphäre des Marktes statt, in der produktiven Konsumtion der Ware Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozess.

"Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte (...) Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warenaustausches, woraus der Freihändler vulgaris Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt, verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas wie Physiognomie unserer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftstüchtig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markte getragen und nichts anderes zu erwarten hat als die -Gerberei." (Kapital I, 190f.) Diese Gerberei des kapitalistischen Produktionsprozesses ist der Ort, in dem die bürgerliche Ideologie der Freiheit und Gleichheit aufgehoben ist und von dem aus sie überhaupt erst kritisiert werden kann. Dies ist auch der Grund, warum das Industrieproletariat, das diese Aufhebung der bürgerlichen Ideologie am schärfsten am eigenen Leibe erfährt, Kerntrupp der sozialistischen Revolution sein wird und warum überhaupt bloß vom Standpunkt des produktiven Arbeiters aus die bürgerliche Gesellschaft theoretisch und praktisch kritisiert werden kann. Marx sagt: "Der Begriff des produktiven Arbeiters ... schließt keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukt ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis, welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt. Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech." (Kapital I, S. 109) Aber bloß aus der Perspektive des kapitalistischen Produktionsprozesses, also vom Standpunkt dieser Pechvögel aus, kann die bürgerliche Ideologie der Freiheit und Gleichheit durchbrochen werden. Das heisst nicht, daß niemand sonst in der kapitalistischen Gesellschaft diese Ideologie kritisieren und ein sozialistisches Bewusstsein entwickeln könnte; er kann es jedoch nur, wenn er systematisch vom kapitalistischen Produktionsprozess ausgeht, also von einem Prozess, dem er selbst nicht unmittelbar unterworfen ist. Seine Einsicht in den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft ist deshalb ganz anders vermittelt als der des produktiven Lohnarbeiters. Von anderer Position ausgehend als der des produktiven Lohnarbeiters, wird die Kritik entweder reaktionär oder ist ein bloßes Insistieren auf der bürgerlichen Ideologie gegenüber der tatsächlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Solchen Kritikern der bürgerlichen Gesellschaft ist allerdings mit Marx zu antworten, "daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit. Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist auf der einen Seite das Gefühl der Widersprüche, die das System einschließt; auf der anderen der Utopismus, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen und daher das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Th[illegible]ie das Lichtbild dieser Realität ist." (Grundrisse, S. 160)

Dies ist die Kritik von Marx an dem kleinbürgerlichen utopischen Sozialismus des 19. Jhdts, vor allem an der ökonomischen Theorie Proudhons. Der notwendige Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft hat sich seither gewaltig verschärft und er hat den grössten Teil des Kleinbürgertums, d.h. der kleinen Warenproduzenten in die Arme des Faschismus getrieben, von dem sie ironischerweise eine Rettung vor dem großen Kapital erwarteten. Eine ähnliche Verschärfung der Differenz zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft zeigt sich auch, wenn wir die politischen Institutionen und das politische Verhalten der Bourgeoisie in die Analyse einbeziehen. Zugrunde liegt, wie auch in der Veränderung der Marktverhältnisse, die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Während die Bourgeoisie im 19. Jhdt zumindest bedingt als der Vorkämpfer politischer Freiheit, nationaler Unabhängigkeit, der öffentlichen Herrschaftsausübung und des Parlamentarismus aufgetreten ist, tritt sie heute überall als Gegner der politischen Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit, der öffentlichen Herrschaftsausübung und tendenziell sogar des Parlamentarismus auf. Zu Symbolen dieser Entwicklung wurden für die Studentenbewegung: die Notstandsgesetze, der Vietnamkrieg und die Große Koalition. Es ist die Frage, wieso gerade die Studenten, und sie fast allein, diesen verschärften Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und tatsächlicher Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft artikulierten. Ich beschränke mich im folgenden auf die Bundesrepublik. In Bezug auf die BRD muß zunächst festgehalten werden, daß nach dem Kriege die bürgerlich-demokratische Ideologie aus mehreren Gründen noch einmal zur offiziell herrschenden Ideologie wurde: Dazu trug erstens der Zwang bei, sich antifaschistisch zu legitimieren zu müssen, zweitens die Notwendigkeit, den Antikommunismus positiv, d.h. bürgerlich freiheitlich zu legitimieren, und drittens entsprach dieser bürgerlich freiheitlichen Ideologie während der Rekonstruktionsperiode in begrenztem Maße die ökonomische Basis, was sich auch in der Erhardschen Marktwirtschaftsideologie niederschlug. Diese notwendige Restauration der bürgerlichen Ideologie verschärfte ihren Widerspruch zur tatsächlichen Entwicklung der BRD, als mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode der neue Monopolisierungsprozeß auch politisch abgesichert werden mußte (Notstandsgesetze), der Antikommunismus durch die Entwicklung der DDR an Anschaulichkeit verlor und die Verteidigung der freiheitlichen Ordnung sich zunehmend als rigoroser Gegenangriff gegen die sozialistischen Staaten und gegen alle nationalen Unabhängigkeitsbewegungen entlarvte.

Warum artikulierten gerade die Studenten diesen Widerspruch ?

Einerseits haben ihn nicht die Studenten artikuliert, sondern zunächst vor allem ein Teil der Studenten der ideologischen Fächer. Andererseits waren diese Studenten in zweierlei Weise durch die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft direkt bedroht. Ihre ganze freiheitlich-demokratische Ideologie drohte in die Brüche zu gehen, und der monopolkapitalistische Staat ging zudem daran, durch Eingriffe in die sogenannte Autonomie der Universität und in ihr Studium, die letzte Basis ihrer Ideologie, das relativ herrschaftsfrei oder nur sehr vermittelt der Herrschaft des Kapitals unterworfen war, einzugreifen. Die bürgerliche Gesellschaft zeigte sich nicht nur allgemein als Gewaltsystem, sondern auch speziell den Studenten und vor allem den Studenten der ideologischen Fächer, deren ideologische Existenz gefährdet und deren studentische Existenz administrativ an die Leine genommen werden sollte. Weder war es also zufällig, daß diese Studenten sehr empfindlich auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, die sie freilich bloß in ihrer politischen Erscheinungsform berührte, reagierten, noch war es erstaunlich, daß sie gegen diese Entwicklung protestierten. Eine wichtige Rolle spielten hierbei die Eingriffe des Staates in die sogenannte Autonomie der Universität, die eine Veränderung in der Form der Vermittlung der Herrschaft der Bourgeoisie über die ideologischen Wissenschaften bedeutete. Für die THs hatte diese Autonomie nie bestanden und auch für die naturwissenschaftlichen Fächer, die an der Universität ohnehin lange Zeit ein Schattendasein führten, nicht in dieser Weise.
Das zur Kenntnis für jene Genossen, die meinen, die Autonomie der Universität sei die spezifische und einzige Form der Vermittlung der Herrschaft der Bourgeoisie über die Wissenschaft und ihre tendenzielle Abschaffung sei ein Anzeichen der technokratischen Herrschaft statt der Herrschaft des Monopolkapitals mit Hilfe des Staatsapparats. Allerdings entspricht die Autonomie der Universität, soweit sie nicht pure Ideologie ist, einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und soweit sie bloße Ideologie ist, ist diese Ideologie eben die bürgerliche der Freiheit und Gleichheit. Die Studentenbewegung war zweifellos nur sehr begrenzt ein Angriff auf die Ordinarien, mit diesem Angriff begonnen hat sie ohnehin nicht. Begonnen hat die Studentenbewegung in der Hochschule als Abwehr der Abschaffung der Autonomie. Exemplarisch hier in Heidelberg, wo die ersten größeren "Aktionen" an der Hochschule und die ersten Massenversammlungen mit dem Streik gegen das Hochschulgesetz im Frühjahr 1968 begonnen haben. Dass es dabei um die Verteidigung der Autonomie ging, zeigt sich schon daran, daß die meisten Studenten damals auf ein Bündnis zwischen Ordinarien, Assistenten und Studenten hofften, dessen Ausfluß auch die drittelparitätische Selbstverwaltungsforderung war. Die Enttäuschung war sehr groß, als sich dieses Bündnis nicht herstellte. Und die Schwierigkeiten des SDS, diese Bündnisvorstellungen zu kritisieren und eine materialistische Interpretation des Autonomiefetischs zu propagieren, waren beträchtlich. Tatsächlich wurde ein wirklicher Angriff auf die Ordinarien erst möglich, als sich diese in der Hochschulgesetzgebung und in den Notstandsstreiks ganz deutlich als Agenten des kapitalistischen Staates entlarvt hatten und sich hier gezeigt hatte, daß auch nach der Aufhebung der sogenannten Autonomie gerade die Ordinarien die Vermittler zwischen Kapitalinteressen und Universität sein würden, wenngleich sich die Rolle des Ordinarius formal und inhaltlich etwas wandelte, wobei diese Wandlung sich natürlich schon in der "alten" Ordinarienuniversität abgezeichnet hatte und damit zu einer politischen Fraktionierung der Ordinarien geführt hatte, die sich jeweils auf verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie ausserhalb der Universität bezogen. Zweifellos war die bürgerliche autonome Universität ein Eldorado der bürgerlichen Ideologie, das zunächst der Feudalgesellschaft abgerungen worden war, mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus zunehmend disfunktional wurde - und zwar sowohl was die dort gelehrte Wissenschaft als auch deren Organisation betraf - und im Laufe des 20. Jhdts zunehmend beseitigt werden muß. Die Beseitigung der Autonomie der Universität durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ambivalent - indem er die Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit vorwärtstreibt, ist sie Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte, insofern diese Vergesellschaftung unter der Herrschaft des Monopolkapitals geschieht, ist sie repressiv und gegen die allseitige Entfaltung der Wissenschaft gerichtet. Am eklatantesten wird dieser Widerspruch gerade in den ideologischen und gesellschaftspolitischen Fächern, die nicht unmittelbar der Entwicklung der Produktivkräfte dienen. Einerseits wird die Reflektionsstufe, die die bürgerliche Wissenschaft in ihrem Höhepunkt (Kant und Hegel) erreicht hatte, reduziert auf die Konstatierung von bloßen Wenn - Dann-Beziehungen, andererseits werden Formen der Aneignung dieser Methoden repressiv organisiert, so daß auch eine individuelle In-Frage-Stellung der Form und des Inhalts der Wissenschaft erschwert wird.

Wenn ich zunächst den Angriff auf die Autonomie der Universität mit ihren Implikationen in den Mittelpunkt stellte, so ist dennoch festzuhalten, daß die Studentenbewegung die Verteidigung dieser Autonomie von vornherein im Rahmen allgemeiner Forderungen artikulierte, ja, daß z.B. die antiimperialistischen Demonstrationen den spezifischen Hochschulauseinandersetzungen vorausgingen und daß die Abwehr der Staatseingriffe von vornherein in einen allgemeinen Vermittlungszusammenhang des demokratischen, ja antiimperialistischen Kampfes gestellt wurden. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß, so widersprüchlich wie die staatsmonopolistische Ausbildungsreform, so ambivalent auch die Abwehrbewegung der Studentenbewegung war und ist, insofern sie sich als demokratische gegen den monopolkapitalistischen Staat richtet, ist sie progressiv, obwohl ihre ideologischen Inhalte sich der bürgerlichen Ideologie verdanken, insofern sie sich der Tendenz nach gegen die Vergesellschaftung der Wissenschaft selbst wendet, trägt sie potenziell rekationäre Züge. Aus dieser Ambivalenz der Studentenbewegung erklärt sich sowohl die Notwendigkeit, als auch die Möglichkeit der organisierten sozialistischen Propaganda und Agitation unter den Studenten. Die Wich-

tigkeit der Tätigkeit der sozialistischen Organisationen in der Studentenbewegung ist vom SDS frühzeitig erkannt worden, wenngleich er notwendig bornierte Organisationsvorstellungen entwickelte und die Studentenbewegung vorschnell zur Jugendbewegung stilisierte. So schrieb der damalige Bundesvorstand Reiche/Gäng 1968: "Zu politischen konnten also die Protestbewegungen der letzten Jahre nur werden durch die beharrliche theoretische Ausbildung und Kaderarbeit einer politischen Organisation in der Zeit vor dem Manifestwerden der politischen Jugendbewegung." Es wäre nun wichtig, die Vermittlung zwischen sozialistischen Inhalten, die der SDS propagierte, und demokratischen Impulsen der Studentenbewegung historisch zu analysieren und diese Vermittlung sowohl in ihrer Auswirkung auf den SDS, als auch auf die Studentenbewegung zu untersuchen. Quantitativ stellte sie sich her als Wechselbeziehung zwischen Minderheitenaktionen, staatlicher Repression, demokratischen Massenaktionen und inhaltlicher Legitimation der vorausgehenden Minderheitenaktionen in diesen. Inhaltlich stellte sie sich hier als marxistische Aufklärung des widersprüchlichen Zusammenhanges von bürgerlicher Ideologie und tatsächlicher Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft. Von daher stand im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit und Agitation die Kritik der bürgerlichen Ideologie und der politischen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, statt der Kritik der politischen Ökonomie. In dem Maße, wie die sozialistischen Studenten die Kritik der politischen Ökonomie zu aktualisieren versuchten, wurde auch die Form und der Inhalt ihrer Ideologiekritik alterniert und war es nicht mehr möglich, die Studenten, oder in der Verlängerung die Menschen zum Subjekt einer sozialistischen Umwälzung zu stilisieren. Sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen hieß, die einzige Perspektive einnehmen, von der aus die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ideologie nicht nur wissenschaftlich-systematisch erfasst werden kann, sondern praktische revolutionäre Arbeit überhaupt erst möglich wird. Das hat mit Proletkult soweni zu tun wie mit Verachtung der Studentenbewegung. Allerdings ist aus dieser Selbstkritik unserer bisherigen Theorie und Praxis die organisatorische Konsequenz zu ziehen, daß sich die Sozialisten selbständig und unabhängig organisieren müssen, nicht in der Studentenbewegung aufgehen dürfen, gerade um die Dialektik von demokratischem Kampf der Studentenbewegung und sozialistischer Propaganda richtig zu behandeln. Der Vermittlungszusammmenhang der sozialistischen Propaganda ist nach wie vor durch den allgemeinen demokratischen Kampf gegen die politische Repression bestimmt, von dem aus die marxistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für Intellektuelle, die nicht unmittelbar dem kapitalistischen Produktionsprozess unterworfen sind, überhaupt erst möglich wird.

Wahlplattform der Gruppe Neues Rotes Forum

Durch das Verbot des SDS und die politische Spaltung der Heidelberger Linken, ist die organisatorische Kontinuität der Arbeit der Sozialisten an der Universität zerstört. In dieser Situation scheint es uns notwendig, eine allgemeine programmatische Erklärung zu den Wahlen des Studentenparlaments abzugeben, statt uns auf unmittelbare hochschulpolitische Fragen zu beschränken.

I.

Die Bourgeoisie ist aus einem Vorkämpfer der gesellschaftlichen Umwälzung und der Demokratie, als der sie in der Frühphase ihrer Geschichte auftrat, zu einem Unterdrücker von gesellschaftlichem Fortschritt und Demokratie geworden. Sie war dazu gezwungen in dem Maße, wie sich der Widerspruch zwischen ihr und der Arbeiterklasse entwickelte und Demokratie untauglich wurde, die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung, das Kapitalverhältnis, zu sichern. In der Epoche des Imperialismus, in die der Kapitalismus im 20. Jahrhundert eingetreten ist, heißt die Parole der Bourgeoisie nicht mehr "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", sondern, "Konkurrenz und Kumpanei der herrschenden Klassen" einerseits und "Disziplin, Unterordnung und Brutalität für die Unterdrückten" andererseits. Nach diesen Parolen wurde nicht in den klassischen bürgerlichen Staaten zuerst gehandelt, sondern in Italien, Deutschland und Spanien. Daß die faschistische Entwicklung in diesen Ländern nichts anderes ist als die politische Konsequenz des Kapitalverhältnisses selber unter bestimmten Bedingungen, zeigt die zunehmende Faschisierung gerade der (kapitalistischen) Hauptmacht der einstigen anti-faschistischen Allianz, den USA, die auch zur Hebamme und zum Ziehvater des griechischen und des brasilianischen Faschismus wurden.

Ist die Bourgeoisie in ihren Ursprungsländern endgültig zu ihrer eigenen Ideologie in Widerspruch getreten, so hatte sie aus deren Ungültigkeit für die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung Lateinamerikas, Asiens und Afrikas nie einen Hehl gemacht. Der Krieg in Vietnam ist nur der vorläufige Höhepunkt der Verbrechen, die der Erhaltung der imperialistischen Herrschaft in diesen Kontinenten dienen.

II.

Der Imperialismus hat im Proletariat und den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen einen Gegner, der ihn schließlich zerschlagen wird. An dieser Tendenz zur antiimperialistischen und proletarischen Revolution im Weltmaßstab ändern auch nichts die verschiedenen Niederlagen in einzelnen Ländern dieser ihrem Wesen nach internationalen Bewegung. Dies

zeigt sich in den heftiger werdenden Klassenkämpfen in Europa und Amerika, in denen die Arbeiterklasse den bürgerlich-harmonistischen Integrationstheoretikern eine deutliche Antwort gegeben hat.

Als kritische Wissenschaft kann heute nur noch eine Wissenschaft gelten, die sich auf diese praktischen Emanzipationsbewegungen stützend, die theoretische Kritik des Imperialismus in Angriff nimmt, um seine zielstrebige Beseitigung zu beschleunigen, d.h. die marxistische Wissenschaft.

Demgegenüber dienen auch die modernsten bürgerlichen Wissenschaften, wie Konflikt- und Systemforschung, in erster Linie der Effektivierung der Herrschaft des Kapitals in seiner imperialistischen Epoche. Sie sind der verzweifelte Versuch, die Emanzipationsbewegung des Proletariats und der ausgebeuteten und unterdrückten Völker "wissenschaftlich" in den Griff zu bekommen, um sie praktisch ersticken zu können.

Das internationale Camelot-Projekt, vom Pentagon finanziert, das der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen dienen soll, ist so nur schärfster Ausdruck der Grundtendenz der bürgerlichen Wissenschaft.

In dem Maße, wie die Bourgeoisie aus einer revolutionären Klasse zur herrschenden Klasse wurde, und wie sich die Widersprüche ihrer Herrschaft offen äusserten, entwickelte sich die bürgerliche Wissenschaft zur Apologie. Daß die Methoden der Apologetik sich wandeln und verfeinern mußten, zeigt nur einmal mehr die historische Überreife des Kapitalismus. In den ideologischen Fächern werden die Inhalte der Wissenschaft nur noch formalisiert. Damit wird die Wissenschaft endgültig der Möglichkeit beraubt, die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft auch blos zu reflektieren. Bestimmt so die historische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Totalität die Struktur der Gesellschaftswissenschaften, so werden die Naturwissenschaften unmittelbar bestimmt durch den kapitalistischen Verwertungsprozess, der die Forschungsrichtung und die Verwendung seiner Resultate determiniert.

Die Garanten der bürgerlichen Wissenschaft an der Universität sind vor allem die Ordinarien. Ob sie vorgeben, Wissenschaft um der Wissenschaft willen zu betreiben, oder ob sie aus Kriegs- und Auftragsforschung nicht einmal mehr einen Hehl machen, sie bleiben Funktionäre der Bourgeoisie.

Wie empfindlich die Universität gegen jede inhaltliche Infragestellung der bürgerlichen Wissenschaft reagiert, zeigte sich in Heidelberg in den Berufungsverhandlungen für den antiimperialistischen Ethnologen Sigrist und dem Vorgehen gegen das Tutorium Wesemann am Institut für Politische Wissenschaften.

III.

Die BRD ist ein imperialistischer Staat und ist den allgemeinen Tendenzen der imperialistischen Epoche unterworfen. Nach der Niederlage des Faschismus ist der herrschenden Klasse der BRD das bürgerlich-parlamentarische Regierungssystem von außen oktroyiert worden. Sie übernahm es um so williger, als dieses Regierungssystem erlaubte, die antifaschistischen Massen, die nach 1945 Sozialisierungsmaßnahmen gefordert hatten, im Bündnis mit den westlichen Alliierten zu entmachten und so die Herrschaft der Bourgeoisie zu erhalten. Die relativ weitgehenden Zugeständnisse, die in den Verfassungen der BRD an die antifaschistischen Kräfte gemacht werden mußten, haben aber die epochale Tendenz zur Entdemokratisierung auch in der BRD nicht aufhalten können. So treibt die herrschende Klasse die Entdemokratisierung der BRD energisch voran: Durch die Ersetzung der parlamentarisch-föderalistischen Herrschaft der Bourgeoisie durch die bürokratisch-zentralistische, durch die Einführung der Notstandsgesetze, den Aufbau eines wirksamen Überwachungssystems für oppositionelle Gruppen, die Verschärfung der Ausländergesetze, die Renovierung des arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes, die repressive Auslegung des Streikrechts, etc. Ihre Komplicenschaft mit offen faschistischen Staaten zeigt die BRD-Bourgeoisie auch unter den Bedingungen der SPD-Regierung, deren auf die Eroberung des Marktes der Comecon-Länder gerichtete spektakuläre Ostpolitik ohnehin nicht über die Fortsetzung einer auf Effektivierung und Stabilisierung des kapitalistischen Herrschaftssystems gerichtete Innenpolitik hinwegtäuschen kann.

So werden auch in der Hochschulpolitik (wie in der Bildungsreform generell) gerade die Hauptforderungen der Studentenbewegung nach Veränderung des Inhalts von Forschung und Lehre und nach deren demokratischer Kontrolle unterdrückt und lediglich die Anpassung der Ausbildung an die gewachsenen Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses durchgeführt.

In Baden-Württemberg ist diese Funktion der Bildungsreform durch keinerlei scheinbare Zugeständnisse an die demokratischen Studenten verschleiert worden, so daß ihr herrschaftsstabilisierender Charakter hier besonders vor Augen tritt. Wie weit die oben beschriebene Politik der herrschenden Klasse der BRD weiter hin Erfolg haben wird, hängt wesentlich von der ökonomischen und politischen Stabilität des Kapitalismus ab, d.h. letztlich von der Möglichkeit, die offene Austragung des Klassengegensatzes zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse zu unterdrücken.

IV.

Der Protest der Studentenbewegung gegen die Entdemokratisierung der BRD und gegen die imperialistische Unterdrückung, sowie die Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft und ihrer Organisation, hatte im wesentlichen nur eine propagandistische Wirkung und selbst die Positionen, die an der Universität errungen wurden, sind ständig durch die Angriffe der Reaktionäre gefährdet. Dies zeigt am deutlichsten das Verbot des Heidelberger SDS, der in dieser Protest- und dieser Kritikbewegung in Heidelberg die führende Rolle innehatte. Dieses Verbot hatte sich schon in früheren Maßnahmen der Staatsgewalt abgezeichnet, sowohl in legislativen als auch in exekutiven Maßnahmen (Ordnungsrecht, AStA-Sturm, Unischließung, etc.)

Die Maßnahmen der Staatsmacht haben einerseits den Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates deutlich gemacht und andererseits die Illusionen über die revolutionären Möglichkeiten der Studentenbewegung zerstört. Damit haben sie auch die Einsicht in die Grundlage der bürgerlichen Herrschaft, das Kapitalverhältnis, erleichtert, und zu einem ideologischen Klärungsprozess unter den linken Studenten beigetragen. Sofern nun nicht mehr von einem Widerspruch zwischen der antiautoritären Bewegung und dem autoritären Staat, sondern von dem die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Totalität bestimmenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ausgegangen wird, ist auch eine richtige politische Einschätzung der Studentenbewegung und eine richtige Bestimmung der Politik an der Hochschule möglich. Die Politik an der Hochschule muß die demokratischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung aufnehmen und sozialistisch aufklären, das heißt, in den Zusammenhang des Klassenkampfes stellen.

Das Ende der euphorischen Phase der Studentenbewegung kann nicht die Aufgabe der politischen Arbeit an der Universität bedeuten. Nur wer nach wie vor die Illusion des unmittelbar revolutionären Charakters der Studentenbewegung hegt, kann aus dem Ende der euphorischen Phase der Studentenbewegung auf das Ende der Studentenbewegung selbst schließen. Stattdessen gilt es, daß kritische und demokratische Bewußtsein, das die Studentenbewegung hervorgebracht hat, zu stabilisieren. Dazu ist vor allem theoretische Einsicht in den Charakter des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus notwendig, statt einer Verengung des studentischen Horizonts auf die Hochschule. Es ist Aufgabe der Institutsgruppen in der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft den wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren, der allein diese theoretische Einsicht vermitteln kann.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist die Theorie der Arbeiterklasse, d.h. er geht aus vom Standpunkt des Proletariats als der Klasse, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zum einzigen Vollstrecker ihres Untergangs werden kann. Er dient der Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft. Er ist nicht klassenneutral und freischwebend. Der widersprüchliche Prozess des politischen Klassenbewusstseins des Proletariats, hat mit jeder vorübergehenden Niederlage der Arbeiterbewegung auch die neuerliche Unterwerfung großer Teile des Proletariats unter die Ideologie der Bourgeoisie mit sich gebracht. Die Propheten der Ewigkeit und Unumstößlichkeit des Kapitalismus haben daher schon oft die endgültige Integration der Arbeiterklasse behauptet und wollen immer wieder den wissenschaftlichen Sozialismus auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Dieser beharrliche Kampf gegen die theoretische Waffe der Arbeiterklasse, der ganze Bibliotheken gefüllt hat und weiter füllt, beweist schon, daß die Apologeten des Kapitals an eine wirksame Integration der Arbeiterklasse nicht glauben, und daß sie wissen, daß die Waffe der Kritik zur Kritik der Waffen werden kann, wenn die Massen ihre ideologische Abhängigkeit von der Bourgeoisie überwinden.

Die linken Studenten haben sich auf Grund eigener Erfahrung den verschütteten Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie der Arbeiterklasse, zugewandt. Nur diese ist in der Lage, die tatsächliche Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft zu erklären, mit der die Studentenbewegung kollidierte. Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie der Arbeiterklasse an der Universität bedeutet notwendig auch die Propagierung des Bündnisses der Intelligenz mit der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse.

V.

In der Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus an der Hochschule kommt dem AStA und dem StP eine untergeordnete Rolle zu. Ihre wichtige Rolle als Instrument der Studentenbewegung und der Institutsgruppen in der Verallgemeinerung des demokratischen Kampfes gegen institutionelle und personelle Unterdrückungsversuche der Kritik der bürgerlichen Wissenschaften bleibt jedoch bestehen. Dasselbe gilt für die Organisierung antiimperialistischer und demokratischer Aktionen in der Stadt. Nach dem Verbot des Heidelberger SDS hat sich der AStA von der Kontrolle durch die organisierten sozialistischen Studenten gelöst und eine weithin selbständige Rolle erhalten. Die fehlende Kontrolle und die mangelnde theoretische Klarheit bzw. die falsche theoretische Grundlage, die die Praxis der Gruppe bestimmte, die nach dem SDS-Verbot den AStA unkontrolliert durch eine Organisation in der Hand hatte, führte zu einem ständigen Schwanken der AStA-Politik. Dies hat sich vor allem in der GO-Frage gezeigt, wo unsichere Taktiererei zur Verunsicherung vieler Studenten geführt hat. Taktiererei ist das Gegenteil von Taktik.

Für uns war die taktische Stellung gegenüber der GO klar. Aus der Unmöglichkeit, in der GO institutionelle Absicherungen der Forderungen der Studentenbewegung zu erreichen, und der Unmöglichkeit, in die GO-Gremien zu gehen um sie als Tribüne der Aufklärung zu benutzen (weil diese Aufklärung besser und trennschärfer ohne Mitgliedschaft in den GO-Gremien gerade auch in diesen geleistet werden kann), folgte die Fortsetzung der Boykott- und Entlarvungspolitik von außen gegenüber der GO.

Auch in der Einschätzung des Rektorats Rendtorff hat der AStA geschwankt. Während er Rendtorff einmal zum Schutzpatron der linken Studenten erklärte, verfiel er das andere Mal in emotionale Schimpferei, wenn Rendtorff irgendwelche falschen Erwartungen enttäuschte. Wir gehen davon aus, daß das Rektorat Rendtorff politisch die Fraktion der Bourgeoisie vertritt, die die monopolkapitalistische Reform mit begrenzten Demokratisierungsversuchen verbinden will. Dieser Versuch ist langfristig illusionär; dennoch ergeben sich, insoweit die Politik Rendtorffs zur offenen, nicht demokratisch, sondern bürokratisch und repressiv aufrechterhalt-

baren Herrschaft des Monopolkapitals in Widerspruch steht, Möglichkeiten paralleler Interessen zwischen den linken Studenten und dem Rektorat. Dies gilt vor allem auch gegenüber den ständigen Angriffen auf das Rektorat Rendtorffs von seiten des Kultusministeriums, der CDU und der meisten Ordinarien, die an die Stelle der Befriedungspolitik Rendtorffs die offene Unterdrückung jeder sozialistischen Politik setzen wollen.

VI.

Angesichts der Tendenz zur Entdemokratisierung in der BRD, die den allgemeinen Tendenzen der imperialistischen Epoche entspricht, gilt es, den demokratischen Kampf der Studentenbewegung fortzusetzen. Als demokratischer Kampf kann nur der Kampf um die Herstellung und Erhaltung von Bedingungen gelten, die die Kritik und die Beseitigung des Kapitalverhältnisses erleichtern, d.h. er muß die Perspektive des Bündnisses der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz mit der Arbeiterklasse beinhalten.

Die Studenten stehen heute vor folgender Alternative: entweder sich der Demokratie- und Wissenschaftsfeindlichkeit der herrschenden Klasse zu unterwerfen, oder den Kampf gegen die herrschende Klasse aufzunehmen. Dieser Kampf treibt sie notwendig auf die Seite der Arbeiterklasse; der Verzicht auf ihn aber treibt sie in die Unterwürfigkeit bewusster Lakaien der herrschenden Klasse.
Diese Alternative müssen die Studenten bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigen.

17.1.71 Gruppe Neues Rotes Forum

Nach dem Sieg von Muhamed Ali

Erinnerung an einige Kämpfe zwischen Schwarzen und Weißen.

Ich bin noch nie bei einem Boxkampf gewesen. Mir ist es zuwider, Menschen kämpfen zu sehen zum Vergnügen von Leuten mit guten Manieren und deren Freundinnen, die auf den besten Plätzen am Ring sitzen, Menschen,die kämpfen um den Veranstaltern die Taschen zu füllen.

Was ich aber gestern im französischen Fernsehen gesehen habe, hat mich nicht als Boxkampf beeindruckt, sondern eher als die Vorstellung Muhamed Alis, der politisch mit dem Establishment abrechnet. Von seinem Gesichtsausdruck beim Einstieg in den Ring bis hin zur letzten geraden Rechten schien jeder Schlag einen politischen und sozialen Sinn zu haben.

Ein Schlag für My Lai....

Wenn es nicht stimmt, daß Muhamed Ali an dem Gesicht von Jerry Quarry einige von den Demütigungen und Ungerechtigkeiten, die er persönlich und seine afroamerikanischen Brüder ganz allgemein erdulden mußten, ausgelassen hat, wenn er also nicht in Wirklichkeit ins Gesicht des "Establishment" und der politischen Struktur geschlagen hat, dann habe ich jede Menschenkenntnis verloren: Ein Schlag für die Fälschung meines Einberufungsbefehls, einer für die Aberkennung meines Titels, der für euren Rassismus, der für die Morde an den Führern der Black Panther Partei und der noch für den Mord an Martin Luther King.

Vielleicht ging meine Einbildungskraft weiter als das Unterbewusstsein Muhamed Alis und die Tiefe seiner Gefühle gegen den Krieg in Vietnam. Weil er lieber ins Gefängnis gegangen ist und den Verlust des Weltmeistertitels hingenommen hat als sich in Vietnam die Hände schmutzig zu machen, nahmenseine Schläge inmeinen Ohren den Rhythmus an: "Diesen für My Lai, den für die Tigerkäfige, einen dafür, daß hauptsächlich Schwarze die schwersten Kämpfe führen müssen, einen weiteren für Nixons Lügen bei den Pariser Friedensverhandlungen."

Schade für Jerry Quarry. Er war der erste, der Muhamed Ali die Gelegenheit bot, sich ein wenig von der aufgestauten, gerechten Wut zu befreien und sich zu revanchieren, für sich, seine Rasse, seine farbigen Brüder in Amerika und anderswo und für seine Klasse.

Ich hatte mich schon einmal für einen großen Boxkampf interessiert und zwar zur Zeit des Kampfes zwischen Joe Louis und Max Schmeling in New York am 22. Juni 1938. Ich war damals in London und stand aktiv im Kampf gegen den Nazismus - und Max Schmeling war die arrogante Personifizierung der hitlerschen Ideologie der Herrenrasse. Vor dem Kampf plusterte sich Schmeling auf, voller Verachtung prahlte er, er werde den Schwarzen - Angehörigen einer minderwertigen Rasse - schlagen.

In den ersten Sekunden der ersten Runde wurde Schmeling niedergeschlagen, bewusstlos. Ich kannte die Einstellung Joe Louis zum Nazismus nicht, aber an der Kraft seines Angriffs konnte man sehen, daß er alles über den Rassismus wusste.

Vielleicht hat Joe Lewis es nicht bemerkt, aber mit diesem Schlagregen und der totalen Zerstörung des Idols der Herren stärkte er die Gefühle einiger zehn Millionen Antifaschisten und Antinazis überall in der Welt. Ich habe das gleiche gefühlt bei Muhamed Alis Kampf gegen Quarry

Als Onkel Ho über Sport sprach.

Das französische Fernsehen hatte die besten Experten in seine Studios geholt. Vor dem Kampf gab man Tips, man tauschte zwischen den Runden Eindrücke aus. Georges Carpentier war dabei, der ehemalige Schwergewichts-Weltmeister, unter den Experten einer der wenigen, die den Sieg Muhamed Alis vorhersagten im Gegensatz zu den anderen, die wegen seiner 3 1/2 jährigen Unter-

brechung seine Niederlage prophezeiten. "er ist ein zu großer Boxer, als daß er nicht Mittel gefunden hätte, weiter zu trainieren - auch heimlich", sagte Carpentier.

Als ich Carpentier sah, fiel mir etwas ein. Ob man es glaubt oder nicht, Ho Chi Minh hat auch einmal über das Boxen geschrieben. Anlass dafür war der Kampf zwischen dem Senegalesen Siki und Georges Carpentier im Jahr 1920. Siki gewann gegen den französischen Meister. Mit leiser aber beißender Ironie konnte jener, der später als "Onkel Ho" werden sollte, nicht widerstehen, bei diesem Anlass einige Bemerkungen zu machen. "Seitdem der Kolonialismus besteht", schrieb er im "Paria", vom 1. Dez. 1922, einer antikolonialistischen Zeitung in Paris, deren Verleger er war, "werden die Weißen dafür bezahlt, die Schwarzen zu verprügeln. Zum erstenmal wurde ein Schwarzer dafür bezahlt, einem Weißen das Gleiche anzutun. Da ich gegen jegliche Gewaltanwendung bin, verurteile ich beide Verfahren.

Mit einem Faustheb - wenn auch nicht wissenschaftlich exakt, aber dennoch gut gezielt - hat Siki Carpentier endgültig von seinem Podest geholt, um selber draufzusteigen. Der Titel ist in andere Hände gefallen, aber der nationale Sportruhm hat nicht darunter gelitten, denn Siki, ein Kind Senegals, ist deswegen ein Sohn Frankreichs, also Franzose. Es scheint aber, daß jedesmal wenn Carpentier siegt, er dies natürlich seiner Tüchtigkeit und seinem Können verdankt. Aber jedesmal wenn er geschlagen wird, liegt das an der Gewalttätigkeit eines Dempsey oder an der tückischen Beinarbeit eines Siki. Deshalb war man im Buffalo-Stadion (damals war es das größte in Paris) der Meinung - manche waren sich sogar ganz sicher - daß Siki, obwohl er gesiegt hatte, "eigentlich" verloren habe. Aber das Publikum wollte es nicht so verstehen. Und die Volksgerechtigkeit siegte: Siki wurde zum französischen und Weltmeister ausgerufen. Nachdem er von einem Schwarzen besiegt war, ging Carpentier in aller Ruhe nach Rußland, um das Land der Roten zu besichtigen. Wir beglückwünschen Siki zu seinem Sieg. Wir beglückwünschen Carpentier zu seinem hellen Kopf."

"Wir erfahren aus den Zeitungen", schrieb Ho, "daß Siki 9 Monate Boxverbot in allen Ringen Frankreichs bekommen hat. Grund: Er hat Herrn Cuny+ eine allzu derbe Antwort gegeben. Was geschieht hier? Zuvor war Siki hochgelobt, weil er Carpenters Nase hatte schwellen lassen, heute, ohne daß er Herrn C. ein Haar gekrümmt hat, ist er in Ungnade gefallen. Wir denken folgendes: Siki, einem Schwarzen, wird niemals verziehen, Carpentier, einen Weißen geschlagen zu haben, und wenn Carpentier ihm auch nicht böse ist, ist ihm auf alle Fälle der Chauvinismus der anderen böse."

An der Art der Behandlung, die ihm zuteil wurde, weil er Schwarzer und Sieger ist, kann Muhamed Ali sehen, daß er historische Vorläufer hat. Und dies konnte den Augen des Verteidigers der Gerechtigkeit und Rassengleichheit, des zu früh verstorbenen Onkel Ho, nicht entgehen.

William Burchett
(aus: AfricAsia, Nr. 28, 7.12.1970)

+ wahrscheinlich irgendein Kolonialist

Lenin
–
Rosa Luxemburg

ANALYSE IHRER DIFFERENZEN

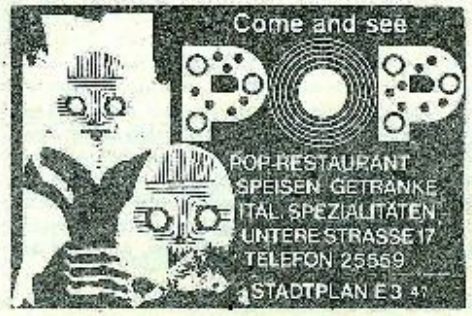
Zu beziehen über POLIBULA, Göttingen
Weender Straße 78 Tel. 0551/59044
LEST DIE SCHRIFTENREIHE DES KSB!

ROTER ★ KURS

SOZIALISTISCHE GÖTTINGER STUDENTENZEITUNG

Organ des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen

Erscheint 14-tägig; Bestellungen an die Redaktion:
Göttingen, Nikolausberger Weg 1, F. 58901/44989



Die National Convention der SDS in Chicago, Dezember 1970

I. Vorgeschichte und Verlauf der National Convention (NC)

Nach der NC im Juni 1969 galten die 'Students for a Democratic Society' (SDS) in der amerikanischen Linken allgemein als tot. Die Spaltung zwischen der 'Revolutionary Youth Movement' (RYM) und der 'Worker-Student Alliance / Progressive Labor' (WSA/PL) (1) setzte sich noch bis Anfang 1970 fort durch gegenseitige Angriffe und dem jeweiligen Anspruch, die rechtmäßigen SDS zu sein. Im Dezember 1969 tagten beide Fraktionen - getrennt - jeweils als NC. Der 'Guardian' schrieb dazu am 17.1.70: "If any further evidence were needed to document the decline of the new left, the Weathermen and Worker Student Alliance national meetings ... should suffice. Both groups refer to themselves as the 'real' Students for a Democratic Society, but the question is no longer relevant. SDS ... has ceased to exist."

Diese Prognose erwies sich als falsch. Während RYM nach der Spaltung die National Headquarters in Chicago behielt und damit über den gesamten Apparat verfügte, baute WSA/PL ein neues Hauptquartier in Boston auf. Anfang 1970 jedoch spaltete sich RYM endgültig in Weatherman und RYM II. Weatherman hatte kein Interesse mehr an den SDS, und RYM II war durch die Spaltung so geschwächt, daß sie das Hauptquartier in Chicago liquidierte. Bis Februar 1970 arbeitete RYM II noch unter eigenem Namen weiter, danach scheint sie sich aufgelöst zu haben. Seitdem konnte WSA/PL die zwar reduzierten, aber arbeitsfähigeren SDS vollständig übernehmen. WSA als besonderer Caucus innerhalb der SDS wurde aufgelöst.

Die 'New Left Notes' (NLN, Organ der SDS) vom 10.12.70 erwarteten zur diesjährigen NC 1200 Teilnehmer (?). Nicht-SDS-Mitglieder waren auf den Plakaten ebenfalls eingeladen worden. Die Convention hatte im wesentlichen zwei Aufgaben:
1. Die im Juni 1969 von der PL-Mehrheitsfraktion beschlossene Strategie der Worker Student Alliance durch Diskussionen über Imperialismus, Rassismus und 'Male Chauvinism' und den Erfahrungsaustausch der einzelnen chapters in eine Aktionsstrategie umzusetzen und dadurch die PL-Linie in den SDS zu konsolidieren; 2. die Kontakte von PL und SDS zur Arbeiterschaft im Bereich von Chicago durch Flugblattverteilen und eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit zu verbessern.

Die Tagesordnung sah daher Plenumsdiskussionen zu den Themen vor:
- Imperialismus und Internationalismus (besonders der Nahe Osten) 27.12.
- Rassismus, Arbeiterklasse und Studentenbewegung; 28.12.
- Male Chauvinism; 28.12.

Zwischen diesen Plenumssitzungen sollten kleinere Arbeitskreise (workshops) stattfinden, die das jeweilige Thema weiterführen sollten. Für den 29.12. und dem Vormittag des 30.12. waren die Diskussionen und Abstimmungen über die vorgeschlagenen Resolutionen und die turnusmäßigen Wahlen zum National Interim Committee (NIC) vorgesehen.

Die TO konnte während der NC selbst fast vollständig eingehalten werden; nur über die Resolutionen zum Nahen Osten wurde nicht mehr abgestimmt. Das Flugblattverteilen morgens vor den Betrieben, nachmittags vor Arbeits- und Wohlfahrtsämtern und in der Stadt hatte die NC in Zeitdruck gebracht. Die Flugblätter - eins mit dem Kopf der NLN und der Überschrift "Fight Racist Unemployment', eins mit dem Kopf von "Challenge"(3) und der Überschrift "Smash Racist Unemployment" - riefen die Bevölkerung zur Teilnahme an der Demonstration auf. Die Demonstration selbst war sehr erfolgreich; die 900 NC-Teilnehmer zogen zusammen mit etwa 600 Arbeitern, meistens Arbeitslose, eben vier km durch die Innenstadt zur Tagungsstätte, wo die Demonstration mit einer "rally" (Kundgebung, Radical Arts Theater etc.) endete. (4) Während vor der Demonstration vor jeder Provokation so recht als im Interesse der Polizei gewarnt wurde, durften die Teilnehmer hinterher in einem "Weihnachtsspiel" die Manager von Bethlehem-Steel mit (Papier)steinen bewerfen. Bethlehem-Steel hatte gerade die Entlassung von 7 000 Arbeitern angekündigt. Der Arbeitsstil der NC war geprägt von ihrem Charakter als Massenveranstaltung. Die Auseinandersetzung der verschiedenen Linien und Fraktionen wurde kaum in der Form gegenseitiger Kritik und Analyse geführt; abgesehen von den gegenseitigen Vorwürfen "Trotskisten", "Antikommunisten", "Anti working class" versuchten die Fraktionen vielmehr in den Abstimmungen zur Tages- und Geschäftsordnung, über die Resolutionen und bei den Wahlen, unterstützt durch Sprechchöre, ihre Stärke zu messen und ihre Linie durchzusetzen. Die Sprecher der einzelnen Fraktionen, die jeweils ihre Resolutionsvorschläge erläuterten und verteidigten, kamen meistens über das Niveau der Sprechchöre und ein "wir haben auf unserem Campus dieses und jenes gemacht" nicht hinaus.

Von den über 900 registrierten Teilnehmern waren selten mehr als 500 - 700 anwesend. Bei den Abstimmungen, die ausgezählt wurden, ergab sich, daß immer nur höchstens 300 mit ja/nein gestimmt hatten. Es scheint tatsächlich richtig zu sein, daß ein großer Teil der lokalen chapters sich ziemlich indifferent zu den ideologischen Auseinandersetzungen in der Gesamt - SDS verhält. (5) Dennoch ist es unbestreitbar, daß PL die Mehrheit der SDS-Mitglieder hinter sich hat, nicht nur, weil die PLP am besten organisiert ist, sondern hauptsächlich, weil die Prinzipien der WSA anerkannt werden, trotz der Kritik an einzelnen Punkten der PL-Linie. Alle Angriffe gegen PL wurden immer nur von einer Minderheit von höchstens 50 unterstützt.

Die Struktur der SDS wurde während der NC bestätigt, bzw. leicht korrigiert. Grundeinheiten sind die "chapters", jeweils an einer Universität. Die chapters sollen in Zukunft stärker auf regionaler Ebene zusammenarbeiten. Jedes Jahr, möglichst im Dezember, soll eine NC stattfinden, die neue Richtlinien bestimmt, und jährlich das NIC wählt, das aus etwa 15-18 Mitgliedern besteht. Die Wahlen zum NIC ergaben, daß fast nur PL-Mitglieder und -Sympathisanten gewählt wurden, höchstens fünf Leute aus anderen Fraktionen.

II. Die Fraktionen der SDS

Die verschiedenen Fraktionen und Linien traten am deutlichsten hervor in den Resolutionsvorschlägen, die unter dem Stichwort "general" verhandelt wurden. Die Mehrheitsfraktion unterscheidet offenbar zwischen "zuzulassenden" und "nicht zuzulassenden" Linien. Von den 5 Resolutionsvorschlägen wurden in einer ersten Abstimmung zwei niedergestimmt und damit der weiteren Diskussion entzogen. Die zweite Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den PL-Vorschlag, während die beiden anderen Resolutionen nur jeweils etwa 50 Stimmen bekamen.

Diese Fraktionen sind im einzelnen:
1. The Winning Way for SDS, Build a Worker-Student Alliance (Titel des angenommenen PL-Vorschlags)
"At the root of revolutionary ferment in our country is the fact that the Capitalist system is in contradiction to everyvital aspect of the lives of students, intellectuals, and workers. At this writing (1970), millions of Americans know the imperialist hosses must be swept away. Thousands know Capitalism must be replaced by the Dictatorship of the Proletariat. ...It is decisive to organize to make revolution and socialism a reality. For this reason the Progressive Labor Party was organized five years ago... We always advanced the idea that to make a revolution in our country required winning the majority of workers. But in practice we relied on students. ... Within the past year we have begun to solve this contradiction." (6)

Diese Selbstkritik ist die Grundlage der WSA. Diese Strategie umfaßt vier Bereiche:
a) An den Universitäten werden Bündnisse mit den Campus Workers (CWSA) geschlossen. An einigen Orten sollen solche Bündnisse im letzten Jahr in Kämpfen für Lohnerhöhungen, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Entlassungen und Rassismus schon sehr erfolgreich gewesen sein.

b) Außerhalb der Universitäten werden Streiks unterstützt durch Flugblattaktionen, freie Mahlzeiten für Streiker, Kampf gegen Streikbrecheranwerbung auf dem Campus etc. An einigen Orten sind auch Bündnisse mit Mietern und Wohlfahrtsempfängern geschlossen worden. Weiterhin soll jährlich mindestens eine nationale Demonstration nach dem Vorbild von Detroit und Chicago durchgeführt werden.

c) Der Kampf gegen Rassismus und Male Chauvinism wird an den Universitäten theoretisch geführt, unterstützt durch Forderungen nach Lohngleichheit, bevorzugte Anstellung von Angehörigen rassischer Minderheiten, Liberalisierung der Abtreibungsbestimmungen etc.

(1) Siehe dazu: "Die Fraktionierung der amerikanischen SDS", Berlin, 1970. (Frakt.) Die Abkürzungen in Klammern setzen das Stichwort an, unter dem im folgenden Zitate angeführt werden.
(2) Die SDS haben z.Z. etwa 10 - 15 000 Mitglieder; zur NC kamen über 900.
(3) Organ der Progressive Labor Party, (PL oder PLP). "Challenge" erscheint zweisprachig, in Englisch und Spanisch, 2 bis 4 mal im Monat. Die Auflage stieg in den letzten Jahren von 10 000 auf 100 000. "Revolution Today: U.S.A. A Look at the Progressive Labor Movement and the Progressive Labor Party" (Revol.), New York, 1970, S. 848.
(4) Die Demonstration in Chicago war die dritte dieser Art, die von SDS und PL durchgeführt wurden. Die erste fand am 15.11.69 in Washington D.C. mit 7 000 Teilnehmern zur Unterstützung des General Electric Streiks statt, die zweite in Detroit und San Jose, Calif., jeweils am 3.11.70 (Tag der Kongreßwahlen), zur Unterstützung des General Motors Streiks. Diese Demonstrationen waren so erfolgreich, daß die bürgerliche Presse ihre Taktik, die SDS totzuschweigen, aufgab, um dafür durch Verfälschungen die Öffentlichkeit irrezuführen. "Newsweek" machte aus den 2 300 Teilnehmern in Detroit 750 und verleugnete die Tatsache, daß ein Drittel der Demonstranten Arbeiter waren. "Chicago Daily News" meldete 300 Teilnehmer. PL hat übrigens während der NC beim Flugblattverteilen und nach der Demonstration etwa 1000 neue Kontakte zu Arbeitern hergestellt.
(5) Vgl. Frakt. S.3.
(6) Revol. S. 9f. Vgl. auch: "US Workers: Key to Revolution", Revol. S. 298 ff. Auf deutsch: "Das Gewerkschaftsprogramm der PLP", Frakt. S. 116 ff.

a) der Kampf gegen den US-Imperialismus wird auf den Universitäten durch Angriffe auf ROTC (7), Kriegs- und Counterinsurgencyforschung geführt. Ausserhalb der Universität wird gegen den Imperialismus nur im Zusammenhang mit Streikunterstützung, Getto-Rebellionen etc. agitiert. "Nur"antiimperialistische Demonstrationen sind nach dem Streik gegen die Kambodschainvasion von den SDS nicht durchgeführt worden.

2. "Build a Mass SDS" (8)

Die Mitgliederzahl der SDS ist offenbar seit Juni 1969 erheblich zurückgegangen. Diese Fraktion führt das auf die Strategie der WSA zurück und lehnt sie daher ab. Ihr Vorschlag sieht ein breites Bündnis aller Studenten vor, die den Imperialismus wenigstens in einigen Punkten bekämpfen wollen. Dieses Bündnis soll nur dort Campus Workers und streikende Arbeiter unterstützen, wo das die Aktionen auf dem Campus selber nicht beeinträchtigt. "Build a Mass SDS" repräsentiert in gewisser Weise ein "Zurück zu den guten alten Tagen der SDS". Um diesen Anschein zu verdecken, werden die Studenten flugs auch zu tendenziellen Arbeitern erklärt, die ihren Boß zu bekämpfen haben, die Universitätsverwaltung. (9)

3. "Serve the People - Build a Worker-Student Alliance" (Titel des Vorschlags der Columbia-Barnard SDS, New York)

Zwischen den beiden ersten Positionen nimmt Columbia eine vermittelnde Stellung ein. (10) Die Strategie der WSA wird anerkannt, jedoch die Kritik von PL an der FNL und der BPP wird abgelehnt mit dem Argument, dass es zur Zeit keine heftigeren und erfolgreicheren Kämpfe gegen den US-Imperialismus und Rassismus gebe als die von der FNL und der BPP geführten. Ihre Strategie sieht in erster Linie eine WSA, Unterstützung von FNL und PLC und Bündnisse mit der BPP und Young Lords vor.

4. Die Splittergruppen

Die "nichtzugelassenen" Fraktionen unterscheiden sich von den unter 2. und 3. genannten hauptsächlich dadurch, daß sie nicht so sehr die unterschiedliche Praxis eines einzelnen chapters widerspiegeln, sondern meistens überregional organisierte Gruppen mit grundsätzlich abweichender Linie darstellen.

a) Revolutionary Marxist Caucus (RMC). Diese trotzkistische Gruppe zeichnete sich während der Convention hauptsächlich durch massenhafte Flugblattproduktion aus. Während sie in ihrem Resolutionsvorschlag "A Programm for the Economic Crisis" gegen das angeblich bloß revolutionäre Geschrei von PL die Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen vorschlug, warf sie in der Debatte der PLP Ökonomismus vor, um gegen die WSA "real working class politics" zu setzen. Was das wohl sein soll, kommt am Ende ihres Resolutionsvorschlages heraus: die Gründung einer "Workers Party Based on the Trade Unions". Eine solche Partei kann angesichts der US-Gewerkschaften bestenfalls eine Sozialdemokratie sein. (11)

Abgesehen von einer kurzen Auseinandersetzung darüber, warum das Proletariat die revolutionäre Kraft sei - PL meinte, weil die Arbeiter am meisten unterdrückt seien, RMC, weil nur die Arbeiterklasse stark genug für eine Revolution sei - wurde mit dem RMC während der gesamten Convention keine ideologischen Auseinandersetzungen geführt. PL verließ sich vielmehr auf Präsidiumskniffe und GO-Tricks. Am letzten Tag durften RMC-Mitglieder zu jedem TOP nur noch einmal 30 sec lang reden. (12)

b) People's Revolutionary Caucus (PRC). Der PRC repräsentiert das, was in den SDS von der RYM-Ideologie noch übriggeblieben ist. Seine Analyse geht aus von dem Begriff der "Community", der von Huey Newton auf der "Revolutionary People's Constitutional Convention" im November 70 eingeführt worden ist, um den Begriff der Nation zu ersetzen. Mit "Community" wird seitdem von der BPP jede Art von nationalem, rassischen und sozialen Gemeinwesen bezeichnet. In seinem Programm "Towards a Revolutionary Service Organization" fordert der PRC eine Organisation, die analog dem Breakfast for Children die unmittelbaren Bedürfnisse der verschiedenen Communities dienen soll. Diese Organisation soll Gruppen wie die BPP, Young Lords, Women's, Gay Liberation, Weatherman etc. umfassen. Als der Sprecher der PRC bei der Aufzählung der Bündnispartner bei Weatherman angekommen war, wurde er mit dem Sprechchor niedergeschrien: "Same Enemy, Same Fight, Workers and Students Must Unite!".

c) New Orleans SDS

New Orleans gehört zu den chapters, die nach Juni 69 bei der RYM-Linie geblieben sind. Doch was im Juni 69 z.T. noch richtige Kritik an Fehlern der PLP gewesen war, ist inzwischen, ähnlich wie beim PRC, vollständig zur Counter-culture geworden. Der Hauptvorwurf gegen PL (in ihrer Zeitung "The Midnight Special", Dez. 70) ist, daß deren Unterstützung von Lohnkämpfen ja eigentlich nur eine Forderung nach materiellen Gütern ist, und das angesichts einer Studentenbewegung, die angeblich gelernt hat, auf materiellen Reichtum zu verzichten! Während der Convention legte New Orleans keine Vorschläge zur Generaldebatte vor, lediglich in der Organisationsdebatte forderten sie den Abbau des Zentralismus (Weaken the NIC) und die Wiederherstellung der internen Demokratie in den SDS, d.h. hauptsächlich eine pluralistische Redaktion der NLN.

III. Antiimperialismus

Hauptpunkt der Fraktionsauseinandersetzungen in den SDS, sowohl im Juni 69 wie im Dez. 70, ist das Verhältnis einer antiimperialistischen Studentenbewegung zum Klassenkampf. Alle Kritik an der PL-Linie, ausser der von Columbia, basiert auf dem Vorwurf, dass die WSA eine antiimperialistische Studentenbewegung nicht zuläßt. PL hat sich zu diesem Punkt bisher nicht direkt geäußert, doch zeigt die Handhabung der SDS seitens PL, dass dieser Vorwurf höchstens teilweise berechtigt ist. SDS sind unter der Strategie der WSA eine demokratische, antiimperialistische Koalition ("Antiimperialist, antiracist, anti male chauvinistic"), die sich allerdings bei Arbeitsauseinandersetzungen und Getto-Rebellionen solidarisch verhält. Der Vorwurf besteht jedoch soweit zurecht, - und das soll im folgenden untersucht werden- als die Kritik der PLP an Kuba, Nordvietnam und der FNL die antiimperialistische Bewegung tatsächlich gespalten und geschwächt hat.

1. Kuba (13)

Die Kritik an Kuba besteht aus drei Punkten:
a) Die Castroclique ist elitistisch; der Sozialismus ist in Kuba hinter dem Rücken des Volkes eingeführt worden;
b) da es in Kuba immer noch ein Kleinbürgertum gibt, das Produktionsmittel besitzt, ist die Ausbeutung nocht längst nicht abgeschafft;
c) die ökonomische Hilfe der Sowjetunion (Russia) hat Kuba in eine Kolonie des Sowjetimperialismus anstelle des amerikanischen verwandelt.

Ergebnis: "What the people of Cuba participated in was a bourgeois democratic revolution. Its aim was the defeat of Batista and sweeping reforms in all areas of Cuban life. U.S. imperialism over-reacted to this development and pushed Castro & Co. into the arms of the Soviet bosses. To fit this new set of relations Castro proclaimed Cuba socialist, and then Marxist-Leninist." (14)

2. Nordvietnam und FNL (15)

Die Kritik an der Führung der vietnamesischen Revolution richtet sich gegen zwei Punkte:
a) Die Verhandlungen in Paris sind ein Verrat am vietnamesischen Volk; Hanoi und Washington wollen durch eine friedliche Lösung die Revolution unterdrücken; die Fortsetzung des Kampfes dient nur der Beschleunigung der Verhandlungen;

(7) "Reserve Officers' Training Corps". NLN (28.9.70) zitierten aus "U.S. News & World Report", dass die Zahl der Einschreibungen ins ROTC-Programm seit 1968/2 von 300 000 auf 160 000 (1969/70) zurückgegangen ist. In Washington University ist gar ein ROTC-Gebäude abgebrannt; gegen zwei Campus Workers wurde Anklage erhoben.
(8) Titel des Resolutionsvorschlages einiger SDS-Mitglieder aus New York. Ein Artikel aus Berkeley, Calif. (NLN, 28.9.70) geht in dieselbe Richtung.
(9) Inwieweit die Vorwürfe gegen WSA zutreffen, dass die Unterstützung der Arbeiterbewegung meistens nur nominell und symbolisch gewesen sei, läßt sich in diesem Dschungel von gegenseitigen Verdächtigungen und Vorwürfen kaum nachprüfen. Nach meinem Eindruck sind die Aktionen von vielen Arbeitern anerkannt worden.
(10) Das wurde von der PL-Mehrheit dadurch honoriert, dass am 30.12. ein Mitglied von Columbia SDS ausserhalb der TO noch nachträglich ins NIC gewählt wurde.
(11) Diese Position des RMC entspricht auch der anderer trotzkistischer Organisationen. Das "Bulletin", Organ der "Workers League" forderte am 12.10.70, zugleich mit einem Wahlaufruf für die trotzkistische "Socialist Workers Party" (SWP), eben eine solche "Labor Party". In derselben Ausgabe hiess es in einem Bericht über Westdeutschland zur SPD: "Almost 70% of its membership is composed of working people. ... That is one of the reasons why the German Trotskyites are within SPD and striving to build a revolutionary faction there."

(12) Bobby Seale soll die PLP den "wiederauferstandenen Leo Trotzki" genannt haben (Frakt., S.29). Das ist zumindest soweit richtig, als PL sich während der Convention in ihrem mangelnden Verständnis des demokratischen Charakters der Studentenbewegung und in ihrer Position zu den sozialistischen Staaten der Moskaulinie kaum von den Trotzkisten unterschied. (Die Trotzkisten sprachen von einer "politischen Revolution in Polen", PL vom "Kampf der spanischen und polnischen Arbeiter".) Jedoch ist die Position der PLP durch deren Anerkennung der Linie der KPCh bestimmt, und in der Einschätzung Stalins gehen PL und die Trotzkisten natürlich völlig auseinander.
(13) Siehe: "Elite Runs the Show - Is Cuba Socialist?" PL Magazine, Nov. 1969. Ich kann hier wie im folgenden nur kurz das Ergebnis der Analysen referieren. Das Zitat ist auf S. 68.
(14) In dieser Frage scheint allerdings eine ziemliche terminologische Verwirrung zu herrschen. Vorsitzender Milton Rosen meinte in seinem Bericht zur Eröffnung der PLP Pre-Convention 1969: "Counterevolutions scored several significant temporary victories: Indonesia, Algeria, Cuba." Revol. S.19.
(15) Siehe: "Vietnam - People's War or Negotiations?", 1969. Die Zitate sind auf S.2.

b) die vietnamesische Führung ist revisionistisch, sie hat, besonders im 10-Punkte-Programm, das Ziel der Diktatur des Proletariats aufgegeben; mitverantwortlich für diese Wendung zum Revisionismus ist die militärische Hilfe der Sowjetunion.

Ergebnis: "At present the People's War has been set back..., by leaders who claim to be reds but really want to make a deal with imperialism. These leaders see thorough-going revolution (...) as the main enemy. They work closely with the Russian government against China.... These misleaders have adopted a tragic policy of negotiations, bogging with imperialism... This has given way to the policy of... fighting in order to influence the negotiations." Die einzige Spekulation dieser Analyse, die nicht aus der "New York Times" stammt, ist: "The sellouts will be swept aside!" (16)

3. Palästina

PL hat sich bisher noch nicht zum palästinensischen Befreiungskampf geäußert. Doch analog ihrem Verhältnis zu Kuba, Vietnam und dem nationalen Befreiungskampf im allgemeinen unterstützt PL zwar alle nationalen Befreiungskämpfe, weil sie gegen den Imperialismus gerichtet sind, nicht jedoch deren Führung, da sie als Nationalisten misleaders und sellouts sind, die das Volk mit falschen Ideen betrügen und in Wirklichkeit nur den Kapitalismus errichten wollen. (17) Bezeichnenderweise hat PL auf der NC keine Resolution zum Nahen Osten vorgelegt. (18)

Diese Position der PLP zum nationalen Befreiungskampf ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die amerikanische Antikriegsbewegung geblieben, nämlich daß PLP und SDS so gut wie keinen Einfluß mehr auf diese Bewegung nehmen können.

PLs Standpunkt zur Antikriegsbewegung ist, daß nur eine starke Arbeiterbewegung in der Lage ist, den Imperialismus effektiv zu bekämpfen. Angesichts der Tatsache, dass z.Z. nur ein kleiner Teil des Proletariats dazu bereit ist, (19) erhebt PL die Unterstützung von Arbeitskämpfen und studentische Massenaktionen gegen den Vietnamkrieg zu einer Alternative, die gar keine ist. Zwar ist die Kritik an den verschiedenen Antikriegsorganisationen berechtigt, die meistens Bündnisse mit dem liberalen Flügel der Demokratischen Partei eingehen, doch verfehlt PL durch ihre Kritik den Teil der antiimperialistischen Kräfte, der bereit ist, nicht nur gegen den "schmutzigen Krieg" zu opponieren, sondern auch sich mit dem Vietcong zu solidarisieren. (20)
Angesichts dieser Scheinalternative liegt natürlich der Vergleich mit der KPD/ML nahe. Der wichtige Unterschied ist allerdings der, dass die WSA keinesfalls die Liquidierung der Studentenbewegung bedeutet, vielmehr den Kampf gegen reaktionäre Ideologien und imperialistische Institute an den Universitäten einschließt.

IV. SDS und ihre New-Left-Vergangenheit

"Die Industriearbeiter sind... in großem Maß als Konsumenten und ideologisch abgerichtete Mitglieder der Gesellschaft in das System integriert", hieß es am Anfang der 60er Jahre. (21)

"By the end of the sixties everyone and his brother 'saw the need' for workers. This new view was stimulated by student-worker rebellions in France. ...Most of the traditional left organs, which had previously written them off, began to prattle about workers and their struggles. We in PL sarcastically called 1968 The Year of the Worker." (22)

Diese "Entdeckung" des Proletariats ist einmal auf die Erfahrung der Zersplitterung und Erfolglosigkeit der Studentenbewegung zurückzuführen, andererseits auf die seit 1968/69 sich entwickelnde neue Militanz der Arbeiterbewegung. (23)

Die Übernahme einer proletarischen Linie in der amerikanischen Linken, und damit auch in den SDS, ist jedoch insofern abstrakt erfolgt, als sie das theoretische und analytische Rüstzeug der New Left, bürgerliche Soziologie und Idealismus, kaum berührt hat; allenfalls die bürgerliche Soziologie ist fallengelassen worden. Zwar ist PL selber natürlich mit den Grundzügen des Marxismus-Leninismus vertraut (24), doch zeigten während der NC die einzelnen Bemerkungen zur Klassenanalyse und die Diskussionen über Rassismus und Male Chauvinism, daß zumindest in den SDS noch große methodische Unsicherheit herrscht.

Alle Aktionen von PL, und damit auch der SDS, außerhalb der Universität richten sich hauptsächlich an Industriearbeiter. Doch wurden in den Diskussionen von Wohlfahrtsempfängern bis zu Lehrern alles als working people bezeichnet und der working class zugerechnet. Zwar hat PL immer wieder ambivalente Erfahrungen gemacht, bei Lehrerstreiks mit reaktionären Zielen und in der Studentenbewegung, doch werden diese dann mit Kategorien wie right-left wing, sellouts, und misleaders erklärt, Kategorien, die, allein angewendet, im wesentlichen idealistische sind. Dies dürfte die Grundlage der "trotzkistischen" Züge in der PLP sein, daß sie Bewegungen wie Women's Lib, Antikriegsbewegung, BPP etc., die offensichtlich nicht vom Monopolkapital ausgehen, andererseits auch offensichtlich nicht unmittelbar proletarisch sind, nicht korrekt einschätzen kann, sie vielmehr als von einer kleinen bürgerlichen Minderheit irregeführte Massen versteht.

Methodisch ähnlich verliefen die Diskussionen über Rassismus und Male Chauvinism, deren Inhalt von Lohnunterschieden über das Wohlfahrtsprogramm, die Kleinfamilie, Abtreibung bis hin zur Struktur des SDS reichte. Alle diese Widersprüche wurden nur als Erscheinungen der jeweiligen Idee begriffen, die von der herrschenden Klasse benutzt wird, um die Arbeiterklasse zu spalten. So konnte sich ein Streit erheben, ob der Vorschlag, das NIC zur Hälfte mit weiblichen Mitgliedern zu besetzen, oder die Opposition dagegen male chauvinistic ist. PL versuchte nun, die Prioritäten unter diesen Erscheinungen durch den Klassenstandpunkt zu setzen, indem z.B. ein Sprecher der Gay Liberation, der die SDS aufforderte, sich auch um die Unterdrückung der Homosexuellen zu kümmern, nur mit dem Argument abgewimmelt wurde, dass es zunächst wichtiger sei, sich um die Unterdrückung der Arbeiter zu kümmern.

Diese theoretischen Unsicherheiten lassen sich natürlich nicht nur aus einem Mangel an Schulung erklären; vielmehr hängt den SDS noch ihre ganze Tradition der kleinbürgerlichen Studentenbewegung an. Allerdings sind die SDS in ihren praktischen Kämpfen dabei, die Grundlage eines Bündnisses von Proletariat und Intelligenz zu errichten, so daß die Annahme sicherlich nicht falsch ist, dass sie sich in Zukunft mehr und mehr von proletarischen und materialistischen Gedanken werden leiten lassen.

V. SDS und die Black Panther Party (BPP)

Der Eindruck, den das Titelbild des Buches "Die Fraktionierung der amerikanischen SDS" vermittelt, dass die Panthers sozusagen der Sprengstoff zur Spaltung des SDS waren, ist falsch. Allerdings schloß der Kampf der verschiedenen Linien die Frage der black liberation und damit der Panthers ein. Während auf der NC im Juni 69 die Panthers hauptsächlich von RYM eingesetzt wurden, um PL/WSA als der schwarzen Befreiung feindlich gesinnt zu entlarven, und PL die Bemerkung des Panthersprechers zur revolutionären Rolle der Frau im Bett, zum Anlass zu Angriffen auf BPP und RYM nahm (25), traten die Panthers im Dez. 70 kaum in Erscheinung. Lediglich ein Sprecher der BPP hielt eine kurze Grußansprache, die von einer Minderheit mit dem Sprechchor "Free the Panthers, All Power to the People" beantwortet wurde; PL schwieg.

Die Kritik der PLP an der BPP besteht im wesentlichen aus 2 Punkten: (26)

zumeist von SDSlern.
(21) Baran/Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt 1967, S. 347.
(22) "The Future is Bright" (Juni 1970), in Revol., S. 347.
(23) 1970 nahmen in 5 600 Streiks 3,3 Mio. Arbeiter teil. Der "Verlust" an Arbeitstagen betrug 62 Mio., das ist die stärkste Streikaktivität seit 1952 und 1946, "Daily World" (Tageszeitung der KP) vom 12.1.71. Diese Statistik kann jedoch die Militanz der Arbeitskämpfe nur ungenügend ausdrücken, die sich mehr in wilden Streiks äussert, wie in dem Poststreik 1970, als in den großen Streiks. Der General Motors Streik z.B. kam hauptsächlich dadurch zustande, daß die Autoindustrie ihre Produktion sowieso senken mußte und sie daher bereit war, dem neugewählten L. Woodcock die Gelegenheit zu geben, sich bei den Arbeitern als Streikführer zu bewähren. Unter W. Reuther, meinte "The Wall Street Journal" am 20.11.70, wäre es nicht zum Streik gekommen.
(24) PLP-Mitglieder nehmen in der Regel an "study groups" teil, die jedoch offenbar keine große Bedeutung haben: Less Talk, More Action. Die SDS führen keine Art Schulung durch.
(25) Fraktionierung, S. 29-30.
(26) Siehe dazu: "FBI-CP-SWP Combo Tries - Baiting Panther Trap", PL Magazine August 1969, und "Not a Black Worker in Sight - Panthers Play to Empty House" (Editorial zur "United Front Against Fascism Conference") PL Magazine Nov. 1969. Im "Program for Black Liberation" (Feb. 1969, jetzt in Revol., S. 244ff) werden die Panthers nicht erwähnt, nur anonym als Nationalisten stilisiert.

a) die BPP verbreitet durch Nationalismus, Forderung nach Community Control, Breakfast for Children etc. die Illusion, dass das Rassenproblem sich unterm Kapitalismus auch nur teilweise lösen ließe.
b) Die Pantherführung hat sich von den Massen entfernt, indem sie anstatt sich auf das Proletariat zu stützen, Bündnisse mit der KP, dem rechten Flügel der Studentenbewegung, Trotzkisten etc. eingeht und sich bei Prozessen mehr auf Rechtsanwälte als auf die Unterstützung durch die Massen verläßt.(27)

Die Feststellung von PL, dass die Pantherführung kaum als Repräsentant der schwarzen Arbeiter aufgefasst werden kann, ist richtig. Die BPP hat auf die Streiks der letzten Zeit keinen Einfluss gehabt (28), sie hat sich auch kaum zu ihnen verhalten (29). PL übersieht, dass die Situation des schwarzen Gettos mit seinem hohen Anteil an Arbeitslosen und drop-outs von der Situation der Arbeiterklasse wesentlich verschieden ist (30). Cleavers "On the Ideology of the BPP" (o.J.) bringt das klar zum Ausdruck, indem Cleaver die Schwarzen, jedenfalls die, die die BPP repräsentiert, als Lumpenproletariat und industrielle Reservearmee bezeichnet, die ausserhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses steht. Die Widersprüche zwischen Lumpenproletariat und Arbeiterklasse erscheinen bei Cleaver in der Form, daß er den Marxismus-Leninismus als importierte und massenfremde (und das heißt eigentlich klassenfremde) Ideologie bezeichnet (S.8) und Streikrecht, Gewerkschaften, Tarifverhandlungen etc. für kompromittierende Privilegien hält (19); daher ist für Cleaver "the working class ... right wing of the proletariat, and the Lumpenproletariat is the left wing" (S.8). Die Situation des Gettos, und damit die Ideologie der BPP, kann nur von seiner Unproduktivität fürs Kapital erklärt werden, die sich einerseits im Terror der Polizei äußert und andererseits in Ausdrücken wie "revolutionary suicide", "we will not hesitate to either kill or die for our freedom", und in der UN-Petition gegen Völkermord.

Der Klassenkampf der schwarzen Reservearmee entzündet sich daher nicht am Arbeitsplatz sondern richtet sich in erster Linie gegen Hausbesitzer, Polizei, Wohlfahrtsämter, Krankenhäuser, etc.. Die Lebensbedingungen der Reservearmee, die, aus dem Süden zugewandert, kaum jemals unters Kapital subsumiert war, ausser in Gelegenheitsjobs, bringen sie daher eher in die Nähe des Kleinbürgertums (31), wenn sich auch kleinbürgerliche Tendenzen kaum anders als "kriminell" oder religiös entfalten können. Bezeichnenderweise erstreckt sich der ideologische Einfluss der Panthers kaum auf Arbeiter, vielmehr auf ethnische Gruppen in ähnlicher Gettosituation, verarmte Weiße (32) und auf kleinbürgerliche Bewegungen wie Women's Liberation, Teile der Counter Culture, etc.

Allerdings sind die Begriffe "Lumpenproletariat" und "Kleinbürgertum" nicht geeignet, die BPP ausreichend zu charakterisieren. Die rassische Diskriminierung der schwarzen Arbeiter am Arbeitsplatz bindet sie ebenfalls hauptsächlich an ihre "Community" und läßt sie an deren Kämpfen teilnehmen. Jede Organisation der Communities vereinigt daher unterschiedliche Interessen. Das erklärt die uneinheitliche, mitunter widersprüchliche Ideologie der Panthers, daß sie einerseits unter Berufung auf die Intention der Verfassung von 1776 zu einer neuen Verfassung aufrufen (33), daß Cleaver sich als "Citizen of the American Dream" bezeichnet (34), und daß sie andererseits die rassische Unterdrückung aus dem Kapitalismus ableiten und sich mit Nordvietnam, Nordkorea, Cuba, China, Albanien (und Algerien) als sozialistischen Staaten solidarisch erklären. Die Bündnispolitik ist ähnlich uneinheitlich: vom Techtelmechtel Cleaver's mit Yippieführer Jerry Rubin 1968 und mit Timothy Leary 1970 über die "United Front Against Fascism" mit KP, SWP und Teilen der SDS 1969, über die Petition gegen Völkermord mit der KP und den Resten der Bürgerrechtsbewegung bis zur "Constitutional Convention" 1970, auf der die verschiedensten Communities vertreten waren (35), schließt sie, ausser der PLP, die gesamte Linke ein und einiges mehr.

Eine solche Politik einfach zu kritisieren, fällt der PL natürlich nicht schwer. Die Kritik bleibt aber solange unsolidarisch, wie PL zu Vereinheitlichung des Kampfes gegen den US-Imperialismus nichts anderes anzubieten hat, als die vorhandenen Widersprüche zu ignorieren, oder sie aber als angeblichen Widerspruch zwischen Führung und Massen zu verschleiern.

Das einzig sichtbare Ergebnis dieser Kritik ist bisher, daß SDS und PL fast nichts unternehmen, um die Freilassung Bobby Seales zu propagieren.

Hans Martin Mumm
Chikago, 10.1.71

DIE FRONT
AL DJABHA

Herausgeber:
Sozialistisches
Palästinakomitee
Heidelberg

erhältlich:
Politische Buchhandlung
Jörg Burkhard
Schiffgasse 8
und am Büchertisch an der
Mensa

(27) Das Problem der Strategie des schwarzen Befreiungskampfes kann hier keineswegs entwickelt werden. Ich will nur versuchen, in einigen Bemerkungen darzustellen, wo der grundsätzliche Fehler dieser Kritik liegt. Was PL im einzelnen an taktischen Fehlern, Unentschlossenheit, Abwiegelei, etc. kritisiert, ist meistens schwer nachprüfbar, und eine Antwort darauf würde die Darstellung der gesamten Geschichte und Praxis der BPP erfordern.
(28) Von der "League of Revolutionary Black Workers", gegründet 1968 in Detroit, die der BPP nahe stand, war während des GM Streiks nichts zu hören. Siehe dazu: Brandes/Burke: "USA. Vom Rassenkampf zum Klassenkampf", München 1970, S. 239 ff.
(29) Ein Bericht des "National Committee to Combat Fascism" in Detroit in "The Black Panther" (BP) vom 26.9.70 erwähnt den GM Streik mit keinem Wort. Huey Newton allerdings besuchte am 30.9. die Streikenden auf dem Fabrikgelände in Freemont, Calif. Am 2.10. verteilten die BPPs dort Mahlzeiten.
(30) PL stellt die einfache Rechnung auf, daß der Unterschied im Prokopfeinkommen zwischen Schwarzen und Weißen von Dollar 1 000 bei 22 Mio. Schwarzen im Jahr 22 Mia. Dollar an Extraprofiten ergibt (Revol. S. 274). Es ist schwer einzusehen, wie sich aus Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung irgendein Profit schlagen läßt.
(31) Diese These wird von Beobachtungen der bürgerlichen Soziologie unterstützt, die in einer Untersuchung in Detroit festgestellt hat, daß das Klassenbewußtsein unter schwarzen Arbeitslosen - umgekehrt wie bei Weißen - geringer entwickelt ist, als bei Beschäftigten. Vgl. Legget, "Economic Insecurity and Working Class Consciousness", "American Sociological Review, XXIX (April 1964), S. 230. Zit. in: Maurice Zeitlin, "Revolutionary Politics and the Cuban Working Class", New York, 1970, S. 82. Zeitlin hat übrigens dasselbe in Cuba beobachtet, jedoch nur für die Zeit vor der Revolution.
(32) In Chicago z.B. haben sich die früheren Street Gangs "Young Lords Organization" (Puertoricaner) und "Rising Up Angry" (verarmte Weisse aus den Appalachen) der ideologischen Führung der Panthers weitgehend angeschlossen. Selbst die "kriminelle" "Black Peace Stone Nation" hat ein Programm, das der Polizei, der Prostitution und dem Rauschgift den Kampf ansagt.
(33) "Revolutionary People's Constitutional Convention", 27. - 29-11-70, in Washington, D.C.. Die neue Verfassung kam über die Präambel nicht hinaus, da die zugesagten Räume von der Universitätsverwaltung im letzten Moment verweigert wurden. Vgl. BP, 28.11. und 5.12.70.
(34) "Conversation with Eldridge Cleaver - Algiers", by Lee Lockwood, New York 1970, S. 59. Vgl. auch die weiteren Ausführungen über "individuelle Rechte", "Utopie" etc.
(35) Mit einem Bündnispartner hat Huey Newton es sich allerdings verdorben, als er auf dem Vorkongress zur Constitutional Convention in Philadelphia, gerade aus dem Gefängnis entlassen, von revolutionärer Männlichkeit sprach: radikale Lesbierinnen verliessen daraufhin die Versammlung. "Guardian", 19.9.70.

NEUES ROTES FORUM

1/70 12.10.70

Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"

Zukunft des Imperialismus-Zur Analyse des Pearson-reports

Das Schuldenproblem der "Entwicklungsländer"

Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Legitimationsversuche des deutschen Kapitals

The world of SIEMENS

SIEMENS-Konzern - Elektroimperium in der Expansion

Brief an die Genossen von der RPK und die "Projektgruppe Afrika"

Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69

2/70 16.11.70

Jochen Noth
Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien

Joscha Schmierer
Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels

Richard Vahrenkamp
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital

3/70 16.12.70

Eduardo Ferreira
Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea

B. Braunbehrens
Nach den Lohnkämpfen im Metallbereich

David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus

Dokumente zur Auseinandersetzung in Heidelberg:
Einleitung
Dok.1: Zur Bildungspolitik
Dok.2: Erklärung des AStA zur Situation der Heidelberger Linken nach der Generaldebatte
Dok.3: Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum
Harald Schwarzenberg
Das Kramersche "Explorationsmodell"
Dok.4: Referat von F. Kramer zur Generaldebatte
Claus Koch
Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generalversammlung in den Fraktionsauseinandersetzungen

Dietrich Hildebrandt
Einheitsfront und Aktionseinheit. Zur Politik der DKP

POLITISCHE BUCHHANDLUNG HEIDELBERG

69 Heidelberg
Schiffgasse 3
Tel. (06221) 46153

N. BUCHARIN - Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapital

Sonderdruck aus "Unter dem Banner des Marxismus". 105 S., Fester Einband, Preis: DM 3,20, Für Buchhandlungen und Wiederverkäufer DM 2,20 zuzüglich Versand.

Dieses Buch, der 1. Band unserer Reihe DOKUMENTE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE, stellt eine Antwort auf Rosa Luxemburgs "Die Akkumulation des Kapitals" dar.

R. LUXEMBURG - Einführung in die Nationalökonomie

ca. 300 S., DM 4,- für Buchhändler und Organisationen